

**Bezirkskonferenz**  
20. & 21. Juni 2026  
HVHS Springe



# JETZT ERST RECHT!

**ANTRAGSBUCH**

## **Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2026**

### **Herausgeber\*innen**

Jusos Bezirk Hannover  
Odeonstraße 15/16  
3015 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller\*innen verantwortlich.

## **Vorgeschlagene Tagesordnung:**

TOP 1. Begrüßung

TOP 2. Wahl eines Präsidiums

TOP 3. Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 4. Beschluss über die Tagesordnung

TOP 5. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 7. Grußworte

TOP 8. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

TOP 9. Entlastung des Bezirksvorstandes

TOP 10. Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

TOP 11. Wahl einer oder eines Bezirksvorsitzenden

TOP 12. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden

TOP 13. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

TOP 14. Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

TOP 15. Wahlen der Vertreter\*innen im Bundesausschuss

TOP 16. Nominierungen

TOP 17. Antragsberatung

TOP 18. Schlusswort

## **Vorgeschlagene Geschäftsordnung:**

§ 1 Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.

§ 2 Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.

§ 3 Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

§ 4 Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, bei der getrennt nach Genossinnen und Genossen die Redeliste geführt wird. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel eine Genossin oder ein Genosse bzw. umgekehrt ("Reißverschlussprinzip"). Nicht-binäre Genoss\*innen werden in die Redeliste eingefügt, danach geht es im Reißverschlussprinzip anknüpfend an die vorherige Reihenfolge weiter. Stehen keine Frauen oder nicht-binären Personen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden. Danach wird die Redeliste wieder geschlossen. Sobald sich Frauen/nicht-binäre Personen melden, wird wieder nachquotiert.

§ 5 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

§ 6 Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Durch GO-Antrag kann die

Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt auf einen kürzeren Zeitraum festgesetzt werden.

§ 7 Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich.

§ 8 Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.

§ 9 Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden und von mindestens 15 Delegierten aus drei Unterbezirken unterstützt werden. Über den Initiativcharakter entscheidet das Präsidium.

§ 10 Anträge werden ohne Weiterleitungswünsche beschlossen.

§ 11 Anträge, die nicht in geschlechtergerechter Sprache verfasst sind, werden nicht zur Beratung aufgerufen.

§ 12 Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand und für die Nominierung zum SPD-Bezirksvorstand sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz am Samstag möglich. Personalvorschläge für die Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress sind bis zu dreißig Minuten nach der Fortsetzung der Konferenz am zweiten Tage zulässig. Personalvorschläge zum Bundesausschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Wahl und Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.

§ 13 Die Bezirkskonferenz verpflichtet sich, im Plenum keinen Alkohol zu konsumieren.

## Personalvorschläge

### Kandidatur für den Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nominiert von</b>
Jarmuth	Lisa	UB Diepholz, UB Region Hannover, UB Nienburg, UB Region Hannover, UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg, UB Lüneburg, UB Landkreis Harburg

### Kandidaturen für den stellvertretenden Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nominiert von</b>
Block	Emily	UB Nienburg
Donin	Nikolay	
Flügge	Johannes	UB Uelzen, Lüchow-Dannenberg
Kersten	Tamina	UB Lüneburg, UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Koch	Sebastian	UB Diepholz
Schünemann	Dennis Lee	UB Region Hannover
Siegismund	Fidelia	UB Region Hannover
Ünsaldi	Emir	UB Region Hannover
Wassmann	Nico	UB Hildesheim

## Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress

Andreas	Weiß	Max	Rath
Anna Merle	Voltmer	Max	Schorradt
Antonia	Hellman	Max Tillman	Janssen
Aurelia	Sánchez Novo	Maxim	Modrzynski
Ayla Amalia	Freyjer	Mia	Zuber
Bilge	Celik	Mohammed	Wndaei
Cassandra	Adler	Moritz	Ulbricht
Cedric	Piffl	Niklas	Peuker
Chantelle	Bartel	Niklas	Peisker
Daniel	Drieschner	Ole	Moszcynski
Daryoush	Danaii	Otilia	Voigt
Dennis	Schünemann	Pascal	Hemme
Dennis	Knorn	Piar	Kiel
Ella	Kohring	Ray	Wieber
Emile	Hohmann	Rebecca	Stein
Emily	Block	Robin	Heimbucher
Emin	Altiner	Ronja	Heinrich
Emir	Ünsaldi	Sarah	Götz
Evan	Sammo Adusei	Sebastian	Koch
Eyyüp	Bayrak	Sivan	Adou
Fabien Zidan	Barzani	Steffi	Weers
Fidelia	Siegismund	Stine	Rodewald
Floria	Kloss	Tamina	Kersten
Francesca	Payne	Victor	Kuhlmann
Jamie	Bien	Viktor	Hohlweger
Jan	Büthe	Viktoria	Hohlweger
Jaron	Apholz	Yannis	Naumann
Johanna	Bartels		
Johannes	Flügge		
Julian	Halbritter		
Julian	Deutscher		
Kaja	Sarfels		
Katharina	Hanck		
Kevin	Michel		
Lana	Ritter		
Lara	Meyer		
Lauri	Wiesenberg		
Lea	Mittelstädt		
Leonie	Ranzow		
Lisa	Jarmuth		
Lisa	Gaffron		
Louisa	Basner		
Lukas	Harder		
Marco	Albers		
Marie Sophie	Turner		
Martin	Pintjak		

## Inhaltsverzeichnis

AP01: Jetzt erst recht!	3
A01: Lieferservices owe money and rights - Für bessere Arbeitsbedingungen bei Lieferservices!	14
A02: Mehr Transparenz bei Stellenausschreibungen	16
A03: Dienst ist Dienst: Tagelohnanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung	17
A04: Faire Feiertagsregelung für Werkstudent*innen	19
A05: Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! – bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt!	20
A06: Mitversichert, zahlen die Anderen	21
B01: Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen	22
D01: Digitale Gewalt ist reale Gewalt - Deepfakepornografie stoppen!	23
D02: Klarnamenpflicht? Nein danke - Anonymität im Netz schützen!	25
D03: KiKA von ARD und ZDF – für alle. Auf allen Kanälen	27
D04: Digitale Gewalt bekämpfen. Deepfake-Pornografie und KI-Missbrauch konsequent unterbinden	29
D05: Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen	30
D06: Digitale Souveränität für Deutschland Umstieg auf Open Source	32
D07: AI Slop als Gefahr für die Demokratie – Verbot des Einsatzes Generativer KI in der Außendarstellung öffentlicher Institutionen	34
D08: Schluss mit der klassistischen Zensur von Reality-TV! Vollständige Ausstrahlung von „Promis unter Palmen“ (Staffel 2) Jetzt!	36
D09: Zivilgesellschaft stärken und unsere Demokratie schützen - Gegen die Kürzungen bei Demokratie leben!	38
E01: Encienden las luces - Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung	40
E02: Verurteilung des sogenannten „Board of Peace“ und klare Abgrenzung der Jusos von undemokratischer und egozentrischer Parallelstrukturen internationaler Politik	43
E03: Die Lage der Kurd*innen in Rojava - Selbstverwaltung sichern und Stabilität fördern Antragsteller*in: Jusos Hameln-Pyrmont	45
E04: Solidarität mit den Iraner*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen	47
F01: Ja heißt Ja – alles andere heißt Nein!	49
F02: Theory of Feminism	51
G01: Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung	53
G02: Mehr Therapieplätze schaffen - Reform der kassenärztlichen Bedarfsplanung und höhere Löhne für Psychotherapeut*innen	55
G03: Keine Zweiklassenmedizin	57
G04: Selbstbestimmung bis zum Lebensende stärken: Aktive Sterbehilfe unter klaren gesetzlichen Regeln ermöglichen	59
I01: Krieg ist kein Geschäftsmodell! - Rüstungsindustrie in öffentliche Hand	61

I02: Burschenschaften und studentische Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit	65
I03: US-Militär ausweisen	68
I04: Politik raus aus der Strafverfolgung!	69
I05: Konsequent Faschismus bekämpfen – Regierungsbeteiligungen nur noch mit AfD-Verbot!	71
I06: Schaffung von Bundes- und Landesbehörden für mentale Gesundheit	73
I07: Anerkennung auf dem Perso - nicht nur für die akademische Elite	75
I08: Ewiggestrige Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit!	76
S01: Ästhetik der Macht wiederentdecken – Rückkehr zu den Wahlplakaten der Weimarer Republik	79
S02: Mitmach-Partei statt Funktionärs-Kult	81
S03: Mehr Demokratie wagen	83
S04: Parteiführung ist kein Nebenjob!	85
S05: Unser Weg zur Gleichberechtigung - Frauenförderung in der SPD stärken	86
U01: Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen	92
U02: Contrails	94
U03: Resolution der Jusos Bezirk Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben	95
U04: Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen	97
V01: Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität	98
W01: Holt unser Gold zurück!	100
W02: Keine Privilegien für Immobilien-Mogule	101
W03: Enteignung des Braunen Erbes	103

# Antrag : AP01: Jetzt erst recht!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

## 1 **Jetzt erst recht!**

2 In den letzten Jahren hat sich die SPD von historischem Tiefpunkt zu historischem  
3 Tiefpunkt bewegt, sowohl bei Wahlen als auch in Umfragen. Sogar in vermeintlichen  
4 SPD-Hochburgen mit beliebten Spitzenkandidat\*innen, wie Rheinland-Pfalz, schafft es  
5 die SPD nicht, sich durchzusetzen und Vertrauen zurückzugewinnen. Ein zentraler Grund  
6 dafür ist vor allem die schlechte Performance und die Inhaltsleere der SPD auf  
7 Bundesebene. Gleichzeitig stehen wir vor einem immer zunehmenden gesellschaftlichen  
8 Rechtsruck. Rechte Rhetorik und Taten werden von der schwarz-roten Koalition immer  
9 weiter normalisiert und teilweise sogar vorangetrieben. Deswegen ist es jetzt erst  
10 recht an der Zeit, für klare Worte, mutige Schritte und Antworten und eine SPD, die  
11 wieder erkennbar für soziale Gerechtigkeit und die 95 % der Gesellschaft einsteht.

12 Die schwarz-rote Politik der letzten Monate, wie Politik gegen Arbeitnehmer\*innen und  
13 die Ärmsten der Gesellschaft, Forderungen wie Zahnarztbesuche selber zahlen zu  
14 müssen, Streichungen von Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, das Kippen des Rechts  
15 auf Teilzeit, die Erhöhung der Wochenarbeitszeit oder Kommentare zu zu hohen  
16 Krankenständen führen dazu, dass wir als Jusos probleme haben, uns mit der SPD zu  
17 identifizieren. Wir alle wissen, dass es insbesondere momentan nicht einfach ist,  
18 Mitglied in der SPD zu sein. Deswegen wollen wir Jusos der Ort für junge Menschen  
19 sein, die Lust haben, sich politisch zu engagieren, sich einbringen und aufgenommen  
20 fühlen und für ihre Überzeugungen eintreten können.

21 Wir Jusos wollen ein offener und vielfältiger Jugendverband sein, der gemeinsam mit  
22 unseren dreizehn Unterbezirken und dem Bezirk für positive Veränderung einsteht, die  
23 wir von der SPD fordern. Wir wollen weg von einem "Ich bin Mitglied in der SPD,  
24 aber.." und hin zu "Ich bin Juso, weil..!". Denn jetzt erst recht braucht es Jusos,  
25 die mit am Tisch sitzen, druck machen und mitentscheiden, wenn über die Zukunft der  
26 SPD entschieden wird.

27 Gemeinsam kämpfen wir für eine jungsozialistische, feministische,  
28 internationalistische, antirassistische und antifaschistische Welt. Wir sind  
29 überzeugt, dass es jetzt erst recht an der Zeit ist, sich für eine Welt der Freien  
30 und Gleichen einzusetzen und für unsere Demokratie einzustehen.

## 31 **Feminismus**

32 Feminismus bleibt für uns ein zentraler Bestandteil des Kampfes für soziale  
33 Gerechtigkeit. FINTA\* kämpfen noch heute mit struktureller Diskriminierung, sei es  
34 durch den Gender-Pay-Gap, die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit oder fehlende  
35 Repräsentation in Gesellschaft und Politik. Deshalb setzen wir uns weiterhin für  
36 echte Gleichstellung und feministische Solidarität ein.

37 Ein wesentlicher Aspekt dieses feministischen Anspruchs ist es, Betroffene von Gewalt  
38 und Diskriminierung konsequent zu unterstützen und gesellschaftliche Mechanismen

39 zurückzuweisen. Dazu zählt auch Victim Blaming. Das ist die Praxis, in der Betroffene  
40 von Gewalt, Diskriminierung oder Missbrauch nicht mit Empathie, sondern mit Vorwürfen  
41 konfrontiert werden. Statt zu fragen, was passiert ist und der betroffenen Person zu  
42 glauben werden häufig Dinge gesagt, wie „Warum warst du da?“, „Hast du das nicht  
43 provoziert?“, „Warum hast du das nicht früher gesagt?“, „Das traue ich der Person  
44 nicht zu“. Solche Aussagen verschieben die Verantwortung von den Täter\*innen auf die  
45 Betroffenen. Wir lehnen Victim Blaming entschieden ab und setzen uns aktiv gegen  
46 dieses ein. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der eigenen Partei und  
47 Gesellschaft. Denn auch unterbewusstes Victim Blaming ist gefährlich, denn dann  
48 verzerren wir die Wahrheit und schützen die Täter\*innen. Wir setzen uns dafür ein,  
49 dass Betroffene ernst genommen werden, dass ihre Stimmen gehört werden und dass wir  
50 gemeinsam eine Kultur des Vertrauens, der Solidarität und der Verantwortung schaffen.

51 Feministische Praxis bedeutet für uns außerdem, patriarchale Verhaltensweisen,  
52 Strukturen und Rollenbilder sowie toxische Männlichkeit aktiv zu hinterfragen und  
53 aufzubrechen. Dafür ist es unerlässlich, Männer in die Verantwortung zu ziehen.  
54 Unsere kritische Männlichkeitsarbeit zielt darauf ab, bestehende Machtstrukturen zu  
55 analysieren und abzubauen – sowohl im Verband als auch in der Gesellschaft. Das  
56 wollen wir auch im kommenden Vorstandsjahr weiter konsequent umsetzen.

57 Es ist unsere Aufgabe, für eine feministische Gesellschaft zu kämpfen und uns  
58 entschlossen gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der  
59 sexuellen Orientierung zu stellen. Damit das gelingt, müssen wir in unserem eigenen  
60 Verband und unseren eigenen Strukturen anfangen. Der Themenbereich Feminismus wird  
61 daher in jeder unserer Veranstaltungen und Aktionen seinen festen Platz finden. Unser  
62 Feminismusverständnis ist queer, materialistisch und vor allem intersektional. Denn  
63 wir setzen uns für eine gerechte und gleichgestellte Zukunft für alle ein, in der  
64 sich jede und jeder wohlfühlt.

65 Wir möchten in einer gerechten und gleichgestellten Zukunft für alle leben, in der  
66 sich jede\*r wohlfühlt und Raum findet. Hierfür ist Awarenessarbeit für uns  
67 unverzichtbar. Deshalb möchten wir im kommenden Jahr gezielt Schulungs- und  
68 Weiterbildungsangebote im Bereich Awareness für unsere Unterbezirke entwickeln. Unser  
69 Ziel bleibt es, einen Safer Space in unserem Verband zu schaffen, in dem Betroffene  
70 geschützt und unterstützt werden. Ebenso halten wir weiter an unserem  
71 Awarenesskonzept fest. Bei unseren Veranstaltungen, aber auch über das gesamte  
72 Vorstandsjahr wird es ein (ständiges) Awarenesssteam geben.

### 73 **Internationalismus**

74 Unsere gute internationale Arbeit bleibt ein fester Bestandteil unserer politischen  
75 Praxis. Internationalismus ist für uns im Jusos Bezirk Hannover keine Floskel,  
76 sondern eine gelebte Praxis. Durch private Kontakte, Delegationsreisen und  
77 internationale Kooperationen haben wir unsere internationale Arbeit gestärkt und  
78 wollen diese auch weiterführen und ausbauen. Internationalismus bedeutet für uns  
79 Jusos, über Grenzen hinaus zu denken und gemeinsam für eine gerechte und solidarische  
80 Welt einzustehen. Viele Herausforderungen unserer Zeit wie Rechtsextremismus, Krisen,  
81 Kriege, soziale Ungleichheit oder der Klimawandel sind internationale Probleme.  
82 Deshalb braucht es internationale Antworten und die Zusammenarbeit mit unseren  
83 Partner\*innen weltweit. Besonders wichtig ist dabei der Austausch mit unseren  
84 Schwesterparteien in der EU. Durch gemeinsame Projekte, Workshops über aktuelle

85 Konfliktregionen, aber auch politische Begegnungen können wir voneinander lernen und  
86 neue Perspektiven gewinnen. Wir wollen uns daher weiterhin bei unserer  
87 Dachorganisation der Young European Socialists (YES) einbringen und mit unseren  
88 Schwesterorganisationen im Austausch bleiben. Möglichkeiten für engere Vernetzung und  
89 Austausch können eine Fahrt in unsere Nachbarländer oder Workshops und Dialogformate  
90 sein.

91 Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir ebenso den Blick auf aktuelle Krisenregionen  
92 legen. Der Blick auf den Nahen und Mittleren Osten, Osteuropa, China, Länder auf dem  
93 afrikanischen Kontinent oder Lateinamerika hilft uns, Krisen und globale  
94 Entwicklungen besser zu verstehen sowie politische Verantwortung nicht nur national,  
95 sondern international zu denken. Gerade der Kampf gegen Rechtsextremismus zeigt, wie  
96 wichtig internationale Solidarität ist. Rechte Bewegungen vernetzen sich weltweit.  
97 Deshalb müssen auch progressive Kräfte auf der ganzen Welt enger zusammenarbeiten.

98 Während unsere Bundesregierung und die Europäische Union immer weiter  
99 Abschottungspolitik beschließt, Abschiebezentren außerhalb der EU finanziert und  
100 immer mehr Geld in die "Grenzschutzagentur" Frontex steckt und freiwillige  
101 Seenotrettungsorganisationen in ihrer Arbeit behindert werden, sind in diesem Jahr  
102 mehr Menschen im Mittelmeer ertrunken, als jemals zuvor. Wir Jusos stellen uns ganz  
103 entschieden gegen die Abschottungspolitik der schwarz-roten Bundesregierung und der  
104 Europäischen Union. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir daher ein besonderes  
105 Augenmerk auf dieses Thema legen und in unsere Mutterpartei hineinwirken - Ziel  
106 müssen sichere Fluchtrouten und gute Aufnahmeprogramme sein!

107 Internationalismus bedeutet für uns auch, demokratische Werte gemeinsam zu  
108 verteidigen und sich gegenseitig zu stärken. Auch Themen wie Energiepolitik oder  
109 wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigen, dass kein Land allein handeln kann. Europa und  
110 die internationale Gemeinschaft müssen zusammen Lösungen finden, die sozial gerecht  
111 und nachhaltig sind. Als Jusos stehen wir für eine Politik, die auf Solidarität statt  
112 Abschottung setzt. Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten weltweit macht uns  
113 stärker, erweitert unseren Horizont und hilft dabei, gemeinsam für Frieden,  
114 Demokratie und soziale Gerechtigkeit einzutreten.

## 115 **Sozialismus**

116 Für uns Jusos bedeutet Sozialismus eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit,  
117 Solidarität und Demokratie wichtiger sind als die Profite großer Konzerne und  
118 Superreicher. Während Mieten explodieren, Reallöhne stagnieren und immer mehr  
119 Menschen unter wirtschaftlichem Druck stehen, häufen wenige immer größere Vermögen  
120 an. Ein Wirtschaftssystem, das Reichtum nach oben verteilt und soziale Unsicherheit  
121 für viele zur Normalität macht, ist weder gerecht noch zukunftsfähig.

122 Deshalb braucht es auch eine klare Wende in der Finanz- und Steuerpolitik. Wir stehen  
123 für eine konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerschlupflöchern, für  
124 eine stärkere Besteuerung sehr hoher Vermögen und Erbschaften sowie für eine  
125 Finanzwende, die den Finanzsektor stärker an gesellschaftlichen Bedürfnissen  
126 ausrichtet statt an kurzfristigen Renditen. Öffentliche Investitionen in Bildung,  
127 Infrastruktur und soziale Sicherheit müssen dauerhaft abgesichert werden, statt immer  
128 wieder gegen Sparlogik ausgespielt zu werden.

129 Ebenso setzen wir uns für eine stärkere öffentliche Verantwortung in zentralen

130 Bereichen der Daseinsvorsorge ein. Dazu gehört auch die Vergesellschaftung bzw.  
131 Rekommunalisierung vormals staatlicher oder privatisierter Bereiche, wo sie dem  
132 Gemeinwohl dienen – etwa bei Infrastruktur, Energie, Wohnen oder anderen ehemaligen  
133 Behörden- und Versorgungsstrukturen, die in den letzten Jahrzehnten privatisiert  
134 wurden. Wo öffentliche Aufgaben wieder in öffentliche Hand gehören, soll der Staat  
135 auch wieder handlungsfähig werden.

136 Deshalb benennen wir klar die politischen Kräfte, die soziale Ungleichheit  
137 verschärfen. Wenn konservative Regierungen Politik für Superreiche machen,  
138 Arbeitnehmer\*innenrechte angreifen und gesellschaftlichen Fortschritt blockieren,  
139 stellen wir uns entschieden dagegen – online wie offline. Wir stehen auf der Seite  
140 derjenigen, die arbeiten, lernen, pflegen und den Laden am Laufen halten, nicht auf  
141 der Seite der Profiteure bestehender Ungleichheit.

142 Im Rahmen unserer Denkfabrik Sozialismus wollen wir uns deshalb intensiver mit  
143 sozialistischen Ideen und ihren Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit  
144 beschäftigen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den theoretischen  
145 Grundlagen des Sozialismus, insbesondere mit Marx und Engels, um daraus politische  
146 Perspektiven für heute zu entwickeln.

147 Dabei soll es nicht bei Theorie bleiben. Wir wollen konkrete Antworten auf Fragen von  
148 sozialer Gerechtigkeit, Klima, Arbeit, Verteilung und wirtschaftlicher Macht  
149 entwickeln und zeigen, dass Sozialismus für Fortschritt, Teilhabe und eine  
150 solidarische Gesellschaft steht. Diese Debatten wollen wir über das gesamte  
151 Vorstandsjahr hinweg führen, denn der demokratische Sozialismus bildet das Fundament  
152 unserer politischen Überzeugungen.

### 153 **ANTIRA und ANTIFA**

154 Antifaschismus und Antirassismus sind wesentliche Bestandteile der Jusos und seit dem  
155 letzten Bundeskongress auch offiziell als Grundsäulen verankert. Im nächsten Jahr  
156 werden wir uns entsprechend mit AntiFa und AntiRa beschäftigen. Wir beobachten  
157 weiterhin eine immer weiter erstarkende Bedrohung durch Rechts, weshalb wir uns  
158 erneut mit einem möglichen Verbotsverfahren der AfD auseinandersetzen und uns dafür  
159 in- und außerhalb der Partei einsetzen. Darüber hinaus werden wir uns allgemein mit  
160 dem Rechtsruck in Deutschland beschäftigen, der während unserer Vorstandsperiode  
161 durch die Wahlen in Ostdeutschland, insbesondere die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt  
162 und Mecklenburg-Vorpommern, einer besonderen Betrachtung bedarf. Unsere Genoss\*innen  
163 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wollen wir im Rahmen ihres  
164 Landtagswahlkampfes personell unterstützen.

165 Für uns bedeutet der Kampf gegen Rechts und antifaschistische Arbeit auch, rechte  
166 Strukturen offenzulegen, wo sie sich hinter vermeintlicher "Tradition" oder  
167 "Studentenkultur" tarnen. Dazu gehören insbesondere Burschenschaften und andere  
168 studentische Verbindungen, die durch elitäres Denken, antifeministische Rollenbilder  
169 und ausgrenzende Strukturen geprägt sind. Viele dieser Gruppierungen fungieren zudem  
170 als ideologische und personelle Netzwerke der Neuen Rechten und der AfD. Als  
171 feministischer und antifaschistischer Jugendverband stellen wir uns Burschenschaften  
172 und Neuen Rechten entschieden entgegen. Dafür ist es notwendig, ihre Ideologien,  
173 Netzwerke und Strategien sichtbar zu machen und kritisch zu analysieren. Deshalb  
174 wollen wir uns intensiver mit der Neuen Rechten, ihrer Vernetzung mit studentischen  
175 Verbindungen und Burschenschaften sowie ihren Verbindungen zur AfD auseinandersetzen,

176 um rechten Strukturen wirksam entgegentreten zu können.

177 Ebenso ist es uns wichtig zu betonen, dass Diskriminierungen nicht nur von rechts  
178 ausgehen. Rassismus ist ein strukturelles Problem, das beispielsweise durch  
179 kulturelle Praktiken erlernt wird. Deshalb ist es wichtig, nicht nur offensichtliche  
180 Diskriminierung anzuprangern, sondern auch den eigenen internalisierten Rassismus zu  
181 reflektieren. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns deshalb mit Critical  
182 Whiteness sowie White Saviorism auseinandersetzen. Zudem wollen wir uns für ein  
183 BIPOC-Empowerment auf Landesebene einsetzen, welches bezirksübergreifend  
184 wiederaufgebaut werden soll.

185 Der Hass gegen Jüdinnen\* und Juden\* ist tief in unserer Gesellschaft und weltweit  
186 verwurzelt und äußert sich in verschiedenen Formen und ideologischen Kontexten. Die  
187 steigenden antisemitischen Angriffe, egal ob im Netz, verbal oder sogar körperlich,  
188 erfüllt uns mit Entsetzen. Umso stärker wollen wir uns mit dieser Problematik  
189 auseinandersetzen. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 hat Antisemitismus eine neue  
190 öffentliche Dimension erreicht. Wir sagen ganz klar: Je offener der Hass gegenüber  
191 Jüdinnen\*Juden und dem Staat Israel wird, desto lauter muss unsere Solidarität mit  
192 den Betroffenen antisemitischer Gewalt sein. Hierbei übersehen wir auch den  
193 Antisemitismus in linken Kreisen nicht. Häufig unter dem Deckmantel antizionistischer  
194 Kritik werden auch in linken Kreisen zuweilen antisemitische Stereotype verbreitet.  
195 Natürlich ist Kritik an der Politik der Regierung Benjamin Netanyahus legitim und  
196 wichtig, diese Kritik darf aber nicht in Antisemitismus, in Hass und Gewalt gegenüber  
197 jüdischen Menschen überschlagen! Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr  
198 deutlich gegen Antisemitismus, auch innerhalb der linken Bubble einsetzen und unsere  
199 Zusammenarbeit und Kontakt mit den Young Democrats und dem Willy-Brandt-Center  
200 Jerusalem intensivieren.

#### 201 **Soziale Gerechtigkeit**

#### 202 **Rentenpolitik**

203 Auch wenn es für uns Jusos weit weg scheint, die Rente betrifft uns: Nicht erst in 40  
204 oder 50 Jahren, sondern heute! Wir als junge Generation sind die Generation, die am  
205 stärksten von den Entscheidungen im Bereich der Rentenpolitik betroffen sein werden.  
206 Wir sind es, die die Rentenbeiträge in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich  
207 finanzieren müssen. Außerdem steht für uns fest, dass wir es nicht akzeptieren, wenn  
208 Senior\*innen aufgrund der derzeitigen Rentenpolitik verstärkt in Altersarmut geraten  
209 und sich ihr Leben nicht mehr selbst finanzieren können. Die derzeitige Rentenpolitik  
210 geht zulasten der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Daher werden wir uns  
211 im kommenden Vorstandsjahr mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen.

#### 212 **Obdachlosigkeit**

213 Auch Obdachlosigkeit ist ein sich immer weiter verschärfendes gesellschaftliches  
214 Problem! Obdachlosigkeit hat viele Auslöser, häufig sind es Schicksalsschläge, die  
215 zur Obdachlosigkeit führen. Auslöser sind etwa Krankheit, Gewalterfahrungen oder die  
216 immer weiter steigenden Mieten. Doch viel zu häufig wird Obdachlosigkeit abgetan mit  
217 der Aussage „selber Schuld!“. Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr  
218 verstärkt dieses gesellschaftlichen Themas annehmen und mehr Sichtbarkeit für die  
219 Probleme sowie Hilfsmöglichkeiten schaffen.

#### 220 **Mieter\*innenschutz und bezahlbares Wohnen**

221 Wohnen ist ein Grundbedürfnis! Doch seit Jahren verschlimmert sich die Situation am  
222 Wohnungsmarkt. Immer weniger Menschen können sich wohnen noch leisten. Junge Menschen  
223 finden keine Wohnung mehr in der Nähe ihrer Ausbildungsstätte oder Uni. Andere sind  
224 gezwungen, ihren Heimatort zu verlassen, weil sie es sich schlicht nicht mehr leisten  
225 können, dort weiterhin zu leben. Menschen mit geringen und durchschnittlichen  
226 Einkommen werden immer stärker aus ihren Vierteln verdrängt; häufig handelt es sich  
227 um Familien mit kleinen Kindern, Rentner\*innen oder Studierende. Als Folge der hohen  
228 Wohnkosten verschärft sich das Armutproblem! Menschen mit geringem und mittlerem  
229 Einkommen müssen immer größere Teile ihres Einkommens für die Mieten aufbringen.  
230 Hierdurch verschärft sich die gesellschaftliche Spaltung immer weiter! Im kommenden  
231 Vorstandsjahr werden wir uns daher verstärkt mit dem Thema Mieter\*innenschutz  
232 auseinandersetzen. Hierbei liegt unser Augenmerk insbesondere auf einer sozialen  
233 Mietenpolitik, der Stärkung von sozialem Wohnungsbau und den Rechten der  
234 Mieter\*innen.

### 235 **Armut**

236 „Eure Armut kotzt mich an!“ Das scheint die Maxime der Politik unseres Bundeskanzlers  
237 Friedrich Merz zu sein. Aber nicht mit uns! Wenn unser Bundeskanzler den Bezug zur  
238 Lebensrealität und den Sorgen der hart arbeitenden Bevölkerung verloren hat, sind wir  
239 als Jungsozialist\*innen gefordert. Armut führt nicht nur zu Stigmatisierung und  
240 gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern sie hat auch beträchtliche negative Folgen  
241 für die Gesundheit und die Entwicklungschancen junger Menschen. Es handelt sich bei  
242 ihr auch nicht um ein selbstverschuldetes Problem einiger Menschen. Armut resultiert  
243 vielmehr aus den derzeit bestehenden strukturellen und institutionellen  
244 Rahmenbedingungen und betrifft uns alle!

245 Besonders erschreckend: die am stärksten armutsgefährdete Altersgruppe sind junge  
246 Erwachsene – 25% der jungen Erwachsenen leben in Armut. Auch bei Kindern und  
247 Jugendlichen sind die Zahlen mehr als alarmierend: jedes fünfte bis siebte Kind lebt  
248 in Deutschland in Armut. Das können wir als Jusos nicht akzeptieren!

249 Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr mit dem Thema Armut und soziale  
250 Spaltung auseinandersetzen und uns für eine menschenwürdige Politik stark machen, die  
251 die strukturellen und institutionellen Faktoren für Armut angeht!

252 Aufgrund der besorgniserregenden Lage von Kindern, Jugendlichen und jungen  
253 Erwachsenen werden wir uns auch explizit mit Armut in diesen Altersgruppen, den  
254 Ursachen hierfür und Lösungen auseinandersetzen.

### 255 **Austausch stärken – Arbeiter\*innenkinder und Azubis vernetzen**

256 Als Jusos ist es unser Anspruch, insbesondere die Perspektiven von Auszubildenden,  
257 jungen Beschäftigten und Arbeiter\*innenkindern sichtbar zu machen und ihre Interessen  
258 aktiv zu vertreten. Noch immer hängen Bildungs- und Aufstiegschancen stark von der  
259 sozialen Herkunft ab. Viele junge Menschen erleben im Betrieb, in der Berufsschule  
260 oder an Hochschulen, dass ihre Lebensrealität zu wenig gehört wird.

261 Wir wollen deshalb den Austausch unter Azubis, jungen Arbeitnehmer\*innen und  
262 Arbeiter\*innenkindern gezielt fördern. In diesem Rahmen wollen wir Räume für  
263 Vernetzung, gegenseitige Unterstützung und politische Diskussion stärken.

### 264 **Gesundheit und Inklusion**

265 **Gesundheit gerecht, feministisch und solidarisch gestalten**

266 Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Einkommen, Geschlecht, Wohnort  
267 oder sozialen Hintergrund abhängen. Dennoch erleben viele Menschen noch immer  
268 strukturelle Benachteiligungen im Gesundheitssystem. Deshalb setzen wir Jusos uns für  
269 ein solidarisches, diskriminierungsfreies und modernes Gesundheitssystem ein, das die  
270 Lebensrealitäten aller Menschen ernst nimmt.

271 Dazu gehört für uns die vollständige Abschaffung des § 218 StGB.

272 Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der medizinischen Grundversorgung und keine  
273 Straftat. Betroffene müssen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können, ohne  
274 Kriminalisierung, Stigmatisierung oder unnötige Hürden. Gleichzeitig braucht es einen  
275 flächendeckenden und wohnortnahen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen sowie  
276 eine gute Beratungs- und Versorgungsstruktur.

277 Außerdem wollen wir gendersensible Medizin in Forschung, Ausbildung und Versorgung in  
278 den Blick nehmen. Medizinische Forschung orientiert sich bis heute häufig am  
279 männlichen Körper als vermeintlicher Norm, wodurch Krankheiten bei FINTA\* oft später  
280 erkannt oder falsch behandelt werden. Diese strukturelle Ungleichbehandlung zeigt  
281 sich besonders in der sogenannten Gender Health Gap. Symptome, Risiken und  
282 Behandlungsmethoden müssen geschlechtersensibel erforscht und vermittelt werden,  
283 damit alle Menschen die medizinische Versorgung erhalten, die sie benötigen.

284 Auch soziale Ungleichheit wirkt sich massiv auf die Gesundheit aus. Menschen mit  
285 geringem Einkommen oder belastenden Arbeitsbedingungen sind häufiger von  
286 gesundheitlichen Problemen betroffen und haben gleichzeitig schlechteren Zugang zu  
287 medizinischer Versorgung. Deshalb brauchen wir sozialverträgliche  
288 Gesundheitsreformen, die den Zugang zu Gesundheitsleistungen unabhängig vom  
289 Geldbeutel sichern. Die geplanten Gesundheitsreformen der Regierung werden die  
290 soziale Ungleichheit weiter verstärken, beispielsweise durch erhöhte Zuzahlungen,  
291 gestrichene Leistungen oder dem noch zur Diskussion stehenden gestrichenen Geld am 1.  
292 Krankheitstag. Diesen Entwicklungen stellen wir uns klar entgegen!

293 Für uns bedeutet faire Gesundheitspolitik: eine starke solidarische  
294 Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und der Ausbau von  
295 Prävention sowie psychischer Gesundheitsversorgung.

296 Unser Ziel ist ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt –  
297 solidarisch, gerecht und frei von Diskriminierung.

298 **Inklusion als Menschenrecht**

299 Inklusion ist kein „Extra“ oder Sonderthema, sondern ein grundlegendes Menschenrecht  
300 und eine gesellschaftliche Verpflichtung. Die Welt ist noch weit davon entfernt,  
301 inklusiv zu sein und die dadurch entstehenden Ungerechtigkeiten sind für uns als  
302 Jusos nicht akzeptabel. Wir werden uns im kommenden Vorstandsjahr aktiv dafür  
303 einsetzen, diese abzubauen.

304 Inklusion muss in Strukturen, Prozesse und Entscheidungen integriert sein. Um dieses  
305 Ziel zu erreichen, werden wir das Thema Inklusion vertieft behandeln, um gemeinsam  
306 ein Bewusstsein zu schaffen und konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

307 Außerdem werden wir die Barrierefreiheit unserer Veranstaltungen überprüfen und ein  
308 umsetzbares Konzept zur Verbesserung der Zugänglichkeit erarbeiten. Barrierefreiheit

309 beginnt nicht bei Stufen, sondern bereits bei der Planung. Barrierefreiheit bedeutet,  
310 dass alle Menschen, unabhängig von Unterschieden, selbstbestimmt und gleichberechtigt  
311 an allem teilnehmen können.

312 Darüber hinaus möchten wir im kommenden Vorstandsjahr eine Person in das Awareness-  
313 Team einbeziehen, die Inklusion als Schwerpunkt hat und somit Themen, wie  
314 Barrierefreiheit und Teilhabe aktiv voranbringt.

315 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen innerhalb der Jusos besser  
316 repräsentiert und aktiv in die Arbeit eingebunden werden. Zudem werden wir uns  
317 intensiv mit den Bedingungen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen  
318 beschäftigen, um die Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige und inklusive Arbeit  
319 zu hinterfragen und gemeinsam Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

320 Inklusion ist keine Option, sie ist unsere Aufgabe!

### 321 **Klima, Umwelt und Landwirtschaft**

322 Der Klimawandel und die damit verbundenen Umweltbelastungen beeinflussen zahlreiche  
323 Bereiche unserer Gesellschaft und Umwelt. Sei es klimabedingte Fluchtursachen,  
324 klimaresiliente Landwirtschaft, hitze-resilienter Städtebau, die Strandung von Walen  
325 oder die Frage, wie lebenswert unser Planet in ein paar Jahren noch sein wird. Im  
326 kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns deshalb mit dem Klimawandel, der  
327 Klimaanpassung, -resilienz und dem Erhalt der Umwelt beschäftigen. Dazu gehören auch  
328 energiepolitische Fragen wie der Ausbau erneuerbarer Energien, der Umgang mit  
329 endlichen Ressourcen wie Wasser, aber auch die Umweltbelastung durch Atommüll und die  
330 damit verbundene Endlagersuche.

331 Ebenso wollen wir uns im kommenden Vorstandsjahr mit Landwirtschaft  
332 auseinandersetzen, da dieses Thema in der breiten Bevölkerung, aber auch bei uns im  
333 überwiegend ländlich geprägten Bezirk einen hohen Stellenwert einnimmt, bisher jedoch  
334 recht vernachlässigt wurde. Hierbei wollen wir jedoch nicht nur den Fokus auf die  
335 konventionelle Landwirtschaft werfen, sondern vielmehr den Blick auf die Faktoren der  
336 Nachhaltigkeit und Klimaresilienz erweitern. Letztere stellen viele Höfe vor enorme  
337 Herausforderungen. Der Klimawandel schreitet erbarmungslos voran, während es früher  
338 in der Fläche viele kleine Höfe gab, wird es heute immer schwieriger, diese zu  
339 erhalten. Daher wollen wir uns ebenso mit dem Thema des "Höfe-Sterbens" beschäftigen.  
340 Aus der Arbeitnehmer\*innenperspektive wollen wir ebenso das Thema Saisonarbeit  
341 betrachten, aus der internationalen Betrachtung die Formen der Abhängigkeiten in der  
342 Landwirtschaft und die Bedeutung der Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft  
343 thematisieren.

344 Durch den Fortschritt in der KI-Entwicklung nimmt der Ressourcenverbrauch, vor allem  
345 bei Wasser, Strom und seltener Erden, immer weiter zu. Die Auswirkungen auf den  
346 Arbeitsmarkt sind ebenso spürbar und werden in den kommenden Jahren noch zunehmen.  
347 Wir wollen uns daher im Verband intensiver damit auseinandersetzen, wie eine  
348 verantwortungsvolle Nutzung von künstlicher Intelligenz in unserer eigenen Arbeit  
349 aussehen kann, zum anderen, wie künstliche Intelligenz als ein sinnvoller Beitrag für  
350 unsere Gesellschaft dienen kann, ohne die bereits bestehenden Probleme fortbestehen  
351 zu lassen oder diese noch weiter zu befördern.

352 Denn: KI spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wider und automatisiert  
353 Vorurteile. FINTA, People of Colour und andere marginalisierte Gruppen werden durch

354 die KI häufig benachteiligt, da die KI in einem System geschaffen wurde, das von  
355 einem kapitalistischen Interesse, patriarchalischen Strukturen und kolonialen  
356 Praktiken geprägt wurde.

#### 357 **SPD und wir**

358 Seit mehr als einem Jahr regiert die SPD als Juniorpartner in einer schwarz-roten  
359 Koalition in der Bundesregierung, und es fühlt sich bereits an wie zum Ende der GroKo  
360 unter der Ära Merkel. Die SPD geht zu sehr in Regierungskompromissen unter, und es  
361 ist zu befürchten, dass sich die Lage durch die Rhetorik des Bundeskanzlers noch  
362 weiter zuspitzen wird. Anstatt ein Kanzler für alle zu sein, betreibt er zusammen mit  
363 CDU und CSU Politik gegen Land und Leute und die SPD lässt sich drauf ein. Der  
364 rechtskonservativen Rhetorik nicht nachzugeben, wird die Aufgabe der nächsten Jahre  
365 werden. Wir werden daher in den nächsten Jahren weiterhin durch Social-Media-Arbeit,  
366 Veranstaltungen, Briefe an unsere Abgeordneten oder Ähnliches dafür sorgen, dass auf  
367 Bundesebene immer ein kritisches Korrektiv für die SPD zu hören und zu sehen ist.

368 Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns aktiv in den Grundsatzprogrammprozess  
369 einbringen und uns mit der SPD im Bezirk darüber austauschen, was unsere Ziele und  
370 Vorhaben für die SPD in 10 Jahren sind und welche strukturellen Herausforderungen  
371 angegangen werden müssen, um die Partei zukunftsfähig aufzustellen. Wir als Jusos  
372 verstehen es als unsere Aufgabe, die Partei an den versprochenen Erneuerungsprozess  
373 und das Grundsatzprogramm zu erinnern, uns dafür einzusetzen und ihn mutiger  
374 voranzutreiben. Dort, wo der SPD die Kraft fehlt, müssen wir vorangehen. Nur so  
375 können wir wieder zu einer glaubwürdigen und progressiven Kraft werden, die sichtbar  
376 an der Seite der arbeitenden Menschen steht, soziale Sicherheit schafft und den  
377 Menschen das Gefühl sozialer Wärme vermittelt. Die SPD muss wieder stärker als Partei  
378 der Arbeit wahrgenommen werden - als politische Kraft, die die Interessen von  
379 Beschäftigten, Auszubildenden, Familien und all jenen vertritt, die dieses Land  
380 tagtäglich tragen.

381 Im Austausch mit der Mutterpartei auf Bezirksebene werden wir daher noch aktiver  
382 dafür werben, hier tätig zu werden. Denn dort, wo soziale Unsicherheit und Räume  
383 sozialer Kälte entstehen, wächst der Nährboden für Extremismus

384 Im kommenden Jahr möchten wir neben unserem kritisch-solidarischen Austausch mit  
385 unserer Mutterpartei ebenso den Kontakt mit anderen Arbeitsgemeinschaften und -  
386 kreisen im SPD-Bezirk Hannover suchen. Dort, wo ein Austausch gewünscht ist, werden  
387 wir da sein und den innerparteilichen Diskurs mitprägen.

388 Im letzten Vorstandsjahr haben wir bereits den Grundstein für eine aktivere  
389 Mitgliedergewinnung gelegt und ebenso den Fokus auf den Erhalt der Mitglieder gelegt.  
390 Hier möchten wir unsere Arbeit weiter intensivieren und die Unterbezirke, wo möglich,  
391 unterstützen.

392 Klar ist und bleibt: Wir verstehen uns in der SPD als linker Richtungsverband, als  
393 linker Stachel - in den Parlamenten, aber ebenso auch auf den Straßen.

#### 394 **Unser Verband**

395 Als Jusos Bezirk Hannover sind wir konstituierender Teil der Jusos Niedersachsen  
396 sowie Teil des Juso-Bundesverbands. Wir sehen es als unsere Aufgabe als größter  
397 Bezirk die Jusos Niedersachsen voranzubringen und gut und konstruktiv mit den anderen  
398 niedersächsischen Bezirken und dem Landesverband zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus

399 identifizieren wir uns als Jusos Bezirk Hannover als Teil des sogenannten "Norden",  
400 in dem wir weiter eng und vertrauensvoll mit dem Bezirk Braunschweig, dem Bezirk  
401 Hessen-Nord und dem Landesverband Schleswig-Holstein zusammenarbeiten wollen. Diese  
402 gute Zusammenarbeit wollen wir vertiefen und auf unsere Mitglieder ausbauen. Im  
403 Bundesverband werden wir konstruktiv und verantwortungsvoll an der Bewältigung der  
404 großen Aufgaben mitarbeiten, die auf uns Jusos insgesamt zukommen. Unsere gute  
405 Anbindung an den Bundesvorstand und unsere Mitgliedschaft bei den "Tradis" werden wir  
406 dafür weiter nutzen und unsere Perspektiven und Ideen einbringen. Ebenso wollen wir  
407 diese Mitgliedschaft weiter mit Leben füllen und unsere Mitarbeit und Austausch mit  
408 den anderen Landesverbänden und Bezirken ausbauen.

409 Genauso wichtig ist uns die Zusammenarbeit mit unseren dreizehn Unterbezirken. Der  
410 Bezirk soll die Plattform sein, auf der sich unsere aktiven Mitglieder austauschen  
411 und voneinander lernen können. Der Bezirksbeirat soll dabei weiterhin den Austausch  
412 zwischen den Unterbezirken und dem Bezirksvorstand fördern. Im Bezirksbeirat werden  
413 wir frühzeitig unsere Jahresplanung präsentieren und unsere Arbeit als  
414 Bezirksvorstand transparent halten. Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Vernetzung  
415 der Unterbezirke wollen wir darüber hinaus weiterhin unsere Unterbezirksvorsitzenden-  
416 Konferenz anbieten und unsere BeVo auf Abruf Seminare ausbauen. Diese können von den  
417 Unterbezirken und AGen angefragt werden. Uns ist es wichtig, dass wir darüber hinaus  
418 unsere Kommunikation in den Verband weiterhin stärken, sowie unsere gute Social Media  
419 Arbeit und unseren WhatsApp-Channel ausbauen.

420 Als einen wichtigen Teil unserer Arbeit im Bezirksvorstand sehen wir die  
421 Bildungsarbeit. Im Rahmen unserer Bildungsarbeit wollen wir unsere beliebten  
422 Denkfabriken, Grundlagen, Feminismus und Antirassismus, Sozialismus sowie  
423 Internationalismus und Antifaschismus ausbauen und weiterentwickeln. Ebenso soll das  
424 Kompetenzseminar ausgebaut und institutionalisiert werden. Im Rahmen unserer  
425 antifaschistischen Arbeit möchten wir auch der Erinnerungsarbeit Aufmerksamkeit  
426 widmen. Diese kann im Rahmen von Workshops oder einer Gedenkstättenfahrt erfolgen.  
427 Unsere Workshops sollen zudem mit kreativen Methoden ausgestaltet werden. Ein  
428 Beispiel dafür kann eine Schnitzeljagd sein.

429 Im Rahmen unserer Awareness Arbeit sollen bei unsere Veranstaltungen weiterhin  
430 Awareness Teams, mindestens bestehend aus einer FINTA\*-Person, aktiv sein. Ebenso  
431 finden bei unseren mind. zweitägigen Veranstaltungen Gender Plena statt, welche sich  
432 in FINTA\* Plena und all-gender-plena unterteilen. Um unsere Awareness-Arbeit breit  
433 aufzustellen, wollen wir ebenso professionelle Awareness Schulungen und  
434 Weiterbildungen organisieren, welche wir, wenn möglich, für die Unterbezirksvorstände  
435 öffnen wollen.

436 Über unseren Verband hinaus wollen wir mit anderen linken Organisationen  
437 zusammenarbeiten und in den Dialog treten, unseren Kontakt zur CHP Jugend und dem  
438 Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft stärken und mit den Gewerkschaften  
439 des DGB zusammenarbeiten. Ebenso wollen wir zu Demonstrationen, wie CSDs, und  
440 Kundgebungen bei uns im Bezirk aufrufen und diese besuchen. Insgesamt ist es uns  
441 wichtig, unsere Bündnisarbeit nicht nur kurzfristig und anlassbezogen zu denken,  
442 sondern langfristige Netzwerke aufzubauen, denn wir verstehen Bündnisarbeit als einen  
443 zentralen Baustein unserer politischen Arbeit.



# Antrag : A01: Lieferservices owe money and rights - Für bessere Arbeitsbedingungen bei Lieferservices!

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Beschäftigte bei Lieferdiensten arbeiten unter extrem prekären Bedingungen: 365 Tage  
2 im Jahr sind die Rider\*innen und Hub-Beschäftigten bei Wind und Wetter unterwegs,  
3 unter ständigem Zeitdruck und permanenter Überwachung durch GPS-Tracking. In den  
4 allermeisten Fällen müssen sie ihre eigenen Geräte und eigenes Datenvolumen für die  
5 Lieferdienste einsetzen, während gleichzeitig großer Stress herrscht, Löhne und  
6 Bonusstrukturen intransparent sind und Voll- und Teilzeitkräfte benachteiligt sind.  
7 Ganz klar: Die Rider\*innen liefern seit Langem am Limit!

## 8 **Stop the Pseudo Subcontracting System!**

9 In den letzten Jahren hat sich Lieferando immer stärker an Wettbewerbsunternehmen wie  
10 Wolt und Uber Eats orientiert. Diese setzen ihr Geschäftsmodell verstärkt auf  
11 Subunternehmen, Werkverträge und prekär beschäftigte Arbeitskräfte. All dies sind  
12 Konstruktionen, die betriebliche Mitbestimmung strukturell zu schwächen,  
13 Arbeitsstandards unterlaufen und Arbeitnehmer\*innen entrechten. Die zunehmende  
14 Verlagerung von Plattformunternehmen wie Lieferando, Wolt oder Uber Eats an  
15 Subunternehmen und sogenannte "Schattenflotten" dient dazu, arbeitsrechtliche  
16 Standards zu umgehen und Mitbestimmung systematisch zu erschweren. Fahrer\*innen  
17 berichten von ausbleibenden Lohnzahlungen, fehlenden Arbeitsverträgen, unbezahlten  
18 Krankheitstagen, fristlosen Entlassungen und massiven Rechtsverstößen. Kündigungen  
19 erfolgen teilweise schlicht durch das Entfernen aus der App. Nicht nur unterlaufen  
20 diese Subunternehmen geltendes Arbeitsrecht, schwächen Gewerkschaften und verhindern  
21 die Bildung von Betriebsräten, es entstehen häufig auch intransparente und teilweise  
22 kriminelle Strukturen, in denen Sozialabgaben, Mindestlohn und Steuern umgangen  
23 werden. Das große Problem hierbei: Es ist kaum möglich, an diese Subunternehmen über  
24 den Rechtsweg heranzutreten. Oft sind es zwielichtige Briefkastenfirmen, die von  
25 kriminellen Strukturen bis hin zur organisierten Kriminalität reichen. Bereits in der  
26 Vergangenheit wollte Arbeitsministerin Bärbel Bas ein Verbot von Subunternehmen  
27 prüfen, daraus ist aber bisher noch nichts geworden, da laut Arbeitsministerium ein  
28 Direktanstellungsgebot das letzte Mittel sei. **Wir sagen ganz klar: Ein**  
29 **Direktanstellungsgebot ist nicht das letzte, sondern das einzige Mittel um**  
30 **Lieferdienstfahrer\*innen zu schützen!**

## 31 **EU fight for their rights!**

32 Im April 2024 hat die EU die Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in  
33 der Plattformarbeit verabschiedet. Diese soll die Arbeitsstandards für Tätigkeiten  
34 verbessern, die über eine digitale Arbeitsplattform organisiert werden. Insbesondere  
35 der dritte Artikel dieser Richtlinie fordert die Mitgliedstaaten bis Dezember 2026  
36 dazu auf, Maßnahmen explizit zum Schutz von Fahrer\*innen zu erlassen, die bei  
37 Subunternehmen angestellt sind. Diese sollen demnach denselben Schutz erhalten wie

38 jene, die in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis mit einer Plattform wie Wolt,  
39 UberEats, Lieferando etc. stehen - dies gilt jedoch nur für den Lohn. Sozial- und  
40 Steuerabgaben können, trotz der Richtlinie, noch immer durch Subunternehmen umgangen,  
41 sowie Arbeitsrechte wie Gesundheitsschutz und Datenschutz ignoriert werden. Eins  
42 zeigt sich: Die EU-Plattformarbeitsrichtlinie von 2024 bringt zwar erste Regelungen  
43 mit sich, sie bleibt aber bei Weitem unzureichend. Insbesondere die weiterhin  
44 mögliche Nutzung von Subunternehmenssystemen verhindert den wirksamen Schutz für  
45 Fahrer\*innen. Nur direkte Anstellungen bei den Plattformen können langfristig faire  
46 Arbeitsbedingung und echte Mitbestimmung sichern!

#### 47 **Auch Lieferdienste brauchen Betriebsräte!**

48 Betriebliche Mitbestimmungsrechte werden bei Lieferdienstplattformen immer wieder  
49 verletzt. So gab es zwar bei Lieferando an einigen Standorten Betriebsräte, diese  
50 wurden aber immer wieder umgangen. Höhepunkt ist die Erklärung des  
51 Bundesarbeitsgerichts, von Anfang 2026, in dem mehrere Betriebsratswahlen bei  
52 Lieferando für unwirksam erklärt und damit die Hürden für künftige Gründungen  
53 deutlich erhöht wurden. Doch insbesondere Betriebsräte sind in  
54 Lieferdienstunternehmen von besonderer Bedeutung, denn bei Tarifverträgen für  
55 Fahrradkurier\*innen hinkt Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch sehr  
56 hinterher. [1]

57 **Wir Jusos Bezirk Hannover stehen daher für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen**  
58 **von Beschäftigten in der Plattformökonomie, insbesondere bei Lieferdiensten, ein und**  
59 **sprechen uns entschieden gegen das System der Auslagerung an Subunternehmen, dem**  
60 **sogenannten "Pseudo-Subcontracting", aus.**

61 **Es ist an der Zeit, die Rechte und Arbeitsbedingungen von Lieferdienst-Fahrer\*innen**  
62 **zu verbessern, auszubauen und zu stärken! Wir fordern daher:**

- 63 • Die Einführung verbindlicher Direktanstellungsangebote für  
64 Plattformbeschäftigte;
- 65 • Das konsequente Vorgehen gegen das System der Subunternehmen und  
66 "Schattenflotten";
- 67 • Die Schaffung von gesetzliche Leitplanken, wie verbindliche  
68 Direktanstellungsangebote, sowie die vollständige und  
69 arbeitnehmer\*innenfreundliche Umsetzung der EU-Plattformarbeitsrichtlinie in  
70 nationales Recht. Ebenso wie die Stärkung von Mitbestimmungsrechten und die  
71 Verankerung der Festanstellung, um die Gründung von Betriebsräten zu  
72 ermöglichen;
- 73 • Faire Löhne, die ein Leben in Würde ermöglichen durch die Schaffung eines  
74 geltenden Tarifvertrags für Beschäftigte in der Lieferdienstbranche, sowie die  
75 konsequente Durchsetzung von Arbeitsrecht und Sozialversicherungspflichten
- 76 • Transparente und gerechte Vergütungssysteme ohne Benachteiligungen von Voll- und  
77 Teilzeitkräften.

## Antrag : A02: Mehr Transparenz bei Stellenausschreibungen

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass Stellenausschreibungen künftig
- 2 folgenden Regelungen zur Sicherstellung von Transparenz und Fairness unterliegen
- 3 sollen :
- 4 1.Kennzeichnungspflicht für Stellenausschreibungen, ob eine konkrete und zeitnahe
- 5 Einstellungsabsicht besteht.
- 6 2.Verpflchtung zur Angabe eines realistischen Einstellungszeitraums.
- 7 3.Stärkung von Beschwerde- und Kontrollmechanismen bei irreführenden
- 8 Stellenausschreibungen, um Bewerber\*innen vor systematisch intransparenten
- 9 Ausschreibungen zu schützen.

### Begründung

Der Arbeitsmarkt ist insbesondere für Berufseinsteiger\*innen derzeit stark angespannt. Viele junge Menschen bewerben sich auf Stellen, investieren Zeit in Bewerbungsprozesse und erhalten dennoch keine Rückmeldung.

Sogenannte „Ghost Jobs“, also Stellenausschreibungen ohne konkrete Einstellungsabsicht, verstärken diese Intransparenz im Bewerbungsprozess (Schreiter, 2024). Dies führt zu unnötigem Aufwand, Frustration und ineffizienten Bewerbungsprozessen.

Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik muss es sein, faire, transparente und nachvollziehbare Bedingungen für Bewerber\*innen zu schaffen, insbesondere für junge Menschen zu Beginn ihres Berufslebens.

<https://www.rnd.de/beruf-und-bildung/ghost-jobs-wieso-fake-stellenanzeigen-zunehmen-und-wie-man-sie-erkennt-DWY6EIETWFF5HD2T4YZK2CRTAY.html>

# Antrag : A03: Dienst ist Dienst: Tagegeldanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Die Inflation und gestiegene Lebenshaltungskosten treffen im öffentlichen Dienst  
2 Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen besonders hart. Zu dieser  
3 Gruppe gehören u. a. Fahrer\*innen, die für Ministerien, Behörden und Verwaltungen  
4 unverzichtbare Arbeit leisten, indem sie für die Beförderung zu auswärtigen Terminen  
5 zur Verfügung stehen. Es ist ein Gebot der Fairness, dass diese Beschäftigten auf  
6 dienstlich veranlassten Fahrten nicht schlechter gestellt werden als die Personen,  
7 die sie befördern.

8 Aktuell führt die Auslegung des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) durch die  
9 Rechtsprechung dazu, dass Fahrer\*innen bei eintägigen Fahrten oft kein Tagegeld  
10 (Verpflegungspauschale) erhalten, während die mitreisenden Beamt\*innen und  
11 Beschäftigten dieses beanspruchen können. Wir fordern daher eine gesetzliche  
12 Klarstellung.

13 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Änderung des  
14 Bundesreisekostengesetzes (BRKG) einzusetzen:

- 15 1. Änderung des § 2 BRKG (Begriffsbestimmungen): Es ist gesetzlich klarzustellen,  
16 dass auch Fahrten, die im Rahmen der ständigen Wahrnehmung von Dienstgeschäften  
17 erfolgen (typische Fahrtätigkeit), als Dienstreisen gelten, sofern sie die  
18 zeitlichen Voraussetzungen (Abwesenheit von der Wohnung und der Dienststätte)  
19 erfüllen.
- 20 2. Streichung des Ausnahmecharakters: Der Anspruch auf Tagegeld (§ 6 BRKG) darf  
21 nicht davon abhängen, ob das Reisen den Kern der Tätigkeit ausmacht oder eine  
22 Ausnahme darstellt. Der tatsächliche Verpflegungsmehraufwand entsteht unabhängig  
23 von der Arbeitsplatzbeschreibung.

## Begründung

Nach § 2 Abs. 1 BRKG sind Dienstreisen Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte. Für die Gewährung von Tagegeld (§ 6 BRKG) ist eine Abwesenheit von mehr als 8 Stunden erforderlich. In der Praxis und bestätigt durch Rechtsprechung (u.a. in Anlehnung an BVerwG, Urteil vom 11.12.2012 – 5 C 13.11) wird Fahrer\*innen der Anspruch auf Tagegeld jedoch oft verwehrt. Begründet wird dies damit, dass das Fahren und somit das Unterwegssein ihre Haupttätigkeit ist, weshalb der Fahrt der Charakter einer „unregelmäßigen“ bzw. „außergewöhnlichen“ Belastung fehle, der das Tagegeld eigentlich Rechnung tragen soll. Das Fahrzeug wird faktisch als Arbeitsplatz gewertet.

Diese juristische Spitzfindigkeit geht an der Lebensrealität vorbei und ist zutiefst unsozial.

1. Real existierende Mehrkosten: Ein\*e Fahrer\*in hat an einer Autobahnraststätte oder In der Bäckerei dieselben hohen Ausgaben wie beförderte Minister\*innen, Staatssekretär\*innen oder Mitarbeitende. Dass das Reisen zum Berufsbild gehört, macht das Brötchen unterwegs nicht billiger.

2. Soziale Schieflage: Fahrer\*innen sind meist in niedrigeren Entgeltgruppen eingruppiert. Für sie ist das Tagegeld (aktuell 14 Euro bei >8 Std.) ein relevanter Faktor, um die Kosten der Arbeit zu decken. Der Verpflegungsmehraufwand ist ein Ausgleich für faktische Mehrkosten gegenüber der Verpflegung zu Hause oder in der Kantine. Dieser Ausgleich muss allen zustehen.
3. Ungleichbehandlung: Es ist niemandem vermittelbar, warum in demselben Dienstwagen zwei Personen sitzen, beide länger als 8 Stunden unterwegs sind, aber nur die besserverdienende Person eine Pauschale für das Essen erhält.

In der Praxis wird Tagegeld für Fahrten mit Übernachtungen meist ausgezahlt. Da ein Großteil der Fahrten jedoch eintägig stattfindet, ist das Tagegeld für diese Fahrten besonders relevant. Für Fahrten unter 8 Std. werden keine Pauschalen ausgezahlt.

## Antrag : A04: Faire Feiertagsregelung für Werkstudent\*innen

Laufende Nummer: 6

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Hannover
<b>Status:</b>	eingereicht

- 1 Werkstudent\*innen tragen erheblich zum Erfolg vieler Betriebe bei, oft unter
- 2 flexiblen und teilweise prekären Arbeitsbedingungen. Feiertage, die auf mögliche
- 3 Arbeitstage fallen, führen jedoch häufig zu Lohnausfällen, da Studierende nur für
- 4 tatsächlich geleistete Stunden bezahlt werden. Dies ist unfair, weil die
- 5 Arbeitsbereitschaft vorhanden ist und Studierende nicht für das Fehlen des
- 6 Arbeitstags verantwortlich sind. Reguläre Arbeitnehmer\*innen erhalten für solche
- 7 Feiertage eine Mindestvergütung. Studierende sollten hier gleichbehandelt werden.
- 8 Eine Mindestvergütung von acht Stunden an solchen Feiertagen sorgt für faire
- 9 Arbeitsbedingungen, schafft Planungssicherheit sowohl für Studierende als auch für
- 10 Arbeitgeber\*innen und erhöht Transparenz und Gleichbehandlung.
- 11 Wir fordern, dass alle Arbeitgeber\*innen verpflichtet werden, für gesetzliche
- 12 Feiertage, die auf mögliche Arbeitstage fallen, mindestens acht Stunden zu vergüten.
- 13 Dies gilt unabhängig von der individuellen Wochenarbeitsplanung oder bisherigen
- 14 Einsätzen und erstreckt sich auf alle Werkstudent\*innen in allen Branchen und
- 15 Arbeitsverträgen.

# Antrag : A05: Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! – bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt!

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Für viele selbstständige Künstler\*innen ist die Anzahl der Aufträge existenziell.  
2 Darunter leiden nicht nur ihre psychische Gesundheit und ihr kreativer Output,  
3 sondern letztendlich auch die kulturelle Qualität in Deutschland.  
4 Da diese essentiell für eine funktionierende Demokratie ist, fordern wir, dass sich  
5 die SPD auf nationaler Ebene dafür einsetzt, ein bedingungsloses Grundeinkommen für  
6 selbstständige Künstler\*innen nach dem irischen Modell einzuführen.  
7 Dieses sieht vor, dass selbstständige Künstler\*innen und Musiker\*innen ein  
8 wöchentliches Gehalt von 325€, beziehungsweise 1300€ monatlich, erhalten sollen. In  
9 einer vorhergegangenen Pilotstudie wurde dies getestet und das Ergebnis war, dass die  
10 irische Gesellschaft für jeden investierten Euro einen Euro und 39 cent  
11 zurückerhielt. Es ist also ein Programm, welches sich selber finanziert. Teilnehmende  
12 an der Studie verdienten im Schnitt 500€ mehr im Monat durch ihre künstlerische  
13 Arbeit, verbrachten 11 Stunden die Woche mehr mit künstlerischer Arbeit und stellten  
14 3,9 Werke mehr her als eine Kontrollgruppe ohne Grundeinkommen im gleichen  
15 Zeitabschnitt. Die Wahrscheinlichkeit, im Kunstsektor tätig zu sein, stieg um 6% und  
16 der Bezug von Arbeitslosengeld sank um 38%. In Irland werden 2000 dieser  
17 Grundeinkommen an selbstständige Kulturschaffende verlost, es bekommt also nicht Jede\*r  
18 eins und somit wird nach dem Zufallsprinzip auch eine Diversität der Erhaltenden  
19 gesichert, beziehungsweise Voreingenommenheit bei der Auswahl verhindert. Da Irland  
20 aber eine andere Einwohner\*innenzahl und eine andere Anzahl selbstständiger  
21 Kulturschaffender als Deutschland hat, wäre es hierbei sinnvoll, wenn Kommissionen  
22 die Anzahl der verlosteten Einkommen an die hiesigen Gegebenheiten anpassen.  
23 Selbstständigkeit muss beim Finanzamt gemeldet werden, wodurch das Erreichen des  
24 Angebots bei der spezifischen Zielgruppe gesichert ist.  
25 Kunst und Kultur erhalten von der Politik aktuell immer weniger Aufmerksamkeit,  
26 während ihre Relevanz immer weiter steigt. Während die AfD gezielt Pläne schmiedet,  
27 kulturelle Angebote zu beeinflussen und zensieren, ist jetzt der Zeitpunkt,  
28 unabhängige Künstler\*innen und Musiker\*innen zu unterstützen und unsere  
29 Kulturlandschaft zu retten!

## Antrag : A06: Mitversichert, zahlen die Anderen

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

1 Als Juso streben wir schon länger eine Bürger\*innenversicherung für die  
2 Gesundheitsversorgung, Pflegeversicherung oder Rentenkasse an, in die alle mit Ihrem  
3 gesamten Einkommen (also nicht nur Erwerbseinkommen von abhängig Beschäftigten) und  
4 Vermögen einzahlen und aus dem alle dieselben guten Leistungen erhalten sollten.  
5 Insbesondere bei der Gesundheitsversorgung darf es hier keinen Klassenunterschied  
6 geben. Leider wissen wir, dass es nicht so schnell möglich ist diese Systeme komplett  
7 umzubauen, insbesondere nicht für die SPD in einer Koalition mit der Union, obwohl  
8 sich dies eine Mehrheit der Bürger\*Innen schon länger wünscht. Die aktuellen  
9 Sozialversicherungen bestrafen dabei insbesondere erwerbsarbeitende Personen mit  
10 kleinen und mittleren Einkommen, da hier alle denselben prozentualen Beitrag zu den  
11 Sozialversicherungen bezahlen müssen, bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Dies führt  
12 dazu, dass viel verdienende prozentual deutlich weniger von Ihrem Einkommen zahlen  
13 müssen als Personen mit geringerem Einkommen. Dies ist beispielsweise bei der  
14 Einkommensteuer genau umgekehrt. Daher sind Aussagen wie von Lars Klingbeil, dass  
15 eine größerer Zuschuss zur Krankenversicherung aus Steuermitteln nichts bringe  
16 schlicht falsch und wir halten es für absolut notwendig, dass die Kosten für  
17 Bürgergeldempfangende entsprechend der den Krankenkassen entstehenden Kosten aus  
18 Steuermitteln getragen werden. Weiterhin begrüßen wir aktuelle Vorschläge, die  
19 patriarchale Strukturen innerhalb der bestehenden Systeme abbauen, zum Beispiel durch  
20 das Streichen der kostenlosen Mitversicherung von Ehegatten (im Moment meist der  
21 Ehefrau). Ehepaare, die aktuell ihre Carearbeit anders aufteilen und beispielsweise  
22 beide weniger arbeiten, zahlen im aktuellen System ansonsten Lebensmodelle mit, in  
23 den eine Person einer Erwerbsarbeit nachgeht und die andere Person die Carearbeit  
24 verrichtet. Sofern Ehepaare diese Aufteilung wünschen, können Sie dies auch weiterhin  
25 gerne tun, nur darf es nicht sein, dass dies dann von Personen mit eher geringerem  
26 Einkommen mitfinanziert werden muss.

## Antrag : B01: Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen

Laufende Nummer: 9

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Hannover
<b>Status:</b>	eingereicht

- 1 Werkstudent\*innen stehen häufig vor einem strukturellen Problem: Sie schreiben ihre
- 2 Abschlussarbeit, das Semester endet und mit dem Semesterende läuft ihr
- 3 Werkstudent\*innen-Vertrag automatisch aus. Dies führt oft zu abrupten
- 4 Einkommensverlusten und großer Unsicherheit bei der Jobsuche.
- 5 Ein halbes Kulanzsemester würde Studierenden ermöglichen, den Übergang in den Beruf
- 6 in Ruhe zu planen, während Arbeitgeber\*innen Aufgaben geordnet übergeben können. Dies
- 7 reduziert Stress auf beiden Seiten, erhöht die Attraktivität von
- 8 Werkstudent\*innenstellen und erleichtert die Arbeitsmarktintegration junger Menschen.
- 9 Ein geplanter Übergang stärkt somit sowohl die Rechte der Studierenden als auch die
- 10 Planbarkeit für Betriebe.
- 11 Nach erfolgreichem Bestehen der Abschlussarbeit soll der Werkstudent\*innenvertrag
- 12 automatisch, falls gewünscht, für ein halbes Semester verlängert werden. Diese
- 13 Verlängerung gilt für alle Werkstudent\*innen, unabhängig von Branche oder Hochschule.
- 14 Die Vertragsbedingungen bleiben unverändert, lediglich die Laufzeit wird angepasst.
- 15 Dadurch erhalten Studierende Einkommenssicherheit und Arbeitgeber\*innen
- 16 Planungssicherheit.

# Antrag : D01: Digitale Gewalt ist reale Gewalt - Deepfakepornografie stoppen!

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz können täuschend echte Texte, Bilder,  
2 Töne, Videos und Audios erstellt werden, die für Laien kaum noch als Fälschung  
3 erkennbar sind. Diese sogenannten Deepfakes werden gezielt benutzt, um Menschen zu  
4 verleumden, zu sexualisieren oder in Verruf zu bringen, sowie politische  
5 Desinformation, Cybermobbing, Rache pornos und gefälschte Produktempfehlungen zu  
6 verbreiten. Insbesondere manipulative Social Bots, also Social-Media-Konten, die  
7 direkt oder indirekt vorgeben, ein Mensch zu sein, es aber nicht sind, verbreiten  
8 diese und andere Fakes. Die immer weiter steigende Welle von Fälschungen macht es  
9 schwerer, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. **Das Verbreiten von solchen**  
10 **Deepfakes gefährdet unsere Demokratie, denn Demokratie braucht Vertrauen, und**  
11 **Vertrauen braucht Wahrhaftigkeit.**

12 Insbesondere in den letzten Wochen hat die politische Debatte zu sexualisierter  
13 digitaler Gewalt, Deepfakes und Auskunftsrechten Aktualität erhalten. Jedoch besteht  
14 diese Debatte bereits seit längerem, auch das Bundesjustizministerium hat den  
15 Handlungsbedarf zu Deepfakegewalt nicht erst kürzlich erkannt. Insbesondere die  
16 Veröffentlichungen und Enthüllungen von Collien Fernandes haben die aktuelle Debatte  
17 beschleunigt. Die Strafbarkeitslücke bei sexualisierten Deepfakes zu schließen wurde  
18 bereits im Koalitionsvertrag (2025) verankert und war bereits Bestandteil  
19 verschiedener Bundesratsinitiativen aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.  
20 Jedoch zeigen die Veröffentlichungen von Collien Fernandes wieder deutlich: **Es**  
21 **besteht Handlungsbedarf und die Scham muss die Seite wechseln!**

22 Vermeintliche Nackfotos, KI-generierter Telefonsex, Deepfakepornografie. Viele Frauen  
23 sind digitaler Gewalt ausgesetzt. Expert\*innen gehen von Hunderttausenden betroffenen  
24 Frauen aus. Die Täter? Fast immer Männer. Bei über 90 Prozent aller Deepfakes handelt  
25 es sich um nicht einvernehmliche pornografische Inhalte. In neun von zehn Fällen  
26 trifft es Frauen. Jede fünfte Frau in Deutschland erlebte in den vergangenen fünf  
27 Jahren digitale Gewalt. Betroffene berichten von anschließenden Panikattacken,  
28 Angstzuständen, sozialem Rückzug und dem Gefühl, die Kontrolle über den eigenen  
29 Körper verloren zu haben. Insbesondere nach Collien Fernandez veröffentlichen des  
30 jahrelangen Missbrauches durch ihren Exmann ging eine Welle durch ganz Deutschland.  
31 Tausende protestierten auf den Straßen für die Strafbarkeit von Deepfakes und die  
32 Anerkennung von Femiziden als Strafbestand, sowie die klare Umsetzung von "Ja heißt  
33 Ja".

34 Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Dennoch ist das deutsche Strafrecht bislang  
35 unzureichend auf diese Form der Gewalt vorbereitet. Das Erstellen entsprechender  
36 Inhalte ist bisher kein eigener Strafbestand. Strafbar ist nur, wer solches Material  
37 verbreitet und auch dann nur wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts. **Diese**

38 **Schutzlücke muss dringend geschlossen werden.**

39 Andere Länder wie beispielsweise Spanien zeigen bereits, dass konsequentes Handeln  
40 möglich ist. Deutschland darf hier nicht länger hinterherhinken. **Darum fordern wir**  
41 **Jusos Bezirk Hannover die konsequente Bekämpfung von Deepfakepornografie und**  
42 **digitaler Gewalt, sowie die schnelle Schließung bestehender Strafbarkeitslücken.**

43 Deshalb fordern wir:

- 44 • Die Einführung eines eigenen Strafbestands für die Erstellung nicht  
45 einvernehmlicher Deepfakes, insbesondere im pornografischen Kontext;
- 46 • Eine klare strafrechtliche Verfolgung auch des Besitzes und der Verbreitung  
47 entsprechender Inhalte;
- 48 • strenge Regulierung von KI-Tools, sodass die Erstellung täuschend echter Inhalte  
49 realer Personen ohne Einwilligung technisch verhindert wird;
- 50 • Eine stärkere Verpflichtung von Plattformen zur schnelleren Löschung, Prävention  
51 und Nachverfolgung solcher Inhalte;
- 52 • Ein Verbot manipulativer Social Bots, die sich als reale Personen ausgeben und  
53 gezielt Desinformation verbreiten;
- 54 • Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene digitaler  
55 Gewalt.

# Antrag : D02: Klarnamenpflicht? Nein danke - Anonymität im Netz schützen!

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Die Forderung nach einer Klarnamenpflicht im Internet wurde zuletzt von Bundeskanzler  
2 Friedrich Merz gefordert. Diese Idee greift grundlegende Freiheitsrechte an und ist  
3 kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Hass und Gewalt im Netz!

4 Jede\*r hat das Recht, sich im Netz frei zu bewegen. Dazu gehört auch die Anonymität.  
5 Denn Anonymität im Internet ist ein zentraler Bestandteil der Meinungsfreiheit.  
6 Insbesondere vulnerablen Gruppen wie politischen Aktivist\*innen, Whistleblowern und  
7 Medienschaffenden wird so die Möglichkeit gegeben, sich frei zu äußern, ohne  
8 Repressionen oder persönliche Gefahren befürchten zu müssen. Auch das  
9 Bundesverfassungsgericht betonte, dass die anonyme Äußerungsfreiheit ein wichtiger  
10 Teil der Meinungsfreiheit ist. Der Bundesgerichtshof hat zudem 2022 entschieden, dass  
11 Plattformen wie Facebook Nutzer\*innen nicht dazu zwingen dürfen, ihre echten Namen  
12 als Profilnamen (nach außen hin sichtbar) zu verwenden (Urteil vom 27.01.2022, Az.  
13 III ZR 3/21 u III ZR 4/21).

14 Darüber hinaus ist die anonyme Nutzung digitaler Dienste bereits gesetzlich  
15 geschützt, denn in §19 Abs. 2 TDDDG ist sogar verankert, dass Anbieter die Nutzung  
16 ihrer Dienste anonym oder unter Pseudonym ermöglichen müssen, soweit dies technisch  
17 möglich und zumutbar ist. Zudem würde eine Klarnamenpflicht, so wie sie Bundeskanzler  
18 Friedrich Merz fordert, erhebliche datenschutzrechtliche Risiken schaffen, da  
19 sensible personenbezogene Daten zentral gespeichert werden müssten und so anfälliger  
20 für Missbrauch und Hackerangriffe wären.

21 Gleichzeitig zeigen Studien, beispielsweise aus der Schweiz oder Südkorea, dass eine  
22 Klarnamenpflicht nicht weniger zu Hass oder Aggressionen im Netz führt. Das Problem  
23 liegt ganz klar nicht in der Anonymität selbst, sondern in unzureichender Moderation  
24 und Durchsetzung bestehender Regeln durch Plattformbetreiber. **Daher fordern wir die**  
25 **Verbesserung der Auskunftsansprüche bei Plattformen und Internetanbieter\*innen.** Diese  
26 Auskunftsansprüche beziehen sich auf IP-Adressen und Accountinformationen, die nur im  
27 Falle einer schweren Persönlichkeitsverletzung gerichtlich beantragt werden können.  
28 So können sich auch Menschen ohne Klarnamen im Internet bewegen und zeitgleich  
29 besteht die Möglichkeit, gegen digitale Gewalt vorzugehen. Gleichzeitig ist dabei zu  
30 berücksichtigen, dass staatliche Institutionen digital oft nicht mit der  
31 Geschwindigkeit und Dynamik technologischer Entwicklungen Schritt halten. Gerade  
32 deshalb braucht es keine symbolische, sondern eine konsequent durchsetzbare  
33 Regulierung mit klaren Kompetenzen und handlungsfähigen Aufsichtsstrukturen.

34 Für uns Jusos ist ganz klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Niemand,  
35 on- oder offline, sollte Gewalt erfahren. Digitale Gewalt ist eine Bedrohung für die  
36 gesamte Gesellschaft. Hass im Netz verstärkt gesellschaftliche Diskriminierung und  
37 Unterdrückung, indem Menschen und Meinungen strategisch von den Plattformen verdrängt

38 werden. Noch im Dezember 2024, wurde durch die Bundesregierung ein neues Gesetz gegen  
39 digitale Gewalt eingebracht. Dies wurde jedoch nicht mehr vor den Neuwahlen 2025  
40 beschlossen. **Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, den Gesetzesentwurf**  
41 **wieder aufzunehmen, nachzubessern und das Gesetz zügig zu verabschieden!**

42 **Wir Jusos Bezirk Hannover sprechen uns entschieden gegen eine Einführung einer**  
43 **Klarnamenpflicht im Internet aus und fordern stattdessen den Schutz anonymer und**  
44 **pseudonymer Nutzung sowie die konsequente Bekämpfung digitaler Gewalt im Netz!**

45 **Ganz konkret fordern wir:**

- 46 • Keine Einführung einer Klarnamenpflicht im Internet;
- 47 • Den Schutz und die Stärkung anonymer und pseudonymer Nutzung digitaler Dienste;
- 48 • Verbesserte Auskunftsansprüche gegenüber Plattformen und Internetanbieter\*innen,  
49 insbesondere zur Identifikation von Täter\*innen bei schweren  
50 Persönlichkeitsrechtsverletzungen auf richterliche Anordnung;
- 51 • Eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln und Community-Standards durch  
52 Plattformbetreiber\*innen;
- 53 • Stärkere Maßnahmen gegen digitale Gewalt, ohne dabei Grundrechte einzuschränken.
- 54 • Verbesserung und Verabschiedung des Gesetzesentwurfs gegen digitale Gewalt.

55

# Antrag : D03: KiKA von ARD und ZDF – für alle. Auf allen Kanälen

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Die Jusos bekennen sich ausdrücklich zu einem starken, unabhängigen und solidarisch  
2 finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. ARD, ZDF und Deutschlandradio sind  
3 zentrale Pfeiler der demokratischen Öffentlichkeit. Sie ermöglichen allen Menschen –  
4 unabhängig von Einkommen, Herkunft oder politischer Haltung – Zugang zu verlässlichen  
5 Informationen, Bildung, Kultur, Unterhaltung und kritischem Journalismus. In einer  
6 Zeit, in der Desinformationen, rechtsextreme Hetze und die Macht globaler  
7 Plattformkonzerne den öffentlichen Diskurs zunehmend verzerren, ist ein freier und  
8 öffentlicher Rundfunk für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar.

## 9 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Wandel

10 Uns ist bewusst, dass sich das Mediennutzungsverhalten grundlegend verändert hat.  
11 Immer mehr Menschen informieren sich, unterhalten sich und bilden sich digital,  
12 zeitunabhängig und über digitale Plattformen. Gerade junge Menschen erreichen  
13 klassische lineare Programme oft nicht mehr. Deshalb ist der kontinuierliche Ausbau  
14 digitaler Angebote kein Zusatz, sondern Kernauftrag eines modernen öffentlich-  
15 rechtlichen Rundfunks. ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen dort präsent sein, wo  
16 öffentliche Meinungsbildung heute stattfindet: in Apps, Podcasts, Streamingformaten  
17 und sozialen Netzwerken. Diese digitalen Ausspielwege müssen dauerhaft  
18 weiterentwickelt, technisch gepflegt und redaktionell betreut werden, damit  
19 öffentlich-rechtliche Inhalte dort nicht nur existieren, sondern auch auffindbar,  
20 sichtbar und gesellschaftlich wirksam bleiben.

21 Eine stärkere Kooperation zwischen den Sendern, der Abbau ineffizienter  
22 Doppelstrukturen und die Bündelung von Ressourcen sind notwendige Schritte, um den  
23 öffentlich-rechtlichen Rundfunk finanziell tragfähig zu halten. Wir erkennen  
24 ausdrücklich an, dass Einsparungen notwendig sind, um den öffentlich-rechtlichen  
25 Rundfunk langfristig zu sichern. Gleichzeitig warnen wir davor, Sparpolitik mit  
26 Inhaltsabbau zu verwechseln. Werden lineare Kanäle reduziert oder zusammengelegt,  
27 müssen ihre Inhalte erhalten bleiben und konsequent in digitale Ausspielwege  
28 überführt werden.

29 Sollten Sender wie 3sat oder Arte gestrichen werden, dürfen ihre Bildungs-, Kultur-  
30 und Wissenschaftsangebote nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden. Sie müssen in  
31 Streamingangeboten und auf digitalen Plattformen weiterhin sichtbar, zugänglich und  
32 redaktionell betreut bleiben. Gleichzeitig müssen diese Inhalte auch in den  
33 verbleibenden linearen Programmen sichtbar bleiben. Die öffentlich-rechtliche  
34 Vielfalt darf nicht am Fernsehgerät enden, sondern muss im Digitalen fortgeführt  
35 werden. Spartensender wie Arte, ZDFinfo, 3sat und insbesondere KiKA erfüllen mit  
36 ihren Inhalten einen zentralen Bildungs- und Kulturauftrag und gehören zur  
37 demokratischen Grundversorgung.

## 38 KiKA als zentraler Baustein der Medienöffentlichkeit

39 Am Beispiel KiKA zeigt sich besonders deutlich die Bedeutung eines öffentlich-  
40 rechtlichen Angebots für Kinder und Jugendliche. Der Kinderkanal von ARD und ZDF  
41 erreicht über alle Ausspielwege hinweg rund 90 Prozent der Kinder in Deutschland und  
42 behauptet damit seine Spitzenposition in einem zunehmend fragmentierten Medienmarkt,  
43 in dem die Konkurrenz wächst. Auch im linearen Fernsehen bleibt KiKA mit einem  
44 Marktanteil von 13,0 Prozent bei den Drei- bis 13-Jährigen Marktführerin (Stand:  
45 2024).

46 Parallel dazu entwickeln sich die digitalen Angebote dynamisch: Millionen Downloads  
47 des „KiKA-Players“ sowie der Apps „KIKANINCHEN“ und „KiKA Quiz“ zeigen, dass KiKA  
48 seine Inhalte erfolgreich in die digitale Lebenswelt von Kindern überführt. Hinzu  
49 kommen eigens entwickelte Formate auf relevanten Drittplattformen. Diese Entwicklung  
50 macht deutlich: KiKA ist kein Nischenangebot, sondern ein zentraler öffentlich-  
51 rechtlicher Zugangsort für Kinder in einer zunehmend digitalen Medienwelt.

## 52 **Lineares KiKA-Angebot darf nicht abgeschafft werden**

53 Ein vollständiges Ende von KiKA im linearen Fernsehen wäre ein gravierender  
54 medienpolitischer Fehler. Zum einen würde es zentrale Lebensrealitäten vieler Kinder  
55 ignorieren, zum anderen würde es bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen.

56 Erstens haben längst nicht alle Kinder gleichen Zugang zu digitalen Angeboten. Gerade  
57 in Haushalten mit geringem Einkommen fehlen oft geeignete Endgeräte, stabile  
58 Internetverbindungen oder ausreichendes Datenvolumen. Für diese Kinder ist lineares  
59 Fernsehen ein verlässlicher und niedrighschwelliger Zugang zu Bildung, Information und  
60 kindgerechter Unterhaltung. Wird dieser Zugang abgeschafft, wird Teilhabe faktisch  
61 eingeschränkt – entlang sozialer Ungleichheiten.

62 Zweitens bietet lineares Fernsehen eine klare Struktur, die für Kinder besonders  
63 wichtig ist. Feste Sendezeiten und ein kuratiertes Programm schaffen Orientierung und  
64 entlasten sowohl Kinder als auch Eltern. Digitale Plattformen funktionieren hingegen  
65 über permanente Verfügbarkeit und algorithmische Steuerung. Das erhöht das Risiko von  
66 Überforderung und Verdrängung durch kommerziell optimierte Inhalte.

67 Drittens steht KiKA im linearen Fernsehen für geprüfte, werbefreie und pädagogisch  
68 verantwortete Inhalte. Im digitalen Raum konkurriert er unmittelbar mit Plattformen,  
69 deren Geschäftsmodelle auf Aufmerksamkeit, Daten und Werbung ausgerichtet sind. Ohne  
70 ein starkes lineares Gegengewicht droht die Sichtbarkeit hochwertiger Inhalte weiter  
71 zu sinken.

72 Deshalb ist nicht die Digitalisierung das Problem, sondern eine politisch festgelegte  
73 Abschaltung des linearen Angebots. Solange ein relevanter Bedarf besteht, muss KiKA  
74 auch linear verfügbar bleiben. Die für das Jahr 2033 geplante Abschaltung des  
75 linearen KiKA-Angebots darf nicht umgesetzt werden. **KiKA muss als zentraler  
76 Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Grundversorgung dauerhaft sowohl digital als  
77 auch linear verfügbar sein, um allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Lage einen  
78 gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Information und Kultur zu gewährleisten.**

# Antrag : D04: Digitale Gewalt bekämpfen. Deepfake-Pornografie und KI-Missbrauch konsequent unterbinden

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Studierende in Niedersachsen stehen unter massivem finanziellem Druck. Neben den  
2 steigenden Mieten, hohen Lebenshaltungskosten und den Kosten für Lernmaterialien  
3 belasten Semesterbeiträge von durchschnittlich rund 400 Euro pro Semester die  
4 Studierenden zusätzlich. Diese Belastung führt bei vielen dazu, dass sie neben dem  
5 Studium zusätzliche Erwerbstätigkeit aufnehmen müssen, was oft zu längeren  
6 Studienzeiten, höheren Abbruchquoten und sozialer Selektion im Bildungssystem führt.

7 Die SPD muss Bildung nicht als individuelle Investition, sondern als öffentliche  
8 Verantwortung begreifen. Wer Fachkräfte sichern will, muss die finanziellen Hürden  
9 für das Studium abbauen und jungen Menschen faire Chancen ermöglichen.

10 Nach aktuellen Schätzungen studieren in Niedersachsen etwa 108.000 Personen mit  
11 Hauptwohnsitz im Land an staatlichen Hochschulen. Bei einem durchschnittlichen  
12 Semesterbeitrag von 400 Euro pro Semester ergibt sich eine jährliche Belastung von  
13 rund 86 bis 90 Millionen Euro. Selbst bei einer oberen Schätzung von 450 Euro pro  
14 Semester liegen die Gesamtkosten unter 100 Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich:  
15 Der Landeshaushalt umfasst über 48 Milliarden Euro. Die Übernahme der  
16 Semesterbeiträge würde damit weniger als 0,2 Prozent des Haushalts ausmachen. Auf  
17 einzelne Einwohner\*innen verteilt, ist dies ein sehr geringer Betrag im Verhältnis  
18 zum gesellschaftlichen Nutzen.

19 Die Investition würde unmittelbar die Kaufkraft junger Menschen stärken,  
20 Studienabbrüche reduzieren, die Attraktivität des Studienstandorts Niedersachsen  
21 erhöhen und einen direkten Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung leisten. Die  
22 entscheidende Frage ist daher nicht, ob sich das Land Niedersachsen diese Maßnahme  
23 finanziell leisten kann, sondern ob es sich politisch leisten kann, darauf zu  
24 verzichten.

25 Deshalb fordern wir, dass die Semesterbeiträge für alle Studierenden an staatlichen  
26 Hochschulen im Land Niedersachsen, mit Hauptwohnsitz in Niedersachsen vollständig  
27 übernommen werden. Die Übernahme soll sämtliche verpflichtenden Bestandteile des  
28 Semesterbeitrags umfassen, insbesondere die Beiträge für das Studierendenwerk, die  
29 Beiträge der Studierendenschaft (AStA), das Deutschland-Semesterticket, sowie  
30 Verwaltungskostenbeiträge.

# Antrag : D05: Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Eine moderne Demokratie lebt von der dauerhaften Partizipation ihrer Bürger\*innen und  
2 der Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Das Konzept des „Open Government“  
3 stützt sich dabei auf die drei Säulen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit.  
4 Während Deutschland im internationalen Vergleich bei der Datenverfügbarkeit  
5 Fortschritte macht, liegen wir bei der tatsächlichen Umsetzung und Nutzung noch im  
6 unteren Mittelfeld. Um unsere Demokratie krisenfester zu machen und das Vertrauen in  
7 politische Entscheidungen zu stärken, fordern wir eine konsequente Ausweitung von  
8 Open-Government-Initiativen in den Verwaltungen aller politischen Ebenen.

9 Konkret fordern wir:

- 10 1. Bereitstellung maschinenlesbarer Daten (Open Data): Die Verwaltung muss ihre  
11 Datenbestände (z. B. Geodaten, Statistiken, Wahlergebnisse) standardisiert,  
12 anonymisiert, vollständig und maschinenlesbar zur Verfügung stellen. Es darf  
13 nicht sein, dass Daten auf verschiedenen Webseiten verstreut liegen; wir  
14 benötigen einen zentralen Datenkatalog, in dem Datensätze einheitlich  
15 beschrieben sind.
- 16 2. Förderung einer Kultur der Offenheit: Open Government ist mehr als Technik; es  
17 ist eine politische Haltung, die Informationsasymmetrien abbauen soll. Wir  
18 fordern, dass Verwaltungshandeln standardmäßig transparent gemacht wird, um  
19 Rechenschaft abzulegen und Verschwendung oder Missbrauch von Mitteln nachweisbar  
20 zu verhindern.
- 21 3. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (Civic Tech): Die Verwaltung soll aktiv  
22 Schnittstellen bereitstellen, die es Start-ups, NGOs und engagierten  
23 Bürger\*innen ermöglichen, eigene Anwendungen zu entwickeln.

## Begründung

Die Erfahrungen aus vergangenen Krisen, wie der Corona-Pandemie, haben gezeigt, wie wichtig externe Expertise und Transparenz sind. Wenn die Entscheidungsgrundlagen der Politik – wie etwa Infektionszahlen oder Impfquoten – offenliegen, steigt die Akzeptanz für Maßnahmen und das Vertrauen in die Regierung.

Doch der Nutzen geht über Vertrauen hinaus: Durch die freie Verfügbarkeit von Daten können Innovationen entstehen, die die Verwaltung allein nicht leisten könnte. Private Initiativen entwickelten während der Pandemie beispielsweise Dashboards oder Apps, die schneller oder nutzerfreundlicher waren als staatliche Angebote. Dies schafft neue Dienstleistungen und Beschäftigungsfelder. Niedrigschwellige Informationsangebote ermöglichen es breiteren Bevölkerungsschichten, sich eine fundierte Meinung zu bilden und sich am Diskurs zu beteiligen. Open Data nützt auch der Behörde selbst. Einheitliche Datenstrukturen verringern den Rechercheaufwand, vermeiden doppelte Erhebungen und

sparen somit Personalressourcen und Kosten.

Aktuell scheitert die effektive Nutzung oft an einem „föderalen Flickenteppich“ aus unterschiedlichen Formaten und mangelnder Standardisierung. Um Demokratie auch digital erlebbar zu machen, müssen wir diese Hürden abbauen. Open Government Data dient der Erfüllung der Rechenschaftspflicht und ist ein demokratieförderndes Element, das wir dringend ausbauen müssen.

# Antrag : D06: Digitale Souveränität für Deutschland Umstieg auf Open Source

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Nienburg
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk mögen beschließen, dass folgende Forderungen umgesetzt werden:
- 2 Bundesregierung
- 3 Wir fordern, dass die Bundesregierung Pläne für eine bundesweit möglichst
- 4 einheitliche Open-Source-Strategie für die Bundes- und Landesverwaltungen erstellt.
- 5 Dies beinhaltet insbesondere die Entwicklung und Umrüstung von bereits vorhandenen
- 6 quelloffenen Officeprogrammen, auf die die Länder zugreifen können. Der Bund soll
- 7 außerdem im engen Austausch mit den Ländern stehen, um diese bei der Umstellung ihrer
- 8 Landesverwaltungen zu unterstützen, bereits bestehende Programme zu integrieren und
- 9 auf mögliche Komplikationen zu reagieren.

## Begründung

Die letzten Jahre sollten jedem gezeigt haben, wie gefährlich wirtschaftliche Abhängigkeiten in kritischen Bereichen sein können. Dies wurde insbesondere 2022 nach dem Stopp der russischen Erdgasimporte als Reaktion auf den Ukrainekrieg deutlich, als deutliche Preiserhöhungen eine wirtschaftlich unsichere Lage zur Folge hatte, die nur durch einen milden Winter, Einsparungen und neue Importmöglichkeiten behoben werden konnte. Um Situationen wie diese in Zukunft zu vermeiden, ist es für das Land Deutschland elementar, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu autoritären Staaten zu hinterfragen und Abhängigkeiten zu vermeiden. Seit dem Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump müssen deshalb auch zunehmend die Beziehungen zu den USA hinterfragt werden. Die Republikaner fallen seit dieser Legislaturperiode insbesondere mit einer konfrontativen und teils unvorhersehbaren Außenpolitik gesteuert von einer dementen, etwas stärker verschrumpelten Mandarine auf (den Satz nehmen wir noch raus, keine Sorge). Dementsprechend ist nicht auszuschließen, dass auch Deutschland in Zukunft ein Angriffsziel für mögliche amerikanische Sanktionen werden könnte. Insbesondere die deutschen Behörden könnten dabei ein mögliches Angriffsziel werden. Die deutsche Verwaltung ist größtenteils auf proprietäre Software wie z.B. von Microsoft angewiesen. Dadurch entstehen zwei Risiken: Zum einen können sensible Daten abgegriffen werden. Ein großer Teil des E-Mailverkehrs läuft über Microsoft Outlook, Dokumente und Anträge werden in Microsoft erstellt oder Daten werden in Excel gespeichert werden. Dabei entstehen einige kritische Daten, die theoretisch von Microsoft abgegriffen werden können. Kombiniert mit der amerikanischen Gesetzeslage, die es der Regierung möglich macht, Microsoft zur Herausgabe von Nutzerdaten zu verpflichten (1), steht die Integrität von behördlichen Daten in Gefahr. Zum anderen besteht das Risiko eines möglichen Lizenzentzugs durch Sanktionen. Sollte sich die USA beispielsweise dazu entscheiden, den deutschen Behörden sämtliche Zugangsberechtigungen für Microsoft Office zu entziehen, würde man den Behörden quasi die gesamte IT-Infrastruktur entziehen, was höchstwahrscheinlich zu einem riesigen Chaos führen würde. Im Worst Case könnte die Verwaltung vorübergehend nur sehr eingeschränkt arbeiten. Die USA hat im Fall der Kontosperrung des Chefklägers der IGH im Fall des Haftbefehls gegen Netanyahu (2) auch schon gezeigt, dass sie nicht davor scheut, solche Maßnahmen zu ergreifen. Um sich vor diesen Gefahren zu schützen, bietet sich ein verstärkter

Einsatz von Open-Source- Software an. Open-Source-Software zeichnet sich dadurch aus, dass sie meistens dezentralentwickelt werden und der Quellcode frei zugänglich für jeden ist. Ein verstärkter Nutzen dieser würde mehrere Vorteile bringen: Man könnte sich hohe Lizenzgebühren sparen, könnte auf europäische Software-Lösungen zurückgreifen und benötigte Features selber entwickeln. Die Umstellung würde zwar wiederum Geld Kosten, jedoch werden die Investitionskosten schnell durch die Ersparnisse bei den Lizenzgebühren ausgeglichen. Allein im Jahr 2025 beliefen sich die jährlichen Kosten im Bundeshaushalt für Microsoft-Lizenzen auf 481 Mio. Euro (3). Dass der Umstieg funktionieren kann, sieht man in Schleswig-Holstein: hier ist seit 2024 der Umstieg von Windows, Microsoft Office etc. hin zu Open Source im vollen Gange. Das Land spart sich damit nach Angaben des Digitalisierungsministers allein 2026 über 15 Millionen Euro an Lizenzkosten, die im Gegenüber zu den einmaligen Investitionskosten in Höhe von 9 Millionen Euro stehen, die 2026 für die Umrüstung der Arbeitsplätze und Weiterentwicklung der Software aufkommen (4). Trotz anfänglicher Migrationsprobleme und Akzeptanzschwierigkeiten bei Mitarbeitern ist das Land jetzt auf einem guten Weg zu mehr digitaler Unabhängigkeit. Aufgrund der massiven Vorteile, die Open Source für die Verwaltung Deutschlands bietet, fordern wir, dass ein Umstieg auf Open-Source-Software umgesetzt wird. Vor allem in Zeiten wie diesen ist digitale Unabhängigkeit wichtiger denn je!

# Antrag : D07: AI Slop als Gefahr für die Demokratie – Verbot des Einsatzes Generativer KI in der Außendarstellung öffentlicher Institutionen

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die Kommunen, die Länder und den Bund
- 2 dazu aufgefordert sind, den Einsatz von generativer KI (Bild, Animationen, Video und
- 3 Audio) in Institutionen der öffentlichen Hand für Kommunikation, Außendarstellung,
- 4 Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung zu untersagen und weiterhin auf die
- 5 Qualitätsstandards menschlicher Intelligenz, menschlichen Handwerks und menschlicher
- 6 Empathie zu setzen.
- 7 In Institutionen, die aus öffentlichen Geldern gefördert werden, aber nicht zur
- 8 öffentlichen Hand gehören, soll die Förderung an die Umsetzung von Konzepten zur
- 9 Reduzierung KI-generierter medialer Inhalte in der Öffentlichkeitsarbeit geknüpft
- 10 sein.

## Begründung

Während generative KI eine einflussreiche und vielversprechende Technologie ist, birgt ihr Einsatz viele verschiedene Risiken, die mittlerweile auch in der Öffentlichkeit vermehrt Bekanntheit errungen haben: darunter ökologische Risiken, unvorhersehbare Veränderungen der Arbeitswelt, psychologische Folgen bei unreflektierter Nutzung sowie Mis- und Desinformation. Eine Problematik, die im Kontext mit Begriffen wie „AI-Slop“, „digitale Verschmutzung“ und „Enshitification“ vermehrt an gesellschaftlicher Relevanz und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gewinnt und sich langsam in unser Unterbewusstsein einschleicht, ist die Entfremdung von der ästhetischen Umwelt.

Mediale Inhalte, darunter Bilder, Animationen & Videos, Audio und Text, sind die kommunikative Schnittstelle zwischen Individuen und der Öffentlichkeit. Menschen suchen, wenn sie mit der Gesellschaft in Kontakt treten, instinktiv menschliche Interaktion. Wenn das Verhältnis von Individuum zur Gesellschaft durch oft qualitativ-fragwürdiges KI-generiertes Material unterbrochen wird, sorgt dies nicht nur für den Verlust kultureller Werte, Studien lassen auch weitere psychische Effekte vermuten, wie Entfremdung, Einsamkeit, Reizüberflutung, Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust. Kennzeichnungspflicht hin oder her – sind wir Bürger\*innen es nicht mehr wert, machthabenden Institutionen in menschlicher Form zu begegnen? Muss man eine emotionslose Maschine zur Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten einsetzen?

Menschen verdienen es, wenn sie mit machtvollen Institutionen wie der öffentlichen Hand in Kontakt treten, mit anderen Menschen zu sprechen und empathisch ernst genommen zu werden, auch wenn dies indirekt durch Medien wie Infografiken oder Imagefilme passiert. KI-generierte Inhalte verhindern nicht nur, glaubhaft miteinander zu kommunizieren, sondern unterstellen dem Menschen durch mangelnde Qualitätsstandards und maschinelle Abfertigung, er sei es nicht wert, sorgsam und mit Bedacht von anderen Menschen behandelt zu werden.

Unter dem Eindruck der drastischen Abnahme von Vertrauen in die Kompetenz und Legitimität

gesellschaftlich-politischer Institutionen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekommt dieses Phänomen auch demokratiegefährdende Relevanz.

In der Interaktion von Bürger\*innen mit öffentlichen Institutionen drohen KI-Inhalte die demokratische Legitimationskette zu unterbrechen, indem sie die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand untergraben. Wer möchte lebensverändernde Informationen von seelenlosen KI-Agenten vermittelt oder repräsentative Symbolik durch KI-generierten Einheitsbrei ohne menschliche Qualitätsstandards ersetzt bekommen – wenn die Macht, die öffentliche Institutionen über mich haben, doch im Ursprung von mir und meinen Mitmenschen ausgehen soll? Der Einsatz von generativer KI vermittelt stattdessen maschinell-technokratische Willkür.

Während Begründungen für den internen Einsatz von generativer KI in Effizienz oder Unbefangenheit gefunden werden können, so trumpfen diese nicht den Fakt, dass reale Lebensschicksale an machtausübende Verwaltungsvorgänge geknüpft sind, die in einem demokratischen Staat von uns Bürger\*innen, als Menschen, ausgehen sollen. Eine Maschine ist kein/-e Bürger\*in und unterbricht diese Legitimationskette.

Auch wenn dies oft kein bewusster Vorgang ist, so entfremden KI-generierte Medien uns Bürger\*innen unweigerlich von der menschlichen Komponente öffentlicher Institutionen, die ihnen Legitimität verleiht. Besonders in der Präsentation nach Außen, in der Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit, gebührt es dem Selbstverständnis des deutschen Staates, Empathie statt Technokratie auszustrahlen und dabei hohen Qualitätsstandards gerecht zu werden. Bürger\*innen soll das Gefühl vermittelt werden, dass der Staat ihnen ebenbürtig gegenübertritt - deswegen ist die Beschäftigung und der Einsatz menschlicher Verwaltungsangestellter, Kulturarbeiter\*innen, Künstler\*innen und Vermittler\*innen in der Erarbeitung und Präsentation medialer Inhalte so relevant wie nie zu vor. Generative KI bedroht die Menschlichkeit der öffentlichen Hand.

Auch Institutionen aus der Privatgesellschaft haben Macht, etwa größere Konzerne, die vermehrt auf KI-generierte Medien in ihrer Außendarstellung und internen Verarbeitung setzen. Die Interaktion zwischen Bürger\*innen und diesen Akteuren sollte bei der Förderung durch öffentliche Gelder ähnlich vermenschlicht werden, um die Haltung des deutschen Staates gegen Entfremdungseffekte durch generative KI glaubhaft zu gestalten und Marktprozesse zwischen Menschen nicht zu verzerren. Das Gütesiegel menschlicher Qualitätsstandards („Durch Menschen handgemacht“) kann ein Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft werden.

Der Antrag relativiert seinen Handlungsrahmen bewusst bezüglich KI-unterstützter Textverarbeitung, da diese einfacher und häufiger menschlichen Input und Bearbeitung erlaubt und demokratische, Bild-, Animations-, Video- und Audiogenerierung ersetzen die menschliche Komponente jedoch meist vollständig. Auch bei Textverarbeitung muss darauf geachtet werden, dass Kompetenzen wie Textverständnis bei Mitarbeiter\*innen öffentlicher Institutionen nicht leiden.

Dieser Antrag wurde ohne KI entwickelt und erstellt.

## Antrag : D08: Schluss mit der klassistischen Zensur von Reality-TV! Vollständige Ausstrahlung von „Promis unter Palmen“ (Staffel 2) Jetzt!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

1 Wir als Jungsozialist\*innen streiten für eine Gesellschaft, in der Kultur nicht nur  
2 für eine akademische Elite gemacht wird. Die Entscheidung von Sat.1, die zweite  
3 Staffel von „Promis unter Palmen“ nach dem tragischen Tod von Willi Herren komplett  
4 im Archiv verschwinden zu lassen, ist ein Akt mediale Bevormundung, der tief in  
5 klassistischen Strukturen verwurzelt ist.

6 Während die bürgerliche Presse Trash-TV oft als „Unterschichtenfernsehen“  
7 herabwürdigt, ignorieren sie dabei völlig, dass diese Formate für viele  
8 Arbeiter\*innen ein essenzieller Teil der Feierabendkultur und ein Ventil gegen den  
9 Druck im kapitalistischen Verwertungsprozess sind. Dieses Format als „Kunstwerk  
10 menschlicher Genialität“ anzuerkennen, ist kein Witz, sondern ein Eingeständnis an  
11 die kreative Leistung der Beteiligten und das Unterhaltungsbedürfnis der Vielen.

12 Besonders kritisch bewerten wir die damit einhergehende Unsichtbarmachung queerer  
13 Realitäten. Mit dem Cast der zweiten Staffel wurde eine Bühne für queere  
14 Repräsentation (u.a. durch Katy Bähm) geschaffen, die durch den Ausstrahlungsstopp im  
15 Nachhinein wieder eingerissen wurde. Queerness findet im Mainstream-TV oft nur statt,  
16 wenn sie massentauglich ist. Die radikale, laute und ungefilterte Sichtbarkeit in  
17 Reality-Formaten ist jedoch ein politisches Gut, das wir gegen die Senderchefs  
18 verteidigen müssen.

19 Darüber hinaus ist es ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter\*innen hinter der Kamera,  
20 vom Ton-Team bis zum Schnitt, wenn ihre monatelange Arbeit unter prekären  
21 Produktionsbedingungen einfach im Giftschränk verrottet, nur um das Image eines  
22 Milliardenkonzerns zu schützen. Ein Medienkonzern, der aus Angst vor Werbeverlusten  
23 oder „Image-Schäden“ nach dem Tod von Willi Herren ein bereits produziertes Werk  
24 vernichtet, handelt rein profitorientiert. Das ist eine Kapitulation vor den Zwängen  
25 des Marktes. Wir sehen darin eine Form der Enteignung des kollektiven popkulturellen  
26 Gedächtnisses.

27 Kunst darf nicht den Verwertungsinteressen des Kapitals geopfert werden. Wir fordern  
28 Respekt vor der Arbeit am Set und Respekt vor dem Publikum. Das Gedenken an Willi  
29 Herren sollte nicht durch Zensur, sondern durch die Wertschätzung seines letzten  
30 großen Wirkens geschehen. Schluss mit der kapitalistischen Bevormundung: Wir wollen  
31 die Staffel sehen!

32 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen daher, dass wir die ProSiebenSat.1 Media SE  
33 aufgefordert ist, die im Jahr 2021 abgebrochene Ausstrahlung der zweiten Staffel der  
34 Reality-Show „Promis unter Palmen“ umgehend und in voller Länge nachzuholen oder über  
35 das konzernerneigene Streaming-Portal barrierefrei zugänglich zu machen.



## Antrag : D09: Zivilgesellschaft stärken und unsere Demokratie schützen - Gegen die Kürzungen bei Demokratie leben!

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Diepholz
Status:	eingereicht

1 Insbesondere zivilgesellschaftliche Strukturen und Vereine leisten wertvolle  
2 Aufklärungsarbeit im Kampf gegen Rechts und für unsere Demokratie. Sie sind eine  
3 tragende Säule unserer Demokratie und sind unverzichtbar in der politischen Bildung,  
4 der Prävention von Rechtsextremismus sowie in der Unterstützung von Betroffenen  
5 rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Insbesondere im ländlichen Raum  
6 und in strukturschwachen Regionen sind diese Vereine oft die einzigen Anlaufstellen  
7 für ein demokratisches Engagement. Doch immer mehr demokratische Initiativen und  
8 Vereine geraten unter wachsenden Druck und sind Bedrohungen, Einschüchterungen sowie  
9 Angriffen auf zivilgesellschaftliches Engagement von Rechts ausgesetzt. **In Zeiten, in  
10 denen rechtsextreme Gewalt zunimmt und autoritäre Kräfte erstarken, braucht es eine  
11 starke, verlässliche Förderung dieser Strukturen und keine Kürzungen!**

12 Im Koalitionsvertrag (2025) haben sich Union und SPD darauf verständigt, das Programm  
13 "Demokratie leben!", über welches viele zivilgesellschaftliche Akteur\*innen gefördert  
14 werden, unabhängig zu prüfen. Doch nun hat Bundesbildungsministerin Karin Prien  
15 angekündigt, das Programm neu auszurichten und mehr als 200 zivilgesellschaftliche  
16 Projekte aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" zum Jahresende auslaufen zu  
17 lassen. Besonders betroffen sind davon Initiativen gegen Rechtsextremismus und  
18 Antisemitismus und solche, die sich für politische Bildung, Vielfalt und  
19 demokratische Teilhabe einsetzen, Beispiele dafür sind Programme von Hate Aid, der  
20 Amadeu-Antonio-Stiftung, die Bildungsstätte Anne Frank, die AWO oder sogar die  
21 Konrad-Adenauer-Stiftung. Ganz konkret leisten diese Strukturen und Vereine alles  
22 dafür, dass die Versprechen der Demokratie umgesetzt werden. Sie bieten  
23 Beratungsangebote für Engagierte und Betroffene von Hassgewalt und  
24 bilden Initiativen, die Solidarität in Schulen und Jugendarbeit im ländlichen Raum  
25 leben. Viele Projekte verlieren mit den kommenden Kürzungen ihre finanzielle  
26 Grundlage. Nicht nur drohen gewachsene Netzwerke zu zerbrechen, es geht auch  
27 wertvolle Expertise verloren und für viele Träger steht damit ihre Existenz auf dem  
28 Spiel. Über tausend Organisationen protestieren bereits dagegen und warnen vor einem  
29 schweren Schaden für die demokratische Infrastruktur in Deutschland.

30 Insbesondere in Zeiten, in denen rechtsextreme, homophobe, rassistische und  
31 antisemitische Gewalt auf einem Höchststand ist und es nicht gelingt, Minderheiten zu  
32 schützen und autoritäre Kräfte an Einfluss gewinnen, sind die geplanten Kürzungen  
33 untragbar. Für viele Träger sind Karin Priens Kürzungen existenzgefährdend,  
34 insbesondere in Ostdeutschland. "Demokratie leben!" ist schon seit geraumer Zeit  
35 rechten Kräften und der CDU ein Dorn im Auge, welches insbesondere bei der  
36 kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Union zur Finanzierung von gemeinnützigen  
37 Organisationen im Februar 2025 bestehend aus 551 Fragen hervorgehoben wurde. Jetzt  
38 setzt Ministerin Karin Prien nochmal einen drauf, indem sie behauptet, dass die

39 bisher von "Demokratie leben!" geförderten Projekte die "Mitte der Gesellschaft"  
40 nicht erreichen würden. Wir Jusos Bezirk Hannover bewerten die politische  
41 Verschiebung des Programms "Demokratie leben!" besonders kritisch. Die geplante  
42 stärkere Ausrichtung auf vermeintliche "Extremisten" wie Linksextremismus relativiert  
43 die reale Bedrohung durch Rechtsextremismus und folgt einer problematischen  
44 Gleichsetzungslogik. Dass ein bewährtes Programm gegen rechte Strukturen unter  
45 Beteiligung der SPD in diese Richtung umgebaut werden soll, ist für uns nicht  
46 hinnehmbar.

47 **Als Jusos Bezirk Hannover sprechen wir uns entschieden gegen die geplante**  
48 **Neuaufrichtung für die "Mitte" und die damit verbundenen Kürzungen des**  
49 **Bundesprogramms "Demokratie leben!" aus. Wir fordern daher ganz konkret:**

- 50 • Den sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen und den Umbau von "Demokratie  
51 leben!";
- 52 • Eine verlässliche, langfristige, mehrjährige Finanzierung bestehender  
53 zivilgesellschaftlicher Strukturen;
- 54 • Den Erhalt, Stärkung und Ausbau bewährter Netzwerke und Beratungsangebote;
- 55 • Die zügige Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes zur langfristigen,  
56 strukturellen Absicherung.

# Antrag : E01: Encienden las luces - Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Kuba befindet sich aktuell in einer dramatischen multiplen Krise. Massive  
2 Stromausfälle, leere Supermarktregale, stillstehende Betriebe, fehlende Medikamente,  
3 zusammenbrechende Gesundheitsversorgung, Verletzung von Menschenrechten, eine  
4 humanitäre Katastrophe, internationaler Druck und eine sich immer verschärfende  
5 soziale Ungleichheit prägen den Alltag vieler Menschen auf der Insel. Millionen  
6 Kubaner\*innen sind täglich über viele Stunden ohne Strom und oft auch ohne fließendes  
7 Wasser. Krankenhäuser arbeiten im Notbetrieb, Schulen und Universitäten bleiben  
8 geschlossen, Lebensmittel werden für viele unbezahlbar und Medikamente sind kaum  
9 verfügbar. Weiter hinzu kommt, dass sich in den Straßen Havannas und anderen Teilen  
10 des Landes hohe Müllberge türmen, da auch der Müllabfuhr Treibstoff fehlt.

11 Insgesamt ist das US-Embargo gegen Kuba keine neue Thematik, die Sanktionen und das  
12 Handelsembargo bestehen seit über 60 Jahren. 1960 verhängten die USA erstmals im  
13 Kontext des Kalten Krieges Sanktionen gegen Kuba. Grund dafür ist die kubanische  
14 Revolution von 1959, in der die Revolutionäre unter Fidel Castro eine sozialistische  
15 Republik ausgerufen hatten. Nach dieser wurden US-amerikanische Unternehmen, die in  
16 Kuba operierten, verstaatlicht. Daraufhin verhängten die USA erste  
17 Handelsbeschränkungen. Unter Barack Obama kam es ab 2014 erstmals zu einer  
18 historischen Annäherung. In dieser wurde Kuba 2015 von der US-Liste der Terrorstaaten  
19 genommen, später eröffneten sie jeweils Botschaften in Havanna und Washington,  
20 Reisebeschränkungen wurden gelockert und wirtschaftliche Kontakte erleichtert. Diese  
21 Politik revidierte Trump grundlegend. 2017 verschärfte er die Sanktionen wieder und  
22 setzte Kuba erneut auf die US-Liste der Terrorstaaten. Die erneuten Entschärfungen  
23 von Joe Biden machte Trump in den ersten Tagen seiner zweiten Amtszeit rückgängig.  
24 Seit 2025 intensiviert Trump Boykott und Embargo massiv. Die Sanktionen wurden  
25 zuletzt immer weiter verschärft und sind damit die langlebigsten der internationalen  
26 Politik. Zuletzt hat Donald Trump die kubanische Regierung am 29. Januar als  
27 "außergewöhnliche Bedrohung" für die nationale Sicherheit der USA eingestuft und  
28 einen nationalen Notstand ausgerufen. Dies hat dazu geführt, dass die Wirtschaft  
29 schwer beschädigt wurde, Öllieferungen wegfallen und der Tourismus kollabiert ist.  
30 Mehr als 60 % der Hotels sind inzwischen geschlossen und die medizinische Betreuung  
31 aus dem Ausland wurde weitgehend eingestellt.

32 Aufgrund fehlender Investitionen in Kuba kommt es heute zu eklatanten  
33 Versorgungslücken und strukturellen Engpässen, auch auf häufiger auftretende  
34 Naturkatastrophen ist Kuba nicht vorbereitet. Doch insbesondere seit Januar 2026 und  
35 den dann verschärften US-Sanktionen und blockierten Öllieferungen der USA befindet  
36 sich das kubanische Stromnetz seit längerem in einem kritischen Zustand. Sogar die  
37 bisher wichtigsten Lieferanten, Mexiko und Venezuela, haben seit Anfang des Jahres  
38 keinen Treibstoff auf die Insel gebracht, denn Trump droht jedem Land, das Treibstoff

39 an Kuba liefert, mit Zöllen. Dies hat dazu geführt, dass Diesel und Heizöl bereits  
40 vollständig ausgegangen sind, Reserven aufgebraucht wurden und die Kubaner\*innen bis  
41 zu 22 Stunden am Tag ohne Strom leben und das obwohl Kuba in den letzten Jahren  
42 angefangen hat, Solaranlagen zu installieren. Jedoch ist das gesamte Netz infolge des  
43 Treibstoffmangels instabil, weswegen große Teile der Kapazität nicht genutzt werden  
44 können. Aufgrund der großen Unzufriedenheit durch die angeschlagene Lage ist es in  
45 den letzten Wochen daher zu massiven Protesten, insbesondere in Havanna, der  
46 Hauptstadt Kubas, gekommen. Verschärft wird diese Situation durch die erneute  
47 Eskalation der US-Sanktionen unter Präsident Donald Trump. Die umfassende Ölblockade  
48 und zusätzliche Strafzölle gegen Staaten, die Kuba mit Treibstoff und anderen Waren  
49 beliefern, haben die Energieversorgung des Landes nahezu kollabieren lassen. Die  
50 extraterritorialen Sanktionen der USA treffen dabei nicht die politische Führung  
51 Kubas, sondern vor allem die Bevölkerung. So ist auch die humanitäre Lage in Kuba  
52 katastrophal, denn seit Februar 2026 haben es nur sechs Hilfslieferungen mit  
53 Lebensmitteln nach Kuba geschafft.

54 Zuletzt hat Donald Trump Kuba sogar mit einer möglichen Übernahme gedroht und  
55 öffentlich erklärt, er könne mit Kuba "machen, was er will". Bei einem Auftritt in  
56 Miami Ende März 2026 sagte er sogar, Kuba sei "als Nächstes dran". Dieser Ankündigung  
57 folgte im Mai der Besuch des CIA-Chefs um die kubanische Regierung zu warnen, dass  
58 ihr nur begrenzte Zeit bleibe, um mit der Trump Regierung ins Gespräch zu kommen,  
59 sowie die Warnung, das amerikanische Streitkräfte "fast sofort" das Land übernehmen  
60 könnten. Die Vereinten Nationen kritisieren diese Maßnahmen seit Jahren als  
61 völkerrechtswidrig und als massiven Eingriff in das Recht auf Nahrung, Bildung,  
62 Gesundheit, Wasser und sanitäre Einrichtungen der kubanischen Bevölkerung.  
63 Deutschland unterstützt seit 2002 die jährliche UN-Resolution zur Abschaffung der US-  
64 Sanktionen gegen Kuba. Die Bundesregierung lehnt zudem die extraterritorialen  
65 Sanktionen der USA ab, die Drittstaaten für wirtschaftliche Kontakte mit Kuba  
66 bestrafen.

67 Gleichzeitig dürfen die strukturellen Probleme Kubas nicht ausgeblendet werden.  
68 Autoritäre Strukturen, politische Repression und fehlende demokratische Rechte  
69 verschärfen die Krise zusätzlich. Die politische Opposition wird verfolgt,  
70 Meinungsfreiheit eingeschränkt und über 1.200 politische Gefangene sitzen weiterhin  
71 in Haft. Auch wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und mangelnde Investitionen in  
72 zentrale Bereiche wie Energieversorgung, Landwirtschaft und Gesundheitswesen haben  
73 zur aktuellen Situation beigetragen und eine immer größere soziale Ungleichheit in  
74 Kuba gefördert. Viele Menschen sind in Kuba beim Staat angestellt, wo extrem niedrige  
75 Löhne gezahlt werden - zwischen fünf und 22 Euro monatlich. Mit diesem Lohn können  
76 sich die Kubaner\*innen kaum bis gar nichts leisten und sind auf Unterstützung aus dem  
77 Ausland angewiesen. So kostet ein Mittagessen im Restaurant oft den gesamten  
78 Monatslohn, eine Ananas ein Fünftel davon. Ein Liter Benzin auf dem Schwarzmarkt  
79 kostet derzeit mehr als 1.000 Peso. Das sind umgerechnet ziemlich genau zwei Euro.  
80 Der Durchschnittslohn liegt aber bei 4.000 kubanischen Peso. Mit diesem erhält man  
81 derzeit in Havanna eine Stiege mit 30 Eiern und eine Flasche Speiseöl. Fest steht:  
82 mit normalen Gehältern lässt sich das Leben auf Kuba aktuell nicht bestreiten. Viele  
83 wechseln daher auch in besser bezahlte Privatjobs oder wandern aus, darunter auch  
84 hochqualifiziertes medizinisches Personal. Hinzukommt, dass aufgrund der vielen  
85 Stromausfälle die Wasserversorgung vielerorts unmöglich ist. Dadurch sind auch die

86 Intensivstationen und Notaufnahmen der Krankenhäuser gefährdet, ebenso wie die  
87 Produktion, Lieferung und Lagerung von Impfstoffen, Blutprodukten und anderen  
88 temperaturempfindlichen medizinischen Gütern.

89 Für uns Jusos ist klar: Internationale Solidarität bedeutet, humanitäres Leid klar zu  
90 benennen und sich sowohl gegen autoritäre Politik als auch gegen wirtschaftliche  
91 Strangulierung durch Sanktionen zu stellen. Weder die autoritäre Politik der  
92 kubanischen Regierung noch die aggressive Embargo- und Sanktionspolitik der USA  
93 bieten eine Perspektive für die Menschen auf Kuba.

94 Wir fordern daher:

- 95 • die sofortige Beendigung der US-Ölblockade und eine schrittweise Aufhebung des  
96 seit Jahrzehnten bestehenden Embargos gegen Kuba;
- 97 • ein Ende extraterritorialer US-Sanktionen gegen Drittstaaten und Unternehmen,  
98 die der kubanischen Bevölkerung helfen wollen;
- 99 • humanitäre Hilfslieferungen und internationale Unterstützung zur Sicherung der  
100 Energie-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung;
- 101 • den Ausbau internationaler Kooperationen beim Wiederaufbau der  
102 Energieinfrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge;
- 103 • die Einhaltung von Menschenrechten, Meinungsfreiheit und politischen  
104 Freiheitsrechten in Kuba sowie die Freilassung politischer Gefangener;
- 105 • eine deutsche und europäische Außenpolitik, die auf Dialog, internationale  
106 Solidarität und zivile Konfliktlösung statt auf Eskalation und wirtschaftlichen  
107 Druck setzt.

108 Als Jusos stehen wir an der Seite der Menschen in Kuba.

# Antrag : E02: Verurteilung des sogenannten „Board of Peace“ und klare Abgrenzung der Jusos von undemokratischer und egozentrischer Parallelstrukturen internationaler Politik

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Celle
Status:	eingereicht

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:Die Jusos Bezirk Hannover verurteilen die
- 2 Gründung und Tätigkeit des sogenannten „Board of Peace“ und sprechen sich klar gegen
- 3 dessen politische Legitimation, Struktur und Zielsetzung aus.
- 4 Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD auf Bundesebene sowie die Jusos auf allen
- 5 Ebenen auf, sich eindeutig von diesem Gremium zu distanzieren und dessen Anerkennung
- 6 oder indirekte Unterstützung politisch zurückzuweisen.
- 7 Die Jusos Bezirk Hannover fordern:
- 8 1. Eine öffentliche politische Distanzierung der SPD und der Jusos auf allen Ebenen
- 9 vom „Board of Peace“.
- 10 2. Die Stärkung multilateraler, demokratisch legitimer Institutionen der
- 11 internationalen Friedens- und Konfliktpolitik.
- 12 3. Eine klare sozialdemokratische Positionierung gegen informelle Machtgremien ohne
- 13 demokratische Legitimation.
- 14 4. Die Aufnahme dieses Themas in die innerparteiliche Diskussion auf Bezirks-,
- 15 Landes- und Bundesebene der Jusos.

## Begründung

### 1. Undemokratische Struktur

Das „Board of Peace“ ist kein demokratisch legitimes internationales Gremium. Es entzieht sich parlamentarischer Kontrolle, völkerrechtlicher Einbindung und transparenter Entscheidungsfindung. Entscheidungen werden nicht auf Grundlage demokratischer Mehrheiten, sondern durch ein kleines, politisch einseitig geprägtes Machtzentrum getroffen.

### 2. Aushöhlung bestehender internationaler Institutionen

Das Board stellt eine gefährliche Parallelstruktur zu etablierten internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen dar. Statt multilateraler, rechtsbasierter Diplomatie wird ein personalisiertes, machtpolitisches Modell propagiert, das internationale Konfliktlösung weiter politisiert und destabilisiert.

### 3. Instrumentalisierung des Friedensbegriffs

Frieden wird hier nicht als Ergebnis von Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und internationalem Recht verstanden, sondern als politisches Schlagwort zur Durchsetzung geopolitischer Interessen. Ein solcher Umgang mit dem Friedensbegriff widerspricht zutiefst sozialdemokratischen Grundwerten.

### 4. Sozialdemokratische Grundwerte sind unvereinbar

Internationale Politik darf nicht von Einzelpersonen, finanziellen Zugangshürden oder informellen Machtzirkeln bestimmt werden. Sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik basiert auf:

#### 4. Demokratie

- Rechtsstaatlichkeit
- Multilateralismus
- sozialer Gerechtigkeit
- internationaler Solidarität

Das „Board of Peace“ steht im klaren Widerspruch zu diesen Prinzipien

# Antrag : E03: Die Lage der Kurd\*innen in Rojava - Selbstverwaltung sichern und Stabilität fördern Antragsteller\*in: Jusos Hameln-Pyrmont

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Hameln-Pyrmont
Status:	eingereicht

1 Gesellschaftlicher Fortschritt entsteht dort, wo Menschen unter schwierigen  
2 Bedingungen neue Formen des Zusammenlebens entwickeln. In der Autonomieverwaltung von  
3 Rojava (Nord- und Ostsyrien) ist inmitten von Krieg und Instabilität ein politisches  
4 Projekt entstanden, das auf demokratischer Selbstverwaltung, lokaler Beteiligung und  
5 dem Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen basiert. Doch dieses Projekt  
6 steht weiterhin unter erheblichem Druck - militärisch, politisch und wirtschaftlich.

7 Über Jahre hinweg haben die Menschen in Rojava eigene Verwaltungsstrukturen  
8 aufgebaut, lokale Räte etabliert und versucht, trotz anhaltender Konflikte eine  
9 funktionierende Ordnung zu schaffen. Diese Strukturen werden jedoch international nur  
10 begrenzt anerkannt und sind gleichzeitig äußeren Angriffen und inneren  
11 Herausforderungen ausgesetzt. Auch heute ist die Region von anhaltender Unsicherheit  
12 geprägt: Militärische Operationen, insbesondere durch die türkischen Streitkräfte und  
13 verbündete Milizen, führen regelmäßig zu Destabilisierung. Diese Einsätze werden von  
14 der türkischen Regierung unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung gerechtfertigt,  
15 richten sich jedoch wiederholt auch gegen kurdisch geprägte Gebiete und zivile  
16 Infrastruktur.

17 Gleichzeitig kommt es auch immer wieder zu Spannungen und militärischen  
18 Auseinandersetzungen mit der syrischen Armee, insbesondere in umkämpften Gebieten im  
19 Norden Syriens. Dabei kommt es wiederholt zu Angriffen auf Wohngebiete, Vertreibungen  
20 und erheblichen Gefährdungen der Zivilbevölkerung. Die wiederkehrenden  
21 Kampfhandlungen verschiedener Akteure verdeutlichen die fragile Sicherheitslage und  
22 die anhaltende Bedrohung für die Bevölkerung in Rojava. Die Lage in Rojava ist daher  
23 gekennzeichnet durch ein Spannungsfeld zwischen dem Versuch, stabile und  
24 demokratische Strukturen aufzubauen, und den realen Bedingungen von Krieg,  
25 wirtschaftlicher Not und politischer Isolation.

26 Die Situation in Rojava hat weitreichende Konsequenzen: von massiven Unsicherheiten  
27 für die Bevölkerung, eingeschränkter Entwicklung, politischer Isolation bis hin zu  
28 Belastungen der Infrastruktur. Die Liste der Auswirkungen ist lang. Wiederkehrende  
29 militärische Auseinandersetzungen gefährden das Leben der Menschen und verhindern  
30 eine langfristige Stabilität. Ebenso behindert die fehlende Anerkennung und begrenzte  
31 wirtschaftliche Ressourcen den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Region,  
32 während auch durch die geringe Einbindung in internationale Prozesse nachhaltige  
33 Lösungen für den Konflikt erschweren und grundlegende Lebensbedingungen durch  
34 Zerstörung und unzureichende Versorgung belastet werden. .

35 Deswegen fordern wir Jusos von der Bundesregierung, die EU und internationale  
36 Institutionen dazu auf:

- 37 • Die Stabilität in Rojava zu fördern. Die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort  
38 müssen verbessert und der politische Dialog gestärkt werden. Dazu gehört die  
39 Aufnahme von Gesprächen mit Vertreter\*innen der Autonomieverwaltung von Nord-  
40 und Ostsyrien.
- 41 • Einsatz für Deeskalation. Es bedarf einer klaren Positionierung gegen  
42 militärische Eskalationen sowie verstärkte diplomatische Initiativen.
- 43 • Rüstungsexporte einschränken. Keine Waffenlieferungen an Akteure, die zur  
44 Eskalation beitragen.
- 45 • Humanitäre Unterstützung ausbauen. Unterstützung in den Bereichen  
46 Gesundheitsversorgung, Bildung und Grundversorgung.
- 47 • Wiederaufbau fördern. Programme zur Wiederherstellung von Infrastruktur und  
48 wirtschaftlicher Stabilität.
- 49 • Internationale Einbindung verbessern. Stärkere Berücksichtigung der Region in  
50 internationalen Verhandlungen zur Zukunft Syriens.
- 51 Darüber hinaus stellen wir klar: Es darf keine politische oder gesellschaftliche  
52 Solidarisierung mit Akteur\*innen geben, die zur Eskalation der Gewalt beitragen oder  
53 Angriffe auf die Zivilbevölkerung unterstützen. Forderungen nach „Solidarität“ mit  
54 einzelnen militärischen oder politischen Akteuren, wie etwa Ahmed al Shaara, weisen  
55 wir entschieden zurück. Die Jusos setzen sich für eine friedliche, stabile und  
56 selbstbestimmte Entwicklung in Rojava ein. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen  
57 der Menschen vor Ort zu verbessern und langfristige Perspektiven für Frieden und  
58 Stabilität zu schaffen.

## Antrag : E04: Solidarität mit den Iraner\*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Als Jusos solidarisieren wir uns mit der iranischen Bevölkerung und der Frau - Leben  
2 - Freiheit Bewegung, welche so mutig gegen das theokratische Mullah-Regime kämpfen.  
3 Wir setzen uns für eine echte Demokratie nach Jahrzehnten der Unterdrückung ein. Die  
4 islamische Diktatur herrscht seit dem 1. April 1979. Bald sind es 47 Jahre, in denen  
5 die schiitischen Geistlichen in der gesamten Region für Chaos sorgen und statt der  
6 eigenen Bevölkerung ausreichend zum Leben zu geben, sich selbst bereichern und Kriege  
7 und Milizen finanzieren. Am 28. Dezember 2025 kam es, nach den letzten landesweiten  
8 Protesten, ausgelöst durch den Tod von Jina Mahsa Amini im Jahr 2022, zu einer  
9 Protestwelle aufgrund der Wirtschaftskrise in Iran. Die Art und Weise, in der das  
10 Regime im Januar die Proteste mit ihren ausländischen Milizen und Militärwaffen  
11 blutig beendete, schockierte die ganze Welt. In nur wenigen Tagen wurden mehr als  
12 40.000 Protestierende vom Regime umgebracht und die Angehörigen mussten zum Abholen  
13 der Leichen ihrer Familienmitglieder horrenden Summen zahlen. Dies zeigt erneut, zu  
14 welchem Mittel das Regime greift, um die eigene Bevölkerung abzuschrecken und sich an  
15 ihre Macht zu klammern. Unter den Hinrichtungen, Folter und Vergewaltigung leiden die  
16 Iraner\*innen seit jeher.

17 Nun einige Monate später kam es nach vielen Forderungen der Iraner\*innen um externe  
18 Hilfe zu einem erneuten Angriff von USA und Israel. Einerseits lehnen wir als Jusos  
19 diese nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimierte Militärintervention ab, da sie  
20 primär auf wirtschaftlichen oder hegemonialen Interessen fußt. Andererseits sehen wir  
21 jedoch einen Bedarf, den UN-

22 Sicherheitsrat dahingehend handlungsfähiger zu machen und das Völkerrecht zum Schutz  
23 von Menschen in einem Terrorstaat anzupassen. Denn die vielen Massenproteste in Iran,  
24 aus den letzten Jahrzehnten, haben es bisher nie geschafft, zu einem Regime-Change zu  
25 führen. Zwar haben sich Beginn des Angriffskriegs und dem Tod von Diktator Ajatollah  
26 Khamenei sich die viele (Exil) Iraner\*innen gefreut, je länger der Krieg andauert,  
27 umso unklarer wird das Ziel der USA. Auf den US Präsident Donald Trump, der im  
28 eigenen Land für den Abbau demokratischer Strukturen bekannt ist, sollte somit nicht  
29 zu viel Hoffnung gesetzt werden.

30 Ein Regimewechsel im Iran muss durch die demokratischen Kräfte der iranischen  
31 Bevölkerung selbst legitim herbeigeführt werden, doch die internationale Gemeinschaft  
32 und die deutsche Außenpolitik müssen diesen Prozess durch entschiedene Solidarität,  
33 Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat und Schutz für Geflüchtete unterstützen.  
34 Zu dem muss für die Sicherheit der Exil Iraner\*innen auch hier in Deutschland gesorgt  
35 werden.

36 Daher fordern wir:

37 1. Die Bundesregierung und die EU müssen die Proteste als legitime Revolte einer

- 38 unterdrückten Bevölkerung anerkennen und ihre volle Solidarität ausdrücken.
- 39 2. Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat in Form der Revolutionsgarde (Sepâh),  
40 Basidsch-Milizen, Geheimdienst (VEVAK) und Sittenpolizei (Gašt-e eršād)
- 41 3. Sofortige Beendigung jeglicher Zusammenarbeit zwischen deutschen und  
42 europäischen Firmen mit dem iranischen Regime oder regime-nahen Institutionen.
- 43 4. Offene und sichere Fluchtrouten, erleichterte Visum-Bestimmungen und schnelle  
44 Asylbearbeitung für iranische Flüchtlinge, insbesondere aus der Gruppe der  
45 FINTA, Queere und Regime-Kritiker\*innen.
- 46 5. Abschiebungen in den Iran müssen dauerhaft unterbunden werden, nicht nur  
47 temporär.
- 48 6. Schutz für Exil-Iraner\*innen, durch erhöhte Schutzmaßnahmen gegen den iranischen  
49 Geheimdienst und pro-Regime-Anhänger\*innen in Deutschland.
- 50 7. Finanzierung von Internetzugang und freier Information: Staatliche Unterstützung  
51 für Tools wie Snowflake und Proxy-Server, um Iranern Zugang zu freiem Internet  
52 zu geben.
- 53 8. Sanktionierung und Verbot von deutschen Unternehmen mit Regime-Verbindungen, die  
54 Datencenter oder Tech-Infrastruktur für das iranische Regime bereitstellen

## Antrag : F01: Ja heißt Ja – alles andere heißt Nein!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Sexuelle Selbstbestimmung ist ein fundamentales Menschenrecht. Dennoch erleben  
2 Betroffene sexualisierter Gewalt immer wieder, dass ihre Erfahrungen juristisch nicht  
3 ausreichend anerkannt werden. Das derzeitige Sexualstrafrecht in Deutschland  
4 orientiert sich weiterhin stark daran, ob ein „erkennbarer entgegenstehender Wille“  
5 vorlag. Diese Perspektive verschiebt die Verantwortung auf Betroffene: Sie müssen  
6 Widerstand leisten, sich deutlich genug gewehrt oder ihre Ablehnung ausreichend  
7 sichtbar gemacht haben. Viele Betroffene sind hierzu allerdings nicht in der Lage:  
8 der Körper schaltet in den Überlebensmodus, statt „Fight or Flight“ erleben die  
9 Betroffenen häufig „Freezing“. Sie sind eingefroren, bewegungsunfähig, können sich  
10 nicht wehren, nicht um Hilfe rufen, nicht nein sagen - „Nein heißt Nein“ lässt viele  
11 Opfer im Stich und verhindert die Verurteilung der zu 95% männlichen Täter!

12 Dieses dringende Anliegen ist in unserem Bezirk allerdings nicht neu: Bereits im Jahr  
13 2024 haben wir eine Änderung des §177 Absatz 1 StGB, der den Straftatbestand der  
14 Vergewaltigung regelt, zugunsten der klaren Konsensregelung „Nur Ja heißt Ja“  
15 beschlossen. Geändert hat sich seitdem auf Bundesebene bisher nichts - deshalb müssen  
16 wir unnachgiebig und beständig laut bleiben!

17 Das Europäische Parlament hat sich mit überwältigender Mehrheit für eine EU-weite  
18 Definition von Vergewaltigung nach dem Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ ausgesprochen. Mit  
19 einer Zweidrittelmehrheit verabschiedeten die Abgeordneten eine Resolution, nach der  
20 jede sexuelle Handlung ohne freiwilliges und ausdrückliches Einverständnis als  
21 Vergewaltigung gelten soll. Die EU-Kommission wurde aufgefordert, einen  
22 entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen, um diese Definition verbindlich in der  
23 gesamten Europäischen Union zu etablieren[1] [2] .

24 Auch in Deutschland wächst der politische Druck für eine Reform. Die  
25 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert die Einführung einer „Nur Ja  
26 heißt Ja“-Regelung in § 177 StGB. Die vorgeschlagene Reform würde das  
27 Sexualstrafrecht klarer, verständlicher und konsequenter am Schutz sexueller  
28 Selbstbestimmung ausrichten.

29 Dass CDU und AfD eine solche Reform ablehnen, zeigt, wie stark patriarchale  
30 Vorstellungen weiterhin politische Entscheidungen prägen und Täterschutz vor  
31 Opferschutz und Gerechtigkeit gestellt wird.

32 Die SPD signalisiert zwar grundsätzlich Zustimmung, verweist bislang jedoch auf  
33 weiteren „Beratungsbedarf“. Für uns ist klar: Die sexuelle Selbstbestimmung von  
34 Betroffenen darf nicht weiter relativiert oder verzögert werden!

35 Eine feministische Gesellschaft bedeutet, die Grenzen und die Autonomie aller  
36 Menschen kompromisslos zu achten. Nur ein Sexualstrafrecht, das auf Zustimmung  
37 basiert, wird diesem Anspruch gerecht.

38 Deshalb fordern wir:

- 39 1. Eine Reform von § 177 Strafgesetzbuch (StGB) entsprechend dem Prinzip „Nur Ja  
40 heißt Ja“. Der Grundtatbestand soll künftig daran anknüpfen, dass eine sexuelle  
41 Handlung ohne Zustimmung der betroffenen Person vorgenommen wird.
- 42 2. Die Abschaffung des bisherigen Tatbestandsmerkmals des „erkennbaren  
43 entgegenstehenden Willens“ in § 177 Absatz 1 StGB.
- 44 3. Die Ergänzung der Qualifikationstatbestände in § 177 Absatz 6 Nummer 1 sowie §  
45 250 Absatz 2 Nummer 1 StGB um gefährliche „Mittel“, damit sämtliche gefährlichen  
46 Gegenstände und Mittel, die bei Sexualdelikten oder Raubtaten eingesetzt werden,  
47 ausdrücklich erfasst werden.
- 48 4. Die Einführung eines Fahrlässigkeitstatbestands in § 179 StGB für Fälle, in  
49 denen Täter\*innen grob fahrlässig verkennen, dass keine Zustimmung vorliegt.  
50 Auch die sorgfaltswidrige Missachtung sexueller Selbstbestimmung muss  
51 strafrechtlich erfasst werden.
- 52 5. Eine klare Bekennung der SPD zu “Nur Ja heißt Ja” und eine entsprechende  
53 Unterstützung des Gesetzesentwurfs der Grünen.

54

## Antrag : F02: Theory of Feminism

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Wir Jusos im Bezirk Hannover bekennen uns zu einem materialistischen, queeren und  
2 intersektionalen Verständnis von Feminismus und wenden diese Theorien in unserer  
3 Arbeit an.

### 4 **Queer Feminismus**

5 Unser Feminismus ist queer. In unserer feministischen Betrachtung müssen queere  
6 Perspektiven immer mitgedacht werden. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass wir  
7 Heteronormativität ablehnen und weder Heterosexualität noch Zweigeschlechtlichkeit  
8 als Norm betrachten. Trans-exklusiven „Feminismus“ lehnen wir entsprechend  
9 kategorisch ab.

10 „Man ist nicht als Frau geboren, man wird es.“ ist ein bekanntes Zitat von Simone de  
11 Beauvoir, welches beschreiben soll, dass man nicht als Frau geboren, sondern zu  
12 dieser gemacht wird. Beauvoir bildete die Grundlage für die heutigen Gender-Theorien,  
13 wie die von Judith Butler, die sich mit der Konstruktion des Geschlechts  
14 auseinandersetzen. Nach diesen Theorien ist Geschlecht nicht „natürlich“, sondern  
15 gesellschaftlich konstruiert. Diese Konstruktion entsteht durch Performativität und  
16 wird durch das Wiederholen von Handlungen, wie beispielsweise Sprache oder das Tragen  
17 bestimmter Kleidung, hervorgebracht. Diese Handlungen folgen dabei immer kulturellen  
18 Normen und stehen im Kontext der historischen Kultur.

19 Konkret bedeutet das für unseren Feminismus, zu hinterfragen, was eigentlich  
20 „weiblich“ und was eigentlich „männlich“ ist. Das Verständnis, dass Geschlecht  
21 konstruiert ist, ist wichtig, um es dekonstruieren zu können. Dies spiegelt sich in  
22 unserer politischen Arbeit, beispielsweise in Seminaren zur toxischen Männlichkeit,  
23 wider. Diese beschäftigen sich mit toxischen Mustern, die insbesondere von als  
24 männlich gelesenen Personen erlernt werden und häufig als „natürlich“ angenommen  
25 werden.

### 26 **Materialistischer Feminismus**

27 Unser Feminismus ist materialistisch und erkennt die Zusammenhänge und Verstärkungen  
28 von Patriarchat und Kapitalismus sowie die kapitalistische Ausbeutung von Frauen\* an.  
29 Dabei überschneidet er sich mit marxistischen und sozialistischen Feminismus-  
30 Theorien.

31 Wir erkennen die kapitalistische Arbeitsteilung zwischen Reproduktion und Produktion  
32 als Grundlage der Geschlechterungleichheit an. Wir kritisieren und analysieren die  
33 Materialisierung von geschlechtlichen Beziehungen und anderen Ungleichverhältnissen.  
34 Die Konstruktion einer zweigeschlechtlichen Ordnung geht dabei oft zu Lasten der  
35 Frauen\*, die meist die Tätigkeiten übernehmen müssen, die von der Wirtschaftsordnung  
36 in den privaten Bereich verschoben werden. Eine materialistische Betrachtung sieht  
37 den Einfluss kapitalistischer Wirtschaftsweisen auf alle Lebensbereiche, somit auch  
38 auf das Private. Darüber hinaus erkennt der materialistische Feminismus die Einflüsse

39 der staatlichen Steuerung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich in der  
40 Realität beispielsweise durch das Ehegattensplitting ausdrücken.

#### 41 **Intersektionaler Feminismus**

42 Unser Feminismus ist intersektional. In unserer feministischen Betrachtung müssen das  
43 gleichzeitige Auftreten und das gegenseitige Bedingen und Verstärken von  
44 Diskriminierungsformen immer mitgedacht werden.

45 Der Begriff „Intersektionalismus“ wurde von der US-amerikanischen Juristin und  
46 Professorin Kimberlé Williams Crenshaw geprägt. Er stammt aus der Bewegung des  
47 Schwarzen Feminismus, welcher die Kritik an Sexismus und Rassismus verbindet und auf  
48 die Privilegien weißer Frauen gegenüber BIPOC-Frauen aufmerksam macht. Der  
49 intersektionale Feminismus betrachtet zudem weitere Diskriminierungen, beispielsweise  
50 Alter, Klasse, Herkunft und Behinderung. Der intersektionale Feminismus geht davon  
51 aus, dass Diskriminierungsformen nicht unabhängig voneinander stehen, sondern zum  
52 einen gleichzeitig auftreten und sich zum anderen gegenseitig verstärken und bedingen  
53 können. Dies bedeutet beispielsweise, dass eine schwarze Frau andere Erfahrungen mit  
54 Sexismus machen kann als eine weiße Frau, da man ihr andere Stereotype zuordnet. Eine  
55 schwarze Frau macht allerdings auch andere Diskriminierungserfahrungen als ein  
56 schwarzer Mann.

57 Für unsere Arbeit bedeutet das, möglichst viele Perspektiven in den Blick zu nehmen,  
58 damit unsere Lösungen für gesellschaftliche Probleme auch Lösungen für alle sein  
59 können und wir Diskriminierungen und Privilegien sichtbar machen können.

#### 60 **Theorieübergreif**

61 Als Jusos des Bezirks Hannover spielen wir die Theorien des materialistischen,  
62 queeren und intersektionalen Feminismus nicht gegeneinander aus, sondern erkennen  
63 ihre unterschiedliche Erklärungskraft für gesellschaftliche Phänomene an. Somit  
64 nutzen wir die verschiedenen Stärken dieser Theorien. Darüber hinaus erkennen wir  
65 hilfreiche Theorieübergreifungen zwischen den Theorien: So bezieht sich unser  
66 materialistischer Feminismus beispielsweise auf queerfeministische Theorien in der  
67 Konstruktion von Geschlecht. Ebenso ist der intersektionale Feminismus mit beiden  
68 Theorien kombinierbar und hilft beispielsweise, den Blick auf weitere  
69 Diskriminierungsformen zu weiten.

#### 70 **„Girldboss“-Feminismus? Nein, danke!**

71 „Feministische“ neoliberale Strömungen und Theorien wie der sogenannte Girldboss-  
72 Feminismus kritisieren wir und lehnen sie ab. Wir erkennen kapitalistische,  
73 rassistische und patriarchale strukturelle Ungleichheiten und Faktoren an.  
74 Ausschließliche Selbstoptimierung und Selbstermächtigung einzelner kann nach unserem  
75 Feminismusverständnis nicht zur Überwindung des Patriarchats führen und übersieht  
76 unterschiedlich starke Privilegien. Individueller Erfolg ist im Patriarchat und im  
77 Kapitalismus immer abhängig von der bestehenden Versorgung durch andere und hängt  
78 häufig mit ausbeuterischen Mechanismen zusammen. Unser Feminismus ist solidarisch und  
79 bekämpft strukturelle Ungleichheiten. „I am not free while any woman is unfree, even  
80 when her shackles are very different from my own.“ – Audre Lorde

# Antrag : G01: Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Wir als Jusos fordern die Einführung des „Rechtes auf Vergessenwerden“ nach einer  
2 Krebserkrankung in Deutschland.

3 Menschen, die nach einer Krebserkrankung gesunden, werden in Deutschland finanziell  
4 und sozial benachteiligt, obwohl sie mindestens 5 Jahre krebsfrei sind, ohne Hinweis  
5 auf ein Rezidiv und entsprechend medizinisch als gesund angesehen werden. Betroffene  
6 erfahren Diskriminierung bei Versicherungen, Krediten, Verbeamtung und Adoption. Laut  
7 einer Umfrage des Survivor Deutschland e.V. von 2024 gaben 77% der Befragten an,  
8 mindestens eine Form der genannten Diskriminierungen durch eine Krebsdiagnose im  
9 Kindes- oder Jugendalter erfahren zu haben. Selbst Jahrzehnte nach ihrer Erkrankung  
10 werden Betroffene benachteiligt.

11 Besonders erschreckend ist hierbei die Diskriminierung im Adoptionsverfahren  
12 hervorzuheben. Viele Krebstherapien können unfruchtbar bzw. zeugungsunfähig machen.  
13 Zwar gibt es auch Maßnahmen, diese zu schützen, doch dies ist beispielsweise je nach  
14 Erkrankungsalter oder aufgrund von Zeitdruck bei akuter Lebensgefahr nicht immer  
15 möglich. Überlebende werden zwar nicht grundsätzlich von einer Adoption  
16 ausgeschlossen, jedoch wird, abhängig von Bundesland und Adoptionsvermittlungsstelle,  
17 ein unterschiedlich umfangreiches Gesundheitszeugnis gefordert, weshalb junge  
18 Erwachsene nach einer überstandenen Krebserkrankung häufig nicht zur Adoption  
19 zugelassen werden.

20 Dabei gibt es in anderen EU-Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, Spanien und  
21 Belgien, in denen es bereits gesetzliche Regelungen zum „Recht auf Vergessenwerden“  
22 gibt, welche Betroffene nach einer Heilungsbewährungszeit von meist 5 Jahren schützt.  
23 Dieser Schutz fehlt in Deutschland völlig- hier verlieren Betroffene nach Ablauf der  
24 Heilungsbewährungszeit ihren Behindertenstatus und die damit einhergehenden Vorteile,  
25 während sie finanziell und sozial benachteiligt werden und das, obwohl das Allgemeine  
26 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierung verbietet.

27 Analog zur Petition „Recht auf Vergessen“ fordern wir:

- 28 • Ein umfassendes Gesetz zur Umsetzung des „Rechts auf Vergessenwerdens“ für  
29 Überlebende einer Krebserkrankung in Deutschland nach einer Heilungsbewährung  
30 von 5 Jahren.
- 31 • § 1 des AGG wird dahingehend erweitert, dass auch Benachteiligungen aufgrund  
32 einer in der Vergangenheit liegenden Krebserkrankungen umfasst sind.
- 33 • Konkretisierung des AGG hinsichtlich einer verpflichtenden Offenlegung der  
34 Risikobewertungen von Versicherungsunternehmen sowie der zugrunde liegenden  
35 Bewertungsmaßstäbe. Diese sollen insbesondere auf den in der Bundesrepublik  
36 Deutschland erhobenen Krebsregisterdaten basieren. Dabei ist auf eine valide,

- 37 vollständige und aussagekräftige Datengrundlage hinzuwirken sowie eine  
38 barrierefreie Vernetzung mit weiteren relevanten Datenquellen, etwa den Daten  
39 der gesetzlichen Krankenkassen, sicherzustellen.
- 40 • Die Beendigung der Diskriminierung Krebsüberlebender im Adoptionsverfahren.

# Antrag : G02: Mehr Therapieplätze schaffen - Reform der kassenärztlichen Bedarfsplanung und höhere Löhne für Psychotherapeut\*innen

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die Bundesregierung dazu aufgerufen  
2 ist, eine umfassende Reform der Bedarfsplanung zur Bereitstellung von Kassensitzen  
3 für ambulante Therapieplätze für Kinder und Erwachsene zu erarbeiten. Honorare von  
4 ambulanten Psychotherapeut\*innen durch die gesetzlichen Krankenkassen müssen an das  
5 Niveau von anderen fachärztlichen Berufen mit hoher Nachfrage gekoppelt und  
6 zukünftige Honorarkürzungen verhindert werden. Es muss mehr Anreize für Ausund  
7 Weiterbildungen für Psychotherapeut\*innen geben, die in der Lage sein müssen, ihre  
8 Leistungen kassenärztlich abzurechnen, durch weitere Reformen bei Finanzierungshilfen  
9 in der Therapeut\*innen-Ausbildung. Bei Psychotherapie darf nicht gespart werden.

## Begründung

Mentale Gesundheit wird in Deutschland glücklicherweise zunehmend entstigmatisiert. Immer mehr Menschen holen sich Hilfe für psychische Erkrankungen, die sie im Leben einschränken und teils fatale Folgen haben können. Mehr als jeder vierte Deutsche ist von einer psychischen Erkrankung betroffen.

Doch Hilfe kommt nicht immer an: Therapieplätze sind höchst begehrt, aber beschränkt im Angebot. Dies führt zu monate- bis jahrelangen Wartezeiten, während denen die Betroffenen und ihre Angehörigen leiden müssen.

Das Problem ist struktureller Natur – die Anzahl der Kassensitze, die es Therapeut\*innen erlauben, ihre Leistungen über die gesetzlichen Krankenkassen abzurechnen, wird vom Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt, in dem kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen über das Kontingent an Kassensitzen entscheiden. Auch aus wirtschaftlichen Motiven wird die Zahl dabei regelmäßig deutlich zu niedrig angesetzt. Beteiligte schieben sich die Verantwortung gegenseitig in die Schuhe.

Die Politik muss eingreifen und dieses Verfahren von Grund auf reformieren. Vergangene Reformen, wie das Gesundheitsversorgungstärkungsgesetz, gingen dabei nicht weit genug und haben die flächendeckende psychotherapeutische Versorgung erwachsener Menschen nicht ausreichend im Blick. Weiterhin darf die Anzahl von praktizierenden ambulanten Psychotherapeut\*innen nicht abnehmen und ihre lebensrettende Tätigkeit muss gebührende Anerkennung erfahren.

Honorarkürzungen, wie sie ab dem 01. April 2026 in Kraft getreten sind, laufen diesem Anspruch entgegen. In der Berufsgruppe der Psychotherapeut\*innen sind besonders viele Frauen und Menschen in Teilzeit, die damit strukturell benachteiligt werden. Das Honorar von Psychotherapeut\*innen muss deshalb durch staatliche Maßnahmen an das Niveau anderer haus- und fachärztlicher Richtungen gekoppelt werden, die ähnlich hohe Nachfrage haben. Hausärzt\*innen oder Assistenzärzt\*innen etwa haben ein höheres Medianeinstiegsgehalt um etwa 2000€ brutto im Monat. Dazu kommen begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten der Ausbildung, die trotz vergangener Reformen oft von Auszubildenden weiterhin selbst gestemmt werden müssen.

Es darf nicht zu weiteren Honorarkürzungen kommen, die die Anreize für Ausund Weiterbildungen in einem systemrelevanten Beruf wie der Psychotherapeut\*in verringern. Psychotherapeut\*innen verdienen mehr Respekt und höhere Löhne. Relevante Akteure wie die gesetzlichen Krankenkassen wollen ihre Ausgaben sparen. Doch in der psychotherapeutischen Versorgung zu sparen geht Betroffenen zu Lasten und schadet durch fehlende Produktivität der Volkswirtschaft. Der Staat muss eingreifen, um einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teufelskreis durch psychische Erkrankungen entgegenzuwirken

# Antrag : G03: Keine Zweiklassenmedizin

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass nachfolgende Reformen im
- 2 Gesundheitswesen vorgenommen werden sollen:
- 3 1. Schrittweise Angleichung der Vergütungssysteme, um finanzielle Anreize für eine
- 4 Bevorzugung privat Versicherter zu reduzieren.
- 5 2. Einführung einheitlicher Terminvergabesysteme, die eine gerechte und
- 6 bedarfsorientierte Behandlung unabhängig vom Versicherungsstatus gewährleisten.
- 7 3. Transparenzoffensive im Gesundheitswesen, um Unterschiede in Behandlung und
- 8 Wartezeiten öffentlich sichtbar zu machen.
- 9 4. Förderung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung, insbesondere im
- 10 ländlichen Raum und für sozial benachteiligte Gruppen. Eine Zweiklassenmedizin
- 11 darf in Deutschland keine Zukunft haben! Gesundheit ist kein Luxusgut, sondern
- 12 ein Grundrecht.

## Begründung

Das deutsche Gesundheitssystem ist leistungsfähig und fortschrittlich. Aber in den letzten Jahren zeigt sich zunehmend eine Entwicklung hin zu einer Zweiklassenmedizin, bei der die Qualität und Geschwindigkeit der medizinischen Versorgung vom Versicherungsstatus der Patientinnen und Patienten abhängen.

Während privat Versicherte oft schneller Termine erhalten und Zugang zu erweiterten Leistungen haben, sehen sich gesetzlich Versicherte mit längeren Wartezeiten und eingeschränkten Behandlungsmöglichkeiten konfrontiert. Diese Ungleichheit widerspricht dem Grundprinzip der solidarischen Gesundheitsversorgung und gefährdet das Vertrauen in ein gerechtes Gesundheitssystem. Die aktuelle Situation im deutschen Gesundheitssystem zeigt deutliche strukturelle Ungleichheiten.

Ein zentrales Problem sind die unterschiedlichen Wartezeiten: Studien belegen, dass privat Versicherte deutlich schneller Facharzttermine erhalten als gesetzlich Versicherte. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass Diagnosen und notwendige Behandlungen bei gesetzlich Versicherten häufig verzögert werden, was gesundheitliche Risiken erhöhen kann.

Ein weiterer entscheidender Faktor dabei sind die finanziellen Anreize für Behandelnde. Ärzt\*innen erhalten für die Behandlung privat Versicherter in der Regel höhere Vergütungen als für gesetzlich Versicherte. Diese Differenz schafft strukturelle Anreize, die eine Bevorzugung bestimmter Patientengruppen begünstigen und somit die Gleichbehandlung im medizinischen Alltag erschweren. Hinzu kommt ein unterschiedlicher Zugang zu medizinischen Leistungen.

Privat Versicherte profitieren häufig von erweiterten Angeboten, etwa bei innovativen Therapien, zusätzlichen Wahlleistungen im Krankenhaus oder insgesamt kürzeren und flexibleren Behandlungswegen.

Gesetzlich Versicherte haben dagegen oftmals eingeschränkteren Zugang zu solchen Leistungen. Diese Unterschiede verstärken die soziale Ungleichheit im Gesundheitssystem. Der Zugang zu hochwertiger

medizinischer Versorgung hängt zunehmend vom Einkommen und Versicherungsstatus ab. Damit widerspricht die aktuelle Entwicklung dem grundlegenden Solidarprinzip, auf dem das deutsche Gesundheitssystem ursprünglich aufgebaut ist.

# Antrag : G04: Selbstbestimmung bis zum Lebensende stärken: Aktive Sterbehilfe unter klaren gesetzlichen Regeln ermöglichen

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Lüneburg
Status:	eingereicht

1 Die SPD und ihre Mandatsträger\*innen auf Bundes- und Landesebene werden aufgefordert,  
2 sich für die Einführung eines gesetzlichen Rahmens zur erlaubten aktiven Sterbehilfe  
3 in Deutschland einzusetzen. Ziel ist es, schwerstkranken, unheilbar leidenden und  
4 dauerhaft entscheidungsfähigen Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes  
5 Lebensende zu ermöglichen.

6 Hierfür sollen insbesondere folgende Punkte gesetzlich geregelt werden:

7 1. Legalisierung der aktiven Sterbehilfe unter strengen Voraussetzungen und  
8 ausschließlich auf ausdrücklichen, freiwilligen und wiederholt bestätigten Wunsch der  
9 betroffenen Person.

10 2. Einführung eines mehrstufigen Prüfverfahrens, das sicherstellt, dass:

- 11 • eine unheilbare Erkrankung oder unerträgliches dauerhaftes Leiden vorliegt,
- 12 • die Entscheidung frei von äußerem Druck getroffen wurde,
- 13 • die betroffene Person voll geschäfts- und urteilsfähig ist.

14 3. Verpflichtende Begutachtung durch mindestens zwei unabhängige Ärzt\*innen sowie  
15 eine psychologische oder psychiatrische Beratung.

16 4. Ausbau und Sicherstellung von Palliativmedizin, Hospizversorgung und  
17 psychotherapeutischer Unterstützung, damit Sterbehilfe niemals aus sozialer Not,  
18 Einsamkeit oder mangelnder Versorgung heraus gewählt wird.

19 5. Schutzregelungen für medizinisches Personal: Niemand darf zur Durchführung aktiver  
20 Sterbehilfe verpflichtet werden. Gleichzeitig müssen Betroffene Zugang zu  
21 entsprechenden Angeboten erhalten können.

## Begründung

Das Recht auf Selbstbestimmung endet nicht am Lebensende. Menschen, die unter schwerstem und dauerhaftem Leid leiden, müssen die Möglichkeit haben, eigenständig über ihr Lebensende zu entscheiden. Die derzeitige Rechtslage in Deutschland erlaubt zwar unter bestimmten Voraussetzungen die Beihilfe zum Suizid, verbietet jedoch weiterhin die aktive Sterbehilfe. Dadurch entstehen rechtliche Unsicherheiten sowie Ungleichheiten für Betroffene, Angehörige und medizinisches Personal.

Ein progressiver Sozialstaat muss Menschenwürde ernst nehmen. Dazu gehört auch, individuelle Entscheidungen über das eigene Lebensende zu respektieren. Insbesondere dann, wenn keine Aussicht auf Heilung oder Verbesserung besteht. Dabei zeigen andere europäische Staaten wie Belgien, die Niederlande oder Luxemburg zeigen, dass eine streng regulierte Legalisierung aktiver Sterbehilfe möglich ist, ohne den Schutz vulnerabler Gruppen aufzugeben. Für uns als Jusos gehören Solidarität, Freiheit und Menschenwürde zusammen. Eine moderne Gesellschaft muss Menschen ermöglichen, in Würde zu leben und auch in Würde zu sterben.



# Antrag : I01: Krieg ist kein Geschäftsmodell! - Rüstungsindustrie in öffentliche Hand

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht

1 Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist die  
2 regelbasierte Weltordnung endgültig den Despoten dieser Welt zum Opfer gefallen. Das  
3 Recht des Stärkeren wird zunehmend zum dominierenden Prinzip internationaler Politik,  
4 während die grundlegenden Normen des Völkerrechts systematisch unter Druck geraten.  
5 Die Souveränität von Staaten sowie die Legitimität demokratischer Wahlen und  
6 Institutionen werden dabei immer häufiger zum Spielball autoritärer Akteure, die  
7 geopolitische Interessen über rechtsstaatliche Prinzipien stellen.

8 Dass kriegerische Auseinandersetzungen bereits seit 2014 auf den europäischen  
9 Kontinent zurückgekehrt sind, ist eine schmerzliche, aber zentrale Lehre der jüngeren  
10 Geschichte. Diese Entwicklung macht deutlich, dass Frieden in Europa keine  
11 historische Selbstverständlichkeit ist, sondern aktiv gesichert, verteidigt und  
12 weiterentwickelt werden muss. Nur wenn die Europäische Union diese Realität  
13 anerkennt, kann sie ihre Friedensordnung erhalten und gestärkt sowie geeinter aus den  
14 aktuellen Konflikten hervorgehen.

15 Ganze Generationen in Europa sind ohne unmittelbare Kriegserfahrung aufgewachsen.  
16 Dieser historisch außergewöhnliche Zustand eines als selbstverständlich empfundenen  
17 Friedens steht heute jedoch unter einem Druck wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die  
18 aktuellen Debatten über die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die  
19 sicherheitspolitischen Herausforderungen im Falle einer Ausweitung des Krieges auf  
20 das Baltikum verdeutlichen, wie real die Bedrohungslage inzwischen wahrgenommen wird.  
21 Für wie selbstverständlich der Frieden genommen wurde, ist für uns aus Gesprächen der  
22 letzten Jahre im Verband mit den Mitgliedern geworden, deren familiäre Wurzeln in  
23 Ländern liegen, in denen bereits länger Krieg als Frieden herrscht.

24 Mit der Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich  
25 die globale Weltordnung ein weiteres Mal deutlich von einer regelbasierten und  
26 völkerrechtlich orientierten Ordnung entfernt. Das Prinzip „America First“ wirkt  
27 dabei weit über die USA hinaus und entfaltet eine politische Dynamik, die zunehmend  
28 auch andere Staaten prägt. In Südamerika etwa lässt sich beobachten, wie sich  
29 politische Akteure in Tonalität und Rhetorik an populistischen und nationalistischen  
30 Erzählungen orientieren, die stark an diese Entwicklung anknüpfen.

31 Auch im Hinblick auf die Souveränität anderer Staaten wird deutlich, welches  
32 Verständnis von internationaler Ordnung diese Politik transportiert. Äußerungen und  
33 Positionierungen, die territoriale Ansprüche oder politische Einflussnahmen auf  
34 Drittstaaten wie Grönland oder Kanada zumindest rhetorisch in den Raum stellen,  
35 verdeutlichen eine Verschiebung hin zu einer stärker machtpolitisch geprägten  
36 Außenpolitik. Vor diesem Hintergrund stehen auch militärische Interventionen und  
37 Drohkulissen im Nahen Osten, vor allem gegenüber dem Iran, zurecht massiv in der

38 Kritik. Sie lassen erkennen, dass nicht primär die Interessen der betroffenen  
39 Bevölkerung im Vordergrund stehen, sondern vielmehr strategische und geopolitische  
40 Erwägungen.

41 Besonders problematisch ist dabei, dass solche außenpolitischen Entscheidungen in  
42 ihrer Tragweite zentrale demokratische Kontrollmechanismen unterlaufen können,  
43 insbesondere wenn parlamentarische Beteiligung und internationale Legitimation nur  
44 unzureichend berücksichtigt werden. Dadurch wird nicht nur die internationale  
45 Rechtsordnung geschwächt, sondern auch das Vertrauen in demokratische  
46 Entscheidungsprozesse selbst.

47 Die aktuellen Entwicklungen setzen im Kontext des Nahost- und Iran-Konflikts neue  
48 negative Standards in der internationalen Politik und untergraben die moralischen und  
49 völkerrechtlichen Grundsätze einer regelbasierten Weltordnung weiter. Drohungen, die  
50 faktisch die Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen implizieren oder zumindest in  
51 Kauf nehmen, sind in jeder Hinsicht inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Ein  
52 politisches Schweigen oder eine bloß passive Duldung solcher Positionen führt  
53 faktisch zu deren Normalisierung und damit zu einer schleichenden Legitimierung.

54 Zugleich wird die Kohärenz westlicher Außenpolitik zunehmend infrage gestellt. Die  
55 Forderungen der Europäischen Union gegenüber Russland im Zusammenhang mit dem  
56 Angriffskrieg gegen die Ukraine verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn parallel dazu  
57 ähnliche Prinzipien in anderen Konflikten nicht konsequent angewendet werden. Diese  
58 Inkonsequenz eröffnet autoritären Akteuren wie Wladimir Putin oder Xi Jinping  
59 zusätzlichen politischen Handlungsspielraum und trägt dazu bei, dass sich  
60 geopolitische Spannungen weiter verschärfen. Chinas expansive Politik im  
61 Südchinesischen Meer sowie der ungelöste Taiwan-Konflikt schweben dabei weiterhin wie  
62 ein Damoklesschwert über der Stabilität des globalen Systems, insbesondere auch für  
63 Staaten des sogenannten Globalen Südens.

64 Die zunehmende Verdichtung multipler globaler Krisen macht deutlich, dass sich die  
65 Europäische Union nicht länger in einer reaktiven Position verharren kann. Vielmehr  
66 bedarf es einer umfassenden politischen Emanzipation sowie einer konsequent  
67 ausgebauten gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Solange jedoch zentrale  
68 Entscheidungen weiterhin am Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU scheitern können,  
69 bleibt die Handlungsfähigkeit der Union strukturell eingeschränkt. Eine Reform dieser  
70 Entscheidungsmechanismen ist daher ebenso notwendig wie eine grundlegende  
71 strategische Neuausrichtung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

72 In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der nationalen Verteidigungspolitik neu zu  
73 diskutieren sein. Vor dem Hintergrund wachsender globaler Konflikte und zunehmender  
74 Rüstungsexporte stellt sich die Frage der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in  
75 Deutschland und perspektivisch in der Europäischen Union allemal. Die Tatsache, dass  
76 Deutschland im Jahr 2025 mit einem Rüstungsexportvolumen von 88,5 Milliarden Euro auf  
77 Platz vier der weltweiten Rüstungsexporte steht, verdeutlicht die wirtschaftliche  
78 Dimension dieses Sektors.

79 Aus einer antimilitaristischen Perspektive heraus ist klar festzuhalten, dass ein  
80 System, in dem Profit aus der Produktion von Rüstungsgütern und damit indirekt aus  
81 Krieg und Leid generiert wird, grundlegend kritisch zu hinterfragen ist. Vor diesem  
82 Hintergrund wird die Forderung nach einer stärkeren öffentlichen Kontrolle und  
83 perspektivisch nach einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Deutschland als

84 notwendiger Schritt hin zu einer friedensorientierten Wirtschafts- und  
85 Sicherheitspolitik gesehen. Auf dem Weg dorthin sollte der Staat seine Beteiligung an  
86 den größten Rüstungsunternehmen auf mindestens 25,1% aufbauen, um die Rechte und  
87 Pflichten eines beherrschenden Minderheitsgesellschafters ausüben zu können.

88 Ein Land wie Deutschland sollte seiner moralischen Rolle mehr gerecht werden und  
89 daher im Bereich der Rüstungsindustrie seine Rolle als "Aufpasser" bzw. moralische  
90 Überinstanz wahrnehmen und profitgierigen und Aktionärsbefriedenden Kriegstreibern  
91 das Handwerk legen. Deshalb fordern wir:

- 92 • **Die Völlige Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Deutschland und**  
93 **perspektivisch in der ganzen Europäischen Union**

94 **Ein Teilschritt auf dem Weg zur Verstaatlichung ist eine verpflichtende**  
95 **Minderheitsbeteiligung des Staates in Höhe von 25,1 Prozent bei allen**  
96 **Rüstungsunternehmen aus den in der Nationale Sicherheits- und**  
97 **Verteidigungsindustriestrategie genannten Schlüsseltechnologiebereichen.**

98 Auch in der aktuellen Weltlage die einen Fokus auf die eigene Verteidigungsfähigkeit  
99 und die der Bündnispartner\*innen erfordert, bleibt das Geld verdienen an Leid und  
100 Krieg moralisch verwerflich. Deshalb darf es keinen Profit am Export von  
101 Rüstungsgütern geben. **Alle Einnahmen müssen beim Staat bleiben und zurück in**  
102 **Forschung und Entwicklung oder die öffentliche Daseinsvorsorge fließen.**

103 Privatunternehmen sind gezwungen Gewinne zu machen, dies führt zu zweifelhaften  
104 Exporten, teilweise sogar mit Verstößen gegen bestehende Gesetze. Unternehmen unter  
105 staatlicher Kontrolle können sich ganz auf die Anforderungen des Staates  
106 konzentrieren. Sie müssen nicht den Anforderungen des Marktes genügen. Sie richten  
107 ihre Forschung, Entwicklung und Produktion an der staatlichen Planung aus.

108 Die staatliche Kontrolle verhindert, dass andere Staaten Kontrolle und Einfluss über  
109 unsere Rüstungsunternehmen und Schlüsseltechnologien gewinnen können. Dadurch wird  
110 unsere Unabhängigkeit und Autonomie gesichert.

111 Langfristig wollen wir die Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie innerhalb  
112 der Europäischen Union durchsetzen. Europa muss unabhängiger von den USA werden,  
113 dieses Ziel kann nur gemeinsam erreicht werden, da gerade große Rüstungsprojekte von  
114 einem Staat alleine nicht zu stemmen sind. **Bessere Kooperation und Vereinheitlichung**  
115 **führen zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen. Deshalb fordern wir mehr**  
116 **europäische Kooperation bei Rüstungsprojekten.**

117 Rüstungsunternehmen unter staatlicher Kontrolle müssen nicht am Markt bestehen. Sie  
118 sind nicht gezwungen, auf Krampf zu exportieren oder höhere Preise zu verlangen, wenn  
119 der Bedarf die Entwicklungskosten nicht deckt. Ihre Aufgabe ist es, den staatlichen  
120 Bedarf zu decken und nicht Gewinne für Privatpersonen und Kapitalgesellschaften  
121 abzuwerfen. Forschung und Entwicklung kann dementsprechend auch ganz auf den  
122 staatlichen Bedarf abgestimmt werden.

123 Auch können so gute und sichere Industriearbeitsplätze in Deutschland gesichert  
124 werden, da sie nicht davon bedroht sind ins Ausland verlagert zu werden oder einfach  
125 weggekürzt zu werden. Auch in Zeiten geringer Aufträge können Arbeitsplätze gesichert  
126 werden. Die Lage in der Welt ändert sich hochdynamisch. Personalabbau, der sich bei  
127 Änderung der Weltlage rächt, kann dadurch vermieden werden. Wir sehen es aktuell. Im  
128 Jahr 1990 lag die Anzahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie bei ca. 290.000.

129 Im Jahr 2021 waren es nur noch 90.000. Die "Zeitenwende" fordert  
130 Kapazitätssteigerungen. Ein großes Problem bei der Umsetzung ist der nicht zu  
131 erfüllende Personalbedarf.

132 Aufgrund der speziellen Anforderungen und der geringen Anzahl an Abnehmern, bilden  
133 sich im Rüstungsbereich schnell Oligopole und Monopole. Das lässt sich kaum  
134 vermeiden. Oligopole und Monopole haben große Macht durch ihre starke Stellung und  
135 die hohe Abhängigkeit der Abnehmer. Diese Macht sollte nicht bei privaten Unternehmen  
136 liegen, sondern staatlich kontrolliert werden. Staatliche Kontrolle würde auch die  
137 Transparenz durch das Parlament stärken. Gleichzeitig muss hier das Gleichgewicht  
138 zwischen Transparenz und staatlichen Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben.

# Antrag : I02: Burschenschaften und studentische Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Burschenschaften, studentische Verbindungen, Corps und sogenannte „Studentenvereine“  
2 blicken auf eine lange Tradition zurück, die von überholten, elitären und  
3 diskriminierenden Strukturen geprägt sind. Damit gehen auch Brauchtümer einher, zu  
4 denen wir nicht zurückwollen. Viele dieser Verbindungen vertreten ein völkisch-  
5 nationalistisches Weltbild, das sich in rassistischen, sexistischen und exklusiven  
6 Praktiken äußert. Sie sind häufig als Männerbünde organisiert, reproduzieren  
7 patriarchale Strukturen und schließen Menschen aufgrund von Geschlecht, Herkunft,  
8 Religion oder sexueller Orientierung aus. Obwohl es Unterschiede zwischen den  
9 verschiedenen Organisationsformen gibt, haben sie gemeinsam, dass hinter ihnen Formen  
10 der Vereinigung, Ideen und Einstellungen aus einem anderen Jahrhundert stecken, die  
11 wir Jusos ablehnen.

12 Insbesondere schlagende Burschenschaften sind in ihren Ansichten häufig besonders  
13 radikal. Sie sind geschichtsrevisionistisch, revanchistisch, antisemitisch und oft  
14 dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet. Ihr rückwärtsgewandtes Männlichkeitsbild  
15 steht für ein Werteverständnis, das mit unseren jungsozialistischen und  
16 sozialdemokratischen Grundwerten unvereinbar ist. Oft lässt sich in ihnen eine  
17 nationalistische, rassistische und sexistische Ausrichtung erkennen, die mit elitärem  
18 und tradiertem Denken und Auftreten einhergeht. Dies lässt sich daran erkennen, dass  
19 die Mehrheit der Burschenschaften schlagend ist, sie richten also Messuren (ein  
20 traditionelles Ritual des Fechtens mit scharfen Waffen zum Beweis der eigenen  
21 „Stärke“) aus.

22 Nicht zuletzt haben Burschenschaften in den letzten Jahren zunehmend Zulauf erhalten.  
23 Zum einen lässt sich ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck erkennen, etwa in Form  
24 eines Erstarkens rechter Parteien und der Zunahme rechter Gewalttaten, von dem auch  
25 Burschenschaften mit ihrem völkischen und nationalen Identitätsangebot profitieren.  
26 Insbesondere für die Neue Rechte sind Hochschulen und Universitäten attraktive  
27 Wirkungsstätten. Netzwerke rechter und rechtskonservativer Gruppen im akademischen  
28 Kontext werden durch Ideen und Strategien der Neuen Rechten gestärkt und ausgeweitet.  
29 So finden auch immer mehr Vernetzungen zwischen Burschenschaften und der AfD statt.  
30 Der hohe burschenschaftliche Organisationsgrad dient der AfD dabei als Plattform für  
31 ihre Ideen und politische Agenda. Gleichzeitig können Burschenschaften innerhalb der  
32 AfD insbesondere durch ihr Mobilisierungspotenzial großen Einfluss und Macht ausüben.  
33 Dies zeigen zahlreiche Beispiele, denn Teile der Burschenschaften sind eng mit  
34 Akteur\*innen der Neuen Rechten und der AfD vernetzt. Recherchen von „Report Mainz“  
35 belegten 2024, dass mehr als 50 AfD-Abgeordnete und rund 60 Mitarbeiter von AfD-  
36 Abgeordneten Bezüge zu Burschenschaften haben.

37 Burschenschaften sind traditionell geprägt von exklusiven und elitären Strukturen,  
38 die häufig patriarchale Muster fortschreiben. Insbesondere dort, wo weiterhin ein  
39 eingeschränkter Zugang besteht, zeigt sich ein systematischer Ausschluss etwa von  
40 Frauen, Migrantinnen, Jüdinnen\*Juden oder politisch Andersdenkenden. Ihr  
41 Selbstverständnis basiert auf Kameradschaft, Männlichkeitsritualen und traditionellen  
42 Rollenbildern, die ein rückwärtsgewandtes Geschlechterverhältnis festigen. Neben der  
43 gezielten Ungleichbehandlung von Frauen sind Nationalität, sexuelle Orientierung,  
44 Religion und „rassistische“ Kriterien für den Ausschluss aus einer Burschenschaft  
45 bzw. der Nichtaufnahme. So wurde unter anderem im Dachverband „Deutsche  
46 Burschenschaft“ lange und ernsthaft über die Wiedereinführung des sogenannten  
47 „Ariernachweises“ als Aufnahmekriterium diskutiert. Burschenschaften vermitteln damit  
48 gezielt ein elitäres, rassistisches und antifeministisches Weltbild, das  
49 marginalisierte Gruppen herabwürdigt und insbesondere cis-männliche Dominanz  
50 hervorhebt. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Burschenschaften noch immer als  
51 zentrale Instanzen für die Aufrechterhaltung bestimmter Männlichkeitsideale und  
52 konservativer Vorstellungen des Geschlechterverhältnisses fungieren, etwa beim  
53 Fechten mit scharfen Waffen, um die eigene Stärke und den Mut unter Beweis zu  
54 stellen, also Eigenschaften, die als vermeidlich männlich gelten. Darüber hinaus  
55 verfügen studentische Korporationen in ihrem Brauchtum über eine ganze Reihe weiterer  
56 Erbschaften, die die Einübung einer spezifischen Form von Männlichkeit und männlichen  
57 Habitus gewährleisten und der Aufrechterhaltung patriarchaler Machtverhältnisse  
58 dienen. In diesen Männerbünden wird die reine Männergesellschaft aufrechterhalten und  
59 die antifeministischen und antidemokratischen Muster fortgeschrieben. Diese  
60 Strukturen wirken auch politisch: Burschenschaftler treten öffentlich gegen  
61 Gleichstellungspolitik, Quoten, Diskriminierungsschutz, geschlechtergerechte Sprache  
62 und die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt auf. Mit Begriffen wie „Genderwahn“  
63 oder „Genderismus“ betreiben sie gezielt antifeministische Politiken, die von  
64 Stigmatisierung, Lächerlichmachung bis hin zur bewussten Tabubruch-Inszenierung  
65 reicht. Auch Burschenschaften, die sich selbst als gemäßigt darstellen und keinem  
66 radikalen Dachverband angehören, pflegen häufig weiterhin Kontakte zu solchen  
67 Verbindungen und stehen im Austausch mit ihnen. Eine klare und konsequente Abgrenzung  
68 sieht aus unserer Sicht anders aus. Für uns Jusos ist klar: Antifeministische  
69 Männerbünde haben in einer solidarischen und gleichberechtigten Gesellschaft keinen  
70 Platz, wir stellen uns ihnen entschieden entgegen.

71 Als antifaschistischer und feministischer Richtungsverband ist es unsere Aufgabe,  
72 diese Strukturen offenzulegen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Die bestehenden  
73 Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD (2006, 2013, 2016) sind ein wichtiger Schritt,  
74 greifen jedoch zu kurz und werden nicht konsequent umgesetzt.

75 Wir Jusos sprechen uns daher entschieden aus gegen Burschenschaften, schlagende  
76 Verbindungen, Corps und sonstige Studentenverbindungen, die nach dem Verhalten ihrer  
77 Mitglieder rechtsgerichtetes, rassistisches, antisemitisches oder antifeministisches  
78 Gedankengut propagieren. Wir setzen uns konsequent für die Unvereinbarkeit solcher  
79 Mitgliedschaften mit der SPD und den Jusos ein. Menschen, die Burschenschaften,  
80 schlagenden Verbindungen oder studentische Corps angehören, verbreiten ihr  
81 Gedankengut sehr offensiv. Dies geht gegen das von uns Jusos vertretene  
82 emanzipatorische Weltbild. Der Freiheitsbegriff, den Burschenschaftler und schlagende  
83 Verbindungsmitglieder teilen, ist nicht mit dem von uns Jusos vereinbar. Wir fordern

84 daher:

- 85 • Die konsequente Durchsetzung und Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses
- 86 zwischen SPD/Jusos und Mitgliedschaften in Burschenschaften, schlagenden
- 87 Verbindungen, Corps und sonstigen Studentenverbindungen, die nach dem Verhalten
- 88 ihrer Mitglieder rechtsgerichtetes, rassistisches, antisemitisches oder
- 89 antifeministisches Gedankengut propagieren;
- 90 • Den Ausschluss von Mitgliedern entsprechender Verbindungen aus der SPD und den
- 91 Jusos;
- 92 • Die aktive Aufklärung über rechte Netzwerke und Strukturen an Hochschulen;
- 93 • Die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Bündnissen im
- 94 Hochschulkontext;
- 95 • Den entschlossenen politischen und gesellschaftlichen Widerstand gegen rechte
- 96 Ideologien an Hochschulen und darüber hinaus.

## Antrag : I03: US-Militär ausweisen

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Celle
Status:	eingereicht

- 1 Die Bundesregierung soll im Falle einer Invasion oder eines ähnlichen militärischen
- 2 Akts der USA gegen Grönland/Dänemark, sämtliche US-amerikanischen Militär- und
- 3 Geheimdienstangehörige aus der Bundesrepublik Deutschland ausweisen.

### Begründung

Die USA haben Europa und Deutschland laut Politikwissenschaftler Peter Neumann offiziell zum Feind erklärt. Dieser Auffassung schließe ich mich an. Sollten die USA nun tatsächlich militärisch gegen Grönland/Dänemark vorgehen, würde die Nato und somit auch Deutschland angegriffen werden. In diesem Falle ist der Schutz der Bundesrepublik und all ihrer Bürger\*innen zu gewährleisten. Mit feindlichen Truppen innerhalb des Bundesgebietes ist dies nicht möglich. Aus diesem Grund müssen dementsprechend alle US-Militär- und Geheimdienstangehörigen ausgewiesen werden.

# Antrag : I04: Politik raus aus der Strafverfolgung!

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen, dass das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)
- 2 dahingehend zu ändern ist, dass Staatsanwaltschaften in Deutschland nicht länger
- 3 weisungsgebunden gegenüber den Landes- und Bundesjustizministerien sind. Das derzeit
- 4 bestehende externe Weisungsrecht der Justizminister\*innen gegenüber den
- 5 Staatsanwaltschaften ist vollständig abzuschaffen.
- 6 Ziel der Reform muss eine institutionell unabhängige Staatsanwaltschaft sein, die
- 7 ihre Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben frei von politischer Einflussnahme
- 8 wahrnehmen kann.

## Begründung

Derzeit besteht in Deutschland ein Weisungsrecht der Justizministerien gegenüber den Staatsanwaltschaften. Dieses ist in den §§ 141 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) normiert. Aufgrund des hierarchischen Aufbaus der Staatsanwaltschaften sind Staatsanwält\*innen verpflichtet, den dienstlichen Weisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen. An der Spitze dieser Hierarchie stehen die jeweiligen Landes- beziehungsweise Bundesjustizministerien. Dieses sogenannte externe Weisungsrecht ermöglicht eine politische Einflussnahme auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen.

Auf europäischer Ebene wurde diese Struktur bereits mehrfach kritisiert. Mit Urteil vom 27. Mai 2019 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest, dass deutsche Staatsanwaltschaften nicht als unabhängige Justizbehörden gelten können und daher nicht befugt sind, europäische Haftbefehle auszustellen. Begründet wurde dies mit der bestehenden Weisungsgebundenheit gegenüber den Justizministerien.

Darüber hinaus entschied der Europäische Gerichtshof am 24. November 2020, dass auch die deutsche Generalstaatsanwaltschaft nicht als unabhängige Justizbehörde im Sinne des europäischen Rechts gilt.

Im Zuge der Ampelkoalition gab es Bestrebungen, diese Problematik gesetzgeberisch zu lösen und die Ausstellung europäischer Haftbefehle durch deutsche Staatsanwaltschaften wieder zu ermöglichen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde vorbereitet, jedoch aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr umgesetzt.

Zugleich wurde bereits in Fachanhörungen und juristischen Stellungnahmen deutlich, dass die damaligen Reformüberlegungen nicht weit genug gingen. Selbst in den geplanten Änderungen wäre ein Weisungsrecht der Justizministerien in Ausnahmefällen weiterhin bestehen geblieben. Eine solche Regelung würde nach Einschätzung vieler Expert\*innen weiterhin nicht den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs an eine unabhängige Justizbehörde entsprechen.

Für eine funktionierende Gewaltenteilung und eine glaubwürdige Strafverfolgung ist es jedoch notwendig, dass Staatsanwaltschaften frei von politischer Einflussnahme arbeiten können. Staatsanwälte sind hochqualifizierte Jurist\*innen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben eigenständig und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Eine politische Kontrollmöglichkeit über Weisungen ist daher weder notwendig noch zeitgemäß.

Das Weisungsrecht ist historisch gewachsen und mag in früheren staatsorganisatorischen Kontexten

sinnvoll erschienen sein. In der heutigen Zeit stellt es jedoch ein strukturelles Problem dar und führt zu Zweifeln an der Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden. Zudem wird das Weisungsrecht in der Praxis nur äußerst selten angewendet, verursacht aber regelmäßig rechtliche und politische Diskussionen.

# Antrag : I05: Konsequent Faschismus bekämpfen – Regierungsbeteiligungen nur noch mit AfD-Verbot!

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass SPD-Fraktionen auf Landes- und
- 2 Bundesebene dazu aufgefordert sind, Regierungsbeteiligungen in Form von Koalitionen
- 3 nur noch einzugehen, wenn sie sich ein Verbotsverfahren der AfD zum Ziel setzen.
- 4 Gliederungen der Jusos sollen Koalitionsverträge zukünftig nur noch billigen, wenn
- 5 sich diese glaubhaft für ein AfD-Verbot einsetzen.

## Begründung

Die rechtlichen Voraussetzungen für ein AfD-Verbot sind gegeben. Die AfD ist eine rechtsradikale Partei, deren Ziel die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist und dabei u.A. Rassismus, Sexismus, Klassismus, Antisemitismus und Queerphobie in seinen Reihen nicht nur duldet, sondern aktiv fordert und fördert. Ideen, Inhalte und Personal rekrutieren sich aus den Reihen der neonazistischen Neuen Rechten. Ihre Forderungen sind im Rahmen unserer Demokratie nicht legitim und mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar.

Ihr gesellschaftlicher und politischer Einfluss hat dabei längst den der 1952 verbotenen SRP, der 1956 verbotenen KPD oder (mit der Begründung fehlender politischer Bedeutung 2017 geduldeten) NPD überstiegen. Mit gezielten Desinformations- und Propagandataktiken sowohl von ihr als auch von Akteuren aus ihrem Netzwerk hat die AfD rechtsradikale Meinungen in der Gesellschaft normalisiert. Demoskopische Auswertungen belegen mittlerweile, dass AfDWähler\*innen nicht nur aus Protest wählen, sondern inhaltlich und personell von der AfD überzeugt sind. Durch ihre Wahlergebnisse kann sie bereits jetzt den Handlungsrahmen unserer Demokratie einschränken.

Das Mittel, das von den Urheber\*innen des Grundgesetzes vorgesehen wurde, um solchen Gefahren gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu begegnen, ist das Parteienverbot. Es ist nicht nur ein probates Mittel, sondern das einzige Mittel, das der AfD und der mit ihr vernetzten Neuen Rechten effektiv Organisation und Infrastruktur nehmen kann, um ihren Einfluss zu mindern und so die Demokratie zu schützen.

Jedes Argument von „Good Governance“, die die AfD „wegregieren“ könnte, verliert an Glaubwürdigkeit, wenn jene Errungenschaften bei AfD-Wähler\*innen nicht einmal sichtbar werden, da das Weltbild der AfD aktiv realitätsverweigernd wirkt. Keine Verbesserung der ökonomischen Umstände oder konservativer Gesellschaftspolitik wird die AfD „befrieden“, wenn sie die Grenzen des Sagbaren ausweiten. Es ist nicht bloß politischer Frust mit der Absicht, die „Altparteien“ müssten sich nur „zusammenreißen“, der der AfD Erfolg beschert, sondern ihre Vergiftung des politischen Diskurses durch die Überzeugung eines erheblichen Anteils der bundesdeutschen Wählerschaft, die ihren rechtsradikalen Forderungen politischen Druck verleihen.

Jede Regierung, die sich nicht dem Ziel eines Parteienverbots verschreibt, vergeudet Zeit, den die Neue Rechte dazu nutzt, die AfD größer und stärker zu machen. Nicht nur greifen inhaltliche Reformen wenig, sie werden weniger greifen und schwerer umzusetzen sein, je länger der AfD erlaubt wird, als normale Partei im Parteienwettbewerb zu konkurrieren und von öffentlichen Geldern, Zugang zu öffentlichen und

privaten Medien, personeller und organisatorischer Vernetzung und anderen Vorzügen der Amtsinhaberschaft und Institutionalisierung zu profitieren.

Jede Partei, die nicht das Verbot der AfD fordert, normalisiert sie und verschuldet sich dem Erstarren eines neuen Faschismus' mit. Die SPD und die Jusos müssen ihren Forderungen nach der Prüfung eines AfD-Verbots stärkeren politischen Nachdruck verleihen, indem sie Koalitionsbeteiligungen nur noch mit der Forderung, ein AfD-Verbot zu erwirken, eingehen.

# Antrag : I06: Schaffung von Bundes- und Landesbehörden für mentale Gesundheit

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die Schaffung und angemessene
- 2 Ausstattung einer Bundesbehörde samt Staatsminister\*innenposten für Mentale
- 3 Gesundheit unter der\*dem Bundesminister\*in für Gesundheit gefordert wird. Das Land
- 4 Niedersachsen soll das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
- 5 Gleichstellung um einen eigenständigen Geschäftsbereich für mentale Gesundheit samt
- 6 neu zu schaffender Fachbehörde erweitern.

## Begründung

Wir befinden uns in einer Ausnahmesituation, was die psychische Gesundheit der deutschen Öffentlichkeit angeht. Mehr als jeder vierte Deutsche ist von einer psychischen Erkrankung betroffen. Depressive Episoden sind der häufigste Grund für berufliche Fehlertage. Die Zahl der Krankschreibungen erreicht regelmäßig neue Höchststände. Depressionsdiagnosen steigen kontinuierlich an, doch Therapieplätze sind knapp.

Vertreter\*innen von Krankenkassen, Ärzt\*innen- und Psychotherapeut\*innenverbänden warnen vor langen Wartezeiten und wenigen Kassenplätzen. Insbesondere jüngere Menschen leiden unter Einsamkeit und sozialer Isolation, und sind deutlich häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums zeigen 17% aller Grundschul Kinder mittlerweile auffällige psychische Befunde. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche in armutsgefährdeten Familien, bei denen diese Zahl auf einen Drittel ansteigt – Mentale Gesundheit ist auch eine Gerechtigkeitsfrage.

Ein guter Teil dieser steigenden Zahlen lässt sich aus sinkenden Dunkelziffern, Entstigmatisierung und besserer Diagnosekompetenz begründen. Das Problem wird zwar nicht dringender, sondern auffälliger – nichtsdestotz geht damit keine Verbesserung der Umstände psychisch erkrankter Menschen einher.

Wir sollten froh um die Normalisierung des Hilfesuchens bei psychischen Erkrankungen sein: Nun geht es darum, diese Hilfe bereit zu stellen. Insbesondere wenn aus der Bundesregierung Töne kommen, dass die individuelle Arbeitsproduktivität der Deutschen zu niedrig ist, muss ein Ansatzpunkt zur Lösung sein, psychische Erkrankungen als Ursache fehlender Produktivität anzuerkennen und, statt sie weiter und mehr zu stigmatisieren, nachhaltigere Lösungen für die Beantwortung der größten gesundheitlichen Krise seit Covid-19 zu finden, damit Krankschreibungen gar nicht erst nötig sind. Der bisherige Regierungsapparat hat sich nicht in der Lage gezeigt, diese riesige gesundheitliche Pandemie, die Todesfolgen haben kann, zu bewältigen.

Dem Thema muss mehr Aufmerksamkeit und mehr Ressourcen gewidmet werden. In Ländern der Anglosphäre, so etwa Australien, Kanada, Irland, Neuseeland oder dem Vereinigten Königreich, werden dem Thema Mental Health und Einsamkeit ganze Kabinettsposten gewidmet. Auch in Japan wird die Bekämpfung von Einsamkeit und Isolation als ministeriale Aufgabe verstanden. Deutschland kann Vorreiter in der Bekämpfung psychischer Erkrankungen innerhalb der EU sein, um die öffentliche Gesundheit und Produktivität zu steigern. Dabei kann sich an Expertise und Personalien bestehender

Referate im Bundesgesundheitsministerium orientiert werden, etwa 323 für Seelische Gesundheit, 125 für Sucht und Drogen und 226 für die Vergütung der vertragsärztlichen und psychotherapeutischen Behandlung.

## Antrag : I07: Anerkennung auf dem Perso - nicht nur für die akademische Elite

Laufende Nummer: 35

<b>Antragsteller*in:</b>	Hildesheim
<b>Status:</b>	eingereicht

- 1 Gemäß §5 PAuswG kann ein Doktorgrad in den Personalausweis eingetragen werden.
- 2 Begründet liegt dies in einer besonders hohen gesellschaftlichen Relevanz dieses
- 3 Titels. Eindeutig ist jedoch: Nicht nur der Doktor hat gesellschaftliche Relevanz;
- 4 auch andere Titel, wie der Meister sind weltweit für die hohe Praxisqualität, starke
- 5 Ausbildung und die technischen Fähigkeiten anerkannt.
- 6 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen daher, dass eine Eintragung eines Titels
- 7 nicht nur der Akademischen Elite vorbehalten sein soll. Wir fordern eine Reform des
- 8 PAuswG am Beispiel Österreichs, die die Eintragung aller Akademischen Grade und aller
- 9 anderen staatlich anerkannten Titel ermöglicht ab EQR6 (Bachelor-Niveau).

## Antrag : I08: Ewiggestrige Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit!

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

1 Studentische Verbindungen blicken auf eine lange Tradition zurück, die teilweise von  
2 elitären und patriarchalen Strukturen geprägt ist. Dabei unterscheiden sich die  
3 einzelnen Verbindungen und Dachverbände teils erheblich. Nicht jede Verbindung  
4 vertritt extrem rechte oder diskriminierende Positionen, und eine pauschale  
5 Gleichsetzung aller Korporationen greift aus unserer Sicht zu kurz.

6 Kritisch sehen wir insbesondere traditionelle Männerbundstrukturen, exklusive  
7 Aufnahmepraktiken und ein häufig konservatives Rollenverständnis. Viele Verbindungen  
8 sind historisch stark männlich geprägt und reproduzieren traditionelle Vorstellungen  
9 von Geschlechterrollen, Auftreten und sozialem Status. Gleichzeitig erkennen wir an,  
10 dass innerhalb der Korporationslandschaft Wandel möglich ist und teilweise bereits  
11 stattgefunden hat: Zahlreiche Verbindungen haben sich geöffnet, nehmen Menschen aller  
12 Geschlechter auf oder verstehen sich bewusst gemischt und pluralistisch. Dass solche  
13 Veränderungen möglich sind, zeigt, dass traditionelle Strukturen nicht unveränderbar  
14 sind. Unterschiede zwischen einzelnen Verbindungen müssen deshalb ernst genommen  
15 werden.

16 Das schlagende Prinzip betrachten wir kritisch und sehen insbesondere die Einbettung  
17 in traditionelle Männerbund- und Männlichkeitskulturen als hoch problematisch, da sie  
18 häufig mit exklusiven Rollenbildern und Formen toxischer Männlichkeit verbunden ist.  
19 Zwar kann es in einzelnen Deutungen als eine Form von freiwilligem „Extremsport“  
20 verstanden werden, diese Einordnung greift jedoch häufig zu kurz. Dabei ist für uns  
21 eine klare Unterscheidung zentral: Pflichtschlagende Strukturen lehnen wir auf jeden  
22 Fall ab, da sie individuelle Freiheit unterlaufen und den Charakter eines  
23 Zwangsrituals tragen. Frei- und fakultativ schlagende Formen sind differenzierter zu  
24 bewerten, bleiben jedoch kritisch zu betrachten. Überwiegt auch hier die Funktion als  
25 Ritual der Charakterhärtung, der Männlichkeitsbildung oder der sozialen Abgrenzung  
26 innerhalb solcher Traditionszusammenhänge, so lehnen wir das schlagende Prinzip und  
27 die Mitgliedschaft in einer entsprechenden Verbindung klar ab, da es in diesen  
28 Kontexten zur Stabilisierung hierarchischer, patriarchaler und antifeministischer  
29 Strukturen beiträgt.

30 Gerade bei Burschenschaften prägt insbesondere der Dachverband der Deutschen  
31 Burschenschaft die mediale und politische Wahrnehmung, der aufgrund seiner völkisch-  
32 nationalistischen, antifeministischen und insgesamt klar abzulehnenden Ausrichtung  
33 als zentraler Bezugspunkt für Kritik an korporierten Strukturen gilt. Daher ist zudem  
34 eine differenzierte Betrachtung historischer Traditionen notwendig. So ist etwa der  
35 Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland!“ nicht pauschal als elitär oder  
36 nationalistisch zu verstehen. Historisch entstand er im Kontext der liberalen und  
37 nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts und war ursprünglich eng mit der Forderung

38 nach einem freiheitlichen, rechtsstaatlichen Gemeinwesen in einem geeinten deutschen  
39 Staat verbunden. Auch der Begriff der „Ehre“ muss nicht zwingend sozial exklusiv  
40 verstanden werden, sondern kann – je nach Interpretation – als moralische  
41 Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen und den eigenen Prinzipien gelesen werden.  
42 Teile der burschenschaftlichen Bewegung lesen diesen Wahlspruch in diesem Sinne, was  
43 im Rahmen historischer Deutungen nachvollziehbar ist; zugleich kann er in anderer  
44 Lesart auch für Traditionslinien stehen, die mit einem exklusiven, national  
45 aufgeladenen und ausgrenzenden Verständnis verbunden sind und damit zentrale Punkte  
46 unserer Kritik berühren.

47 Entscheidend ist deshalb weniger der bloße Wahlspruch selbst als vielmehr die  
48 konkrete Auslegung und politische Praxis der jeweiligen Verbindung. Ob sich hinter  
49 solchen Traditionen ein demokratisches und pluralistisches Selbstverständnis oder ein  
50 nationalistisches und ausgrenzendes Weltbild verbirgt, zeigt sich letztlich am  
51 tatsächlichen Verhalten, an öffentlichen Positionierungen und an der gelebten  
52 Verbindungskultur.

53 Problematisch sind damit jene Verbindungen und Netzwerke, die rechtsgerichtetes,  
54 rassistisches, antisemitisches, klassistisches oder antifeministisches Gedankengut  
55 propagieren. Dort, wo Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sozialen Stellung,  
56 ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt oder abgewertet  
57 werden, endet für uns jede Form legitimer Traditionspflege.

58 Besonders die Deutsche Burschenschaft fällt seit Jahren durch völkisch-  
59 nationalistische und antifeministische Tendenzen auf. Debatten um einen sogenannten  
60 „Ariernachweis“, personelle Überschneidungen mit der extremen Rechten sowie enge  
61 Kontakte ins AfD-Umfeld zeigen, dass dort teilweise ein ethnisch-abstammungsbezogenes  
62 Gesellschaftsbild vertreten wird, das mit demokratischen und pluralistischen  
63 Grundwerten unvereinbar ist. Dass sich andere Verbände – etwa die Neue Deutsche  
64 Burschenschaft – ausdrücklich von diesen Entwicklungen distanziert haben, zeigt  
65 zugleich, dass die Korporationslandschaft nicht einheitlich ist.

66 Besonders problematisch ist die zunehmende Vernetzung einzelner Verbindungen mit  
67 Akteur\*innen der Neuen Rechten und der AfD. Hochschulen dürfen kein Ort für  
68 rassistische, antisemitische oder antifeministische Ideologien sein. Wo solche  
69 Positionen vertreten, relativiert oder toleriert werden, braucht es eine klare  
70 demokratische Gegenposition.

71 Als antifaschistischer und feministischer Richtungsverband treten wir für eine  
72 offene, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft ein. Deshalb stellen wir uns  
73 entschieden gegen Verbindungen und Netzwerke, die diskriminierende oder  
74 antidemokratische Ideologien verbreiten – differenziert in der Analyse, aber klar in  
75 der Haltung.

76 Männerbünde und insbesondere Burschenschaften beäugen wir als Jusos kritisch. Wir  
77 sehen in ihnen häufig historisch gewachsene Strukturen, die mit exklusiven  
78 Sozialformen und traditionellen Rollenbildern verbunden sind. Zugleich sind wir nicht  
79 überzeugt davon, dass aus einer Mitgliedschaft allein automatisch auf eine politische  
80 Grundhaltung geschlossen werden kann. Pauschale Stigmatisierungen werden der Realität  
81 unterschiedlicher Entwicklungen und individueller politischer Positionierungen nicht  
82 gerecht und verkennen bestehende Veränderungspotenziale. Gleichzeitig gilt jedoch  
83 ebenso, dass eine unkritische Normalisierung ebenso wenig angebracht ist: Ob eine

84 Mitgliedschaft im Widerspruch zu unseren Grundwerten steht, ist daher im Einzelfall  
85 anhand der konkreten politischen Praxis der Person sowie der politischen Ausrichtung  
86 und gelebten Praxis der jeweiligen Verbindung zu bewerten.

87 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass folgende Forderungen umzusetzen sind:

- 88 1. Die konsequente Durchsetzung und Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses  
89 zwischen SPD/Jusos und Mitgliedschaften in studentischen Verbindungen, die  
90 rechtsgerichtetes, rassistisches, antisemitisches, klassistisches oder  
91 antifeministisches Gedankengut propagieren.
- 92 2. Den Ausschluss von Mitgliedern entsprechender Verbindungen aus der SPD und den  
93 Jusos.
- 94 3. Die aktive Aufklärung über rechte Netzwerke und Strukturen an Hochschulen.
- 95 4. Die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Bündnisse im  
96 Hochschulkontext.
- 97 5. Den entschlossenen politischen und gesellschaftlichen Widerstand gegen rechte  
98 Ideologien an Hochschulen und darüber hinaus.

# Antrag : S01: Ästhetik der Macht wiederentdecken – Rückkehr zu den Wahlplakaten der Weimarer Republik

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass allen Gliederungen und Kandidat\*innen
- 2 der SPD und der Jusos empfohlen wird, eine ästhetische Erneuerung durchzugehen, indem
- 3 man zu affektiv-einschlägigen Wahlplakaten zurückkehrt, die durch den Einsatz von
- 4 prägnanten Motiven, martialischer Dynamik und augenfängenden Schriftzügen Ästhetiken
- 5 wie Expressionismus oder neue Sachlichkeit widerspiegeln. Dabei soll auf den Einsatz
- 6 von generativer KI verzichtet werden.

## Begründung

Die SPD hat ein Imageproblem. Das hängt einerseits mit programmatischen Herausforderungen zusammen, aber auch mit archaischen Kommunikationsstrategien. Die einst altbewährte Formel des Porträtplakats von lächelnden Gesichtern vor unkontroversen Hintergründen mit inhaltsbefreiten Kalendersprüchen greift nicht mehr – statt attraktive Narrative zu verbreiten und Menschen für politische Projekte zu begeistern fördert das typische „Wahlplakat“ vor allem politischen Frust. Auch und gerade bei Volksparteien wie der SPD.

Jeder kennt die Gespräche im Wahlkampf über die langweiligen 08/15 Gesichter oder die niveaubefreiten Stock Images – und die neidvolle Bewunderung für die schamlosen Plakate der Weimarer Republik und der frühen Jahre der Bundesrepublik, die heute nicht umsonst unsere Büros dekorieren. Es sind einschlägige, provokante Sprüche, knallige Farben und eindrucksvolle Motive mit mehrdimensionalen Bedeutungsebenen und satirischem Seitenhieb, die nicht nur durch Nostalgie bestechen. Das politische Klima der Weimarer Republik lässt sich in vielerlei Hinsicht mit der heutigen bundespolitischen Lage vergleichen – Frust über ökonomische Ungleichheiten, außenpolitische Dramatik, das Gefühl fehlender Selbstwirksamkeit in der liberalen Demokratie, dem Chaos des Zeitgeists. Dieser Vergleich muss auch für das Diskursklima gelten, in dessen Kontext Wahlkämpfe stattfinden. Wir täten gut daran, unsere Kommunikationsstrategien entsprechend anzupassen.

Eingängige, aber inhaltvolle, Weltbild-vermittelnde Parolen und farbvolle, kontrastreiche, malerische Motive stechen aus dem Einheitsbrei des postmodernen Minimalismus hervor. Die Rückbesinnung auf die beeindruckenden Kunstwerke der Propaganda des letzten Jahrhunderts wirkt subversiv – als Blickfang, als Objekt von Interesse, Bewunderung, Empörung, Inspiration. Es macht aufmerksam, es lässt den Betrachter fühlen und regt zum Nachdenken an. Bereits jetzt zeigen sich Phänomene auf Social Media, etwa den Trend zu KI-generierter „Klima-Propaganda“, die die Ästhetik der Macht halb-satirisch aufgreifen, um den martialischen Stil dazu zu verwenden, klimafreundliche Botschaften zu vermitteln – mit glänzendem Erfolg.

Eine Rückbesinnung auf den Plakatierungsstil der Weimarer Republik strahlt ein kontroverses Selbstbewusstsein aus, das der oft als rückgratlos geltenden, zu vorsichtig denkenden SPD gut tun würde. Wer die Meinungen der Menschen zur Sozialdemokratie ändern möchte, muss auch seine Kommunikationsstrategie überdenken, und darf sich nicht zu schade sein, auf unkonventionelle Methoden zurückzugreifen und auch zu provozieren. Unsere lange Geschichte als älteste Partei

Deutschlands gibt uns einen einzigartigen kulturellen Fundus, an dem wir uns bedienen können, um die Köpfe und Herzen der Massengesellschaft zurückzugewinnen. Nutzen wir diese Chance! Trauen wir uns, wieder interessant zu sein!

Um sozialdemokratischen Werten wie Respekt für menschliche Handarbeit gerecht zu werden und kulturell glaubwürdig zu sein, sollten diese Wahlplakate auf den Einsatz generativer KI verzichten.

## Antrag : S02: Mitmach-Partei statt Funktionärs-Kult

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

1 Die SPD befindet sich in einer tiefen Krise. Die Chancen, die Sozialdemokratie in  
2 Deutschland zu retten, sind begrenzt. Umso entschlossener müssen wir sie nutzen.  
3 Unser Ziel ist es, nicht nur inhaltlich zu überzeugen, sondern die SPD grundlegend zu  
4 einer echten Mitmach-Partei weiterzuentwickeln. So schaffen wir eine Partei, die  
5 wieder begeistert, mobilisiert und Vertrauen zurückgewinnt.

6 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD zur Durchführung folgender  
7 innerparteilicher Reformen aufgerufen ist:

- 8 1. Wir wollen die Trennung von Regierungs- und Parteiämtern: Die Doppelrolle von  
9 Parteivorsitz und Kabinett funktioniert nicht. Zum einen führt sie dazu, dass  
10 den Parteivorsitzenden wenig Zeit für die dringend notwendige Profilierung und  
11 strategische Neuausrichtung der SPD bleibt. Zum anderen erschwert es die  
12 Doppelrolle, Kritik am Regierungshandeln im nötigen Rahmen zu äußern.
- 13 2. Direktwahl der Parteivorsitzenden durch alle Mitglieder: Der SPD-Parteivorstand  
14 wird damit beauftragt vor dem nächsten Bundesparteitag im Jahr 2027, ein  
15 mehrstufiges Nominierungsverfahren der Parteivorsitzenden nach dem Vorbild von  
16 Online-Mitgliederabstimmungen zu starten. Die Zugangshürden für Kandidaturen  
17 müssen dabei bewusst niedrig gehalten werden. In drei Phasen soll sich das Feld  
18 schrittweise auf eine überschaubare Zahl von Kandidat\*innen verdichten, die  
19 schließlich um den Parteivorsitz konkurrieren. Am Ende entscheiden dann die  
20 Delegierten auf dem Bundesparteitag. Perspektivisch sollen Satzungsänderungen  
21 geprüft werden, die eine stärkere direkte Beteiligung der Mitglieder an der Wahl  
22 der Parteivorsitzenden ermöglichen. Mit diesem Prozess soll ein inhaltlicher  
23 Wettbewerb der Kandidierenden über die zukünftige Ausrichtung der Partei  
24 gefördert werden.
- 25 3. Mitgliederentscheide bei zentralen Fragen: Wir wollen die innerparteiliche  
26 Demokratie stärken, indem Mitglieder bei grundlegenden politischen und  
27 strategischen Entscheidungen beteiligt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,  
28 dass bei zentralen Fragen, insbesondere bei Koalitionsverträgen auf Bundes- und  
29 Landesebene, der Aufstellung von Spitzenkandidat\*innen sowie bei  
30 programmatischen Grundsatzentscheidungen, Mitgliederentscheide durchgeführt  
31 werden. Ziel ist es, die Entscheidungsmacht nachhaltig in die Breite der Partei  
32 zu verlagern und die SPD zu einer echten Mitgliederpartei weiterzuentwickeln.
- 33 4. Mehr Transparenz und Argumente, weniger Hinterzimmer: Wir wollen Parteitage zum  
34 „Fest der Demokratie“ machen. Dafür müssen wir sie grundlegend reformieren, um  
35 mehr Raum für inhaltliche Debatten, echte Beteiligung und lebendige  
36 demokratische Auseinandersetzung zu schaffen.
  - 37 a. Zur Stärkung der Mitgliederbeteiligung erproben wir neue Wege: In einer  
38 Testphase sollen alle Mitglieder und Gliederungen die Möglichkeit erhalten,

- 39 Anträge und Änderungsanträge bereits vor Juso-Konferenzen fachlich zu  
40 kommentieren. Ziel ist es, die Expertise der gesamten Partei zu nutzen,  
41 Inhalte kritisch zu reflektieren und qualitativ hochwertige Beschlüsse zu  
42 erarbeiten. Antragsteller\*innen können frühzeitig auf Rückmeldungen  
43 reagieren, Delegationen sich fundierter vorbereiten. Die Testphase wird  
44 kontinuierlich evaluiert und die Ergebnisse in weitergehende  
45 Strukturreformen der SPD eingebracht.
- 46 b. Mehr Zeit für Inhalte: Grußwörter und Verabschiedungen sollen zeitlich  
47 angemessen begrenzt werden, um mehr Raum für politische Debatten zu  
48 schaffen.
- 49 c. Niedrigschwellige Kandidaturen ermöglichen: Gliederungen sollen  
50 verpflichtet werden, bereits in Einladungen zu Parteitag und Konferenzen  
51 aktiv auf die Möglichkeit von Kandidaturen hinzuweisen und entsprechende  
52 Kontaktinformationen bereitzustellen.
- 53 d. Fairer politischer Wettbewerb: Wir unterstützen ausdrücklich konkurrierende  
54 Kandidaturen und setzen uns für einen fairen, transparenten Wettbewerb ein.
- 55 e. Parteitage ernst nehmen: Wir fordern die Mitglieder auf, das vorzeitige  
56 Verlassen von Parteitagen möglichst zu unterlassen.
- 57 5. Rechenschaftspflicht für beschlossene Anträge: Anträge dürfen keine  
58 Selbstbeschäftigung sein. Deshalb fordern wir eine verbindliche  
59 Rechenschaftspflicht der Vorstände über den Umsetzungsstand beschlossener  
60 Anträge. Vorstände sollen tabellarisch darlegen, welche konkreten Maßnahmen zur  
61 Umsetzung der Beschlüsse des letzten Parteitags ergriffen wurden.
- 62 6. Überregionale Themenarbeit mit flachen Hierarchien:
- 63 a. Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf, ein Format für überregionale,  
64 themenspezifische Zusammenarbeit zu schaffen. Darin sollen  
65 Fachpolitiker\*innen, Mitglieder mit entsprechenden Kompetenzen sowie  
66 gegebenenfalls externe Expert\*innen gemeinsam an Handlungsempfehlungen  
67 arbeiten.
- 68 b. Kompetenzen sichtbar machen: Als Grundlage dafür soll es Mitgliedern  
69 freiwillig ermöglicht werden, im Mitgliederprofil Angaben zu Beruf,  
70 Tätigkeit und spezifischen Kompetenzen zu hinterlegen und ausdifferenzierte  
71 Kompetenzfelder auszuwählen. Die Vorstände der Gliederungen sollen ermutigt  
72 werden, die Angaben auszuwerten und in ihrer Arbeit zu nutzen.

## Antrag : S03: Mehr Demokratie wagen

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Göttingen
Status:	eingereicht

- 1 Die SPD-Parteitage werden in Zukunft hybrid veranstaltet. Die Delegierten können
- 2 weiterhin vor Ort sein, aber jedes Mitglied der SPD ist stimm- und redeberechtigt.
- 3 Langfristig ist das Ziel, auch eine Antragsberechtigung für alle zu erreichen. Zur
- 4 Vorbereitung stellt die SPD ihren Mitgliedern ein Online-Forum zur Verfügung, in dem
- 5 sich alle Mitglieder anonym zu den Anträgen austauschen können.

### Begründung

Das zentrale Problem unserer Partei ist fehlende Glaubwürdigkeit. Bei dem letzten Bundestagswahlkampf hat sich das gezeigt: Egal wie gut ein Punkt aus dem Wahlprogramm war, die meisten Leute glauben nicht, dass wir ihn in einer Regierung durchsetzen werden. Wir haben alle den Anspruch die besten Personen und Inhalte zu finden. Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen aber: Geklappt hat das leider nicht. Die Ursache dafür ist die Art und Weise, wie wir Inhalte oder Personen auswählen. Die Flügel der Partei haben großen Einfluss und ebenso die Delegationen. Dadurch werden in Verhandlungen Positionen gesucht, die besonders Mehrheitsfähig sind. Das Ziel ist zwar gut, aber wie in den letzten Jahren zu sehen war, ist das Ergebnis es nicht. Um einen guten Kompromiss in den Verhandlungen zu finden, brauchen die Beteiligten Leute grundsätzlich andere Skills als bei der Überzeugung der Basis der Partei oder der Bevölkerung. In diesen Verhandlungen geht es um ein gutes Gespür für mögliche Verhandlungsergebnisse und die eigene Position. Die Sprache in diesen Verhandlungen kann sehr technisch und akademisch sein. Während das Gespür auch für den parlamentarischen Betrieb und gute Ergebnisse in einem Koalitionsvertrag wichtig ist, ist es immer noch nicht ausreichend, um Menschen in der Bevölkerung zu überzeugen. Die Menschen, die wir wählen, können nicht ausreichend begeistern. Die Inhalte, die wir beschließen, sind sprachlich zu komplex und akademisch. Das liegt auch daran, wer abstimmt. Delegierte auf Bundesebene sind häufig schon lange aktiv und tief in der Fachsprache der Partei und Politik. Hier haben wir eine Lösung: Wenn wir die breite Mehrheit der Basis und nicht nur Delegierte überzeugen müssen, brauchen wir andere Eigenschaften. Die Basis unserer Partei ist breit und repräsentiert große Teile der Bevölkerung. Die Eigenschaften der Basis sind näher an denen der Bevölkerung als die der Delegierten. Personen und Inhalte, die wir wählen sind dann also wieder näher an den Menschen und begeistern mehr. Weil so viele Menschen digital dabei sind, existiert kein klassischer Delegationszwang mehr. So haben die Menschen eine größere Entscheidungsfreiheit. Damit die Entscheidungen auch durch Informationen entstehen, braucht es vor dem Parteitag ein Online-Forum. So können die Mitglieder sich zu einzelnen Anträgen austauschen und Mitglieder mit Fachexpertise ihr Wissen einbringen. Die Anonymität dieses Forums sichert die Unabhängigkeit der Diskussion von sozialem Status oder Amt und setzt den Fokus auf die Inhalte. Gleichzeitig kann eine Funktion zum Liken oder dislikens der Beiträge dazu führen, dass qualifizierte Beiträge zuerst angezeigt werden. So müssen Mitglieder sich nicht alle Beiträge zu einem Thema durchlesen, sondern nur die relevantesten. Sozialdemokratie ist für alle da, egal ob bspw. am Wochenende berufstätig, mit Sorgearbeit betraut oder mit Behinderung. Menschen, die bisher nicht die Möglichkeit hatten als Delegierte an Parteitagen teilzunehmen, soll das künftig möglich sein. Wir wollen eine starke Stimme aus der Breite unserer Basis und der Gesellschaft als Ganzes sein. „Mehr Demokratie wagen!“, wie schon Willy Brandt forderte, bedeutet, dass wir schon in der Art und Weise, wie wir als Partei

funktionieren und Entscheidungen treffen, künftig alle Menschen zur Beteiligung ermutigen und niemanden zurücklassen. Dabei wollen wir die Vielfalt unserer Partei nicht nur in den Schaukasten stellen, indem wir Gästen und Delegierten auch die digitale Teilnahme mit Rederecht ermöglichen, sondern alle am demokratischen Prozess von der Antragsstellung und Priorisierung über Änderungen bis zur finalen Abstimmung mitwirken lassen. Selbstverständlich ist das mit Herausforderungen verbunden. Demokratie zu wagen, heißt aber, für dieses hohe Gut, Risiken in Kauf zu nehmen und Lösungen zu finden, wie wir mit ihnen umgehen können. Lasst uns gemeinsam diesen Weg gehen!

## Antrag : S04: Parteiführung ist kein Nebenjob!

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Diepholz
Status:	eingereicht

- 1 Wir fordern die SPD auf Bundesebene auf, künftig eine klare Trennung zwischen  
2 Parteiführung und Regierungsamt sicherzustellen. Der Parteivorsitz der SPD sollte  
3 grundsätzlich nicht gleichzeitig mit einem Regierungsamt auf Bundesebene ausgeübt  
4 werden.
- 5 Die Führung einer Partei mit über 150 Jahren Geschichte und 350.000 Mitgliedern ist  
6 keine Nebenaufgabe. Sie erfordert volle Aufmerksamkeit, politische Präsenz und  
7 kontinuierliche Arbeit mit der Mitgliedschaft, den  
8 Gliederungen und der Basis der Partei. Wer gleichzeitig ein  
9 Regierungsamt ausübt, kann dieser Verantwortung schlicht nicht gerecht werden.  
10 Der Parteivorsitz muss daher künftig von Personen ausgeübt werden, die sich  
11 vollständig auf die strategische, programmatische und organisatorische Entwicklung  
12 der SPD konzentrieren können und wollen.
- 13 Die SPD befindet sich seit Jahren in einer tiefen strukturellen und politischen  
14 Krise. Wahlniederlagen, schwindende Mitgliederzahlen und eine zunehmende Entfremdung  
15 zwischen Parteiführung und Basis zeigen: Unsere Partei braucht eine starke, präzise  
16 und kämpferische Parteiführung.
- 17 Sie braucht überhaupt mal wieder ein erkennbares Profil, dass eine Parteiführung  
18 aufbauen müsste.
- 19 Aktuell werden Parteivorsitz und Regierungsämter wieder in  
20 Personalunion ausgeübt. Diese Doppelrolle führt jedoch zwangsläufig zu  
21 Zielkonflikten. Während Regierungsmitglieder Kompromisse innerhalb von Koalitionen  
22 eingehen müssen, hat die Parteiführung die Aufgabe, die langfristige programmatische  
23 Orientierung der SPD zu entwickeln, Debatten zu führen und die Partei zu  
24 organisieren.
- 25 Wenn Parteivorsitzende gleichzeitig Regierungsmitglieder sind, wird die Parteiarbeit  
26 zwangsläufig zur Nebentätigkeit.
- 27 Gerade in einer Zeit, in der rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte stärker  
28 werden und soziale Ungleichheit weiterwächst, braucht die Sozialdemokratie eine  
29 Parteiführung, die klar Position bezieht, eine Vision entwickelt, gesellschaftliche  
30 Konflikte offensiv führt und die Partei strategisch neu aufstellt.
- 31 Dafür braucht es eine Parteiführung, die unabhängig von Regierungszwängen agieren  
32 kann und sich mit voller Kraft der Erneuerung der SPD widmet.
- 33 Die SPD braucht wieder eine Führung, die klar für Freiheit, Gerechtigkeit und  
34 Solidarität steht.

# Antrag : S05: Unser Weg zur Gleichberechtigung - Frauenförderung in der SPD stärken

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	Hildesheim
Status:	eingereicht

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass die SPD zu folgenden  
2 Satzungsänderungen aufgerufen ist.
- 3 1. § 11 Organisationsstatut, Absatz 2 von „In den Funktionen und Mandaten der  
4 Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer  
5 mindestens zu je 40 % vertreten sein. [...] Die Satzungen der Gliederungen  
6 können zulassen, dass dem Vorstand zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon  
7 eine Frau, angehören.“ geändert wird zu „In den Funktionen und Mandaten der  
8 Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen sowie  
9 Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem  
10 Geschlecht zusammen mindestens zu 50% vertreten sein. [...] Die Satzungen der  
11 Gliederungen können zulassen, dass dem Vorstand zwei gleichberechtigte  
12 Vorsitzende, davon mindestens eine Frau oder ein Mitglied mit der  
13 Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht angehören.  
14 Für die Anwendung dieser Quotenregelungen gilt die zur Zeit der Wahl in den  
15 Mitgliederdaten hinterlegte Geschlechtsangabe als maßgeblich. Abweichende  
16 Selbstdefinitionen oder weitere Angaben der Mitglieder bleiben unberührt und  
17 werden nicht erfasst. Eine Änderung der Zuordnung einer Person nach ihrer Wahl  
18 hat keine Auswirkung auf die Quotierung. Dies gilt auch für die Ersatzkandidatur  
19 nach § 4 Abs. 3 S. 2 Wahlordnung. Rückt eine Person für eine andere Person nach  
20 und sollte es auf das Geschlecht der nachrückenden Person ankommen, so wird das  
21 in der Mitgliederdatenbank eingetragene Geschlecht der Person zum Zeitpunkt des  
22 Nachrückens zugrunde gelegt, dies gilt insbesondere für das Nachrücken von  
23 Ersatzdelegierten gem. § 8 Abs. 5 Wahlordnung und das Nachrücken für die  
24 Besetzung des Spruchkörpers von Schiedskommissionen gem. § 4 Abs. 2 S. 2  
25 Schiedsordnung.“
- 26 2. § 15 Organisationsstatut, Absatz 1, Nummer 1 von „[...] Bezirkssatzungen können  
27 bestimmen, dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten ganz oder  
28 teilweise durch die Unterbezirksparteitage erfolgt; dabei ist sicherzustellen,  
29 dass Frauen und Männer in der Delegation eines jeden Bezirkes mindestens zu je  
30 40% vertreten sind.“ geändert wird zu „[...] Bezirkssatzungen können bestimmen,  
31 dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten ganz oder teilweise  
32 durch die Unterbezirksparteitage erfolgt; dabei ist sicherzustellen, dass Frauen  
33 und Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem  
34 Geschlecht in der Delegation eines jeden Bezirkes zusammen mindestens zu 50%  
35 vertreten sind.“
- 36 3. § 15 Organisationsstatut, Absatz 2, Nummer 5 von „jeweils zwei Delegierte, davon  
37 eine Frau [...]“ geändert wird zu „jeweils zwei Delegierte, davon mindestens

- 38 eine Frau oder ein Mitglied mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne  
39 Zuordnung zu einem Geschlecht [...]”.
- 40 4. § 23 Organisationsstatut, Absatz 1, Buchstabe a) von „dem oder der Vorsitzenden  
41 oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau,” geändert wird zu  
42 „dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon  
43 mindestens eine Frau oder ein Mitglied mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw.  
44 ohne Zuordnung zu einem Geschlecht”.
- 45 5. § 23 Organisationsstatut, Absatz 1, Buchstabe f) von „[...] Der Parteitag  
46 beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende  
47 oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden  
48 sollen. Die Regelungen des Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und  
49 Finanzordnung, die den bzw. die Vorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden  
50 Vorsitzenden entsprechend. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes darf  
51 insgesamt nicht mehr als 34 betragen. Unter den in Einzelwahl zu wählenden  
52 Mitgliedern sollen, unter den Mitgliedern des Parteivorstandes insgesamt müssen  
53 Männer und Frauen mindestens zu 40% vertreten sein. Die Geschlechterquote soll  
54 auch bei der Wahl der Stellvertreter/-innen Berücksichtigung finden.” geändert  
55 wird zu „[...] Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein  
56 Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende,  
57 davon mindestens eine Frau oder ein Mitglied mit der Geschlechtsangabe „divers“  
58 bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht, gewählt werden sollen. Die Regelungen  
59 des Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung, die den bzw.  
60 die Vorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.  
61 Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes darf insgesamt nicht mehr als 34  
62 betragen. Unter den in Einzelwahl zu wählenden Mitgliedern sollen, unter den  
63 Mitgliedern des Parteivorstandes müssen Frauen sowie Mitglieder mit der  
64 Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht zusammen  
65 mindestens zu 50 % vertreten sein. Die Frauenquote soll auch bei der Wahl der  
66 Stellvertreter/-innen Berücksichtigung finden.”.
- 67 6. § 23 Organisationsstatut, Absatz 2 von „[...] Dem Präsidium gehören die  
68 Parteivorstandsmitglieder nach Abs. 1 lit. a)–e) sowie eine vom Parteivorstand  
69 festzulegende Zahl weiterer Mitglieder an. Männer und Frauen müssen paritätisch  
70 vertreten sein; bei einer ungeraden Anzahl darf der Unterschied zwischen Männern  
71 und Frauen nicht mehr als 1 betragen.” geändert wird zu „[...] Dem Präsidium  
72 gehören die Parteivorstandsmitglieder nach Abs. 1 lit. a)–e) sowie eine vom  
73 Parteivorstand festzulegende Zahl weiterer Mitglieder an. Frauen und Mitglieder  
74 mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht  
75 müssen dabei im geschäftsführenden Vorstand zusammen mindestens zu 50 %  
76 vertreten sein.”.
- 77 7. § 34 Organisationsstatut, Absatz 3, Buchstabe c von “vier weitere Mitglieder  
78 gewählt. Unter den Mitgliedern nach Buchstaben a) und b) müssen beide  
79 Geschlechter vertreten sein.” geändert wird zu “vier weitere Mitglieder gewählt,  
80 davon müssen Frauen sowie Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw.  
81 ohne Zuordnung zu einem Geschlecht zusammen mindestens eine Person stellen.  
82 Unter den Mitgliedern nach Buchstaben a) und b) muss insgesamt mindestens eine  
83 Frau oder ein Mitglied mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu

- 84 einem Geschlecht vertreten sein.”
- 85 8. § 3 Wahlordnung, Absatz 5 von „Wahlvorschläge müssen die satzungsmäßigen  
86 Voraussetzungen erfüllen. Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und  
87 Männer mindestens zu je 40% berücksichtigen, sie sollen Frauen und Männer zu je  
88 50% berücksichtigen. Der Parteivorstand beschließt Richtlinien zur  
89 Berücksichtigung der Mitglieder diversen Geschlechts bzw. ohne Zuordnung zu  
90 einem Geschlecht.” geändert wird zu „Wahlvorschläge müssen die satzungsmäßigen  
91 Voraussetzungen erfüllen. Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und  
92 Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers” bzw. ohne Zuordnung zu einem  
93 Geschlecht zusammen mindestens zu 50 % berücksichtigen. Ergänzende Bestimmungen  
94 zur Berücksichtigung der Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers” bzw. ohne  
95 Zuordnung zu einem Geschlecht beschließt der Parteivorstand.”
- 96 9. § 4 Wahlordnung, Absatz 1 von “Für die Aufstellung der Kandidaten und  
97 Kandidatinnen zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen gelten die  
98 Bestimmungen der Wahlgesetze und des Organisationsstatuts. Um zu erreichen, dass  
99 Männer und Frauen zu mindestens je 40% in den Parlamenten und kommunalen  
100 Vertretungskörperschaften vertreten sind, werden auf allen Organisationsebenen  
101 satzungsmäßige Vorkehrungen getroffen; sind keine Vorkehrungen getroffen, gilt  
102 Abs. 2 entsprechend.” geändert wird zu „Für die Aufstellung der Kandidaten und  
103 Kandidatinnen zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen gelten die  
104 Bestimmungen der Wahlgesetze und des Organisationsstatuts. Um zu erreichen, dass  
105 Frauen und Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers” bzw. ohne Zuordnung zu  
106 einem Geschlecht zusammen zu mindestens 50% in den Parlamenten und kommunalen  
107 Vertretungskörperschaften vertreten sind, werden auf allen Organisationsebenen  
108 satzungsmäßige Vorkehrungen getroffen; sind keine Vorkehrungen getroffen, gilt  
109 Abs. 2 entsprechend.”
- 110 10. § 4 Wahlordnung, Absatz 2 von “Für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird die  
111 angemessene Vertretung von Frauen und Männern durch die Aufstellung der  
112 Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend;  
113 eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der  
114 Spitzenkandidatin.” geändert wird zu „Für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird  
115 die angemessene Vertretung von Frauen, Männern sowie Mitgliedern mit der  
116 Geschlechtsangabe „divers” bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht durch die  
117 Aufstellung der Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten soll  
118 alternierend erfolgen; eine Frau, ein Mann, beginnend mit der Spitzenkandidatin  
119 oder dem Spitzenkandidaten. Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers” bzw.  
120 ohne Zuordnung zu einem Geschlecht können auf allen Listenplätzen kandidieren.  
121 Die Liste wird dann alternierend fortgesetzt. Der folgende Listenplatz ist  
122 entsprechend mit demselben Geschlecht zu besetzen, das für den mit der Person  
123 mit Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Angabe besetzten Listenplatz vorgesehen  
124 ist.”
- 125 11. § 4 Wahlordnung, Absatz 3 von „Die Aufstellung der gemeinsamen Liste aller  
126 Bundesländer (Bundesliste) zur Europawahl oder die Aufstellung von Landeslisten  
127 zur Europawahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem  
128 Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin. Für die Ersatzkandidaturen gilt:  
129 Für eine Kandidatin kann nur eine Ersatzkandidatin, für einen Kandidaten nur ein

130 Ersatzkandidat nominiert werden.“ geändert wird zu „Die Aufstellung der  
131 gemeinsamen Liste aller Bundesländer (Bundesliste) zur Europawahl oder die  
132 Aufstellung von Landeslisten zur Europawahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein  
133 Mann, beginnend mit der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten. Für die  
134 Ersatzkandidaturen gilt: Für eine Kandidatin kann nur eine Frau oder ein  
135 Mitglied mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Geschlechtszuordnung  
136 nominiert werden. Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne  
137 Geschlechtszuordnung können auf allen Listenplätzen kandidieren. Die Liste wird  
138 dann alternierend fortgesetzt. Der folgende Listenplatz ist entsprechend mit  
139 demselben Geschlecht zu besetzen, das für den mit der Person mit Angabe „divers“  
140 bzw. ohne Angabe besetzten Listenplatz vorgesehen ist.“

141 12. § 8 Wahlordnung, Absatz 2 geändert „Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen  
142 und Kandidaten nur gewählt, soweit die Quotenvorgaben des §11 Abs. 2 des  
143 Organisationsstatuts erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im  
144 ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des überrepräsentierten  
145 Geschlechts nur bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen  
146 bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, soweit sie mindestens  
147 die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der  
148 anderen Gruppe. In einem weiteren Wahlgang sind nur noch die Kandidatinnen bzw.  
149 Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts wählbar.“ geändert wird zu: „Bei  
150 einer Listenwahl sind die Kandidaten nur gewählt, soweit die Quotenvorgaben des  
151 §11 Abs. 2 des Organisationsstatuts erfüllt werden. Wird die Quote nicht  
152 erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Männer nur bis zu ihrer Höchstquote von  
153 50 % gewählt, die weiblichen Kandidatinnen und die mit der Geschlechtsangabe  
154 „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht nur, soweit sie mindestens die  
155 gleiche Stimmenzahl erreichen wie der erste Nichtgewählte. In einem weiteren  
156 Wahlgang sind nur noch die Frauen und Mitglieder diverser Geschlechtsangabe bzw.  
157 ohne Zuordnung zu einem Geschlecht wählbar.“

158 13. § 8 Wahlordnung, Absatz 2, Buchstabe a von “Im Übrigen entscheidet bei  
159 Listenwahlen grundsätzlich die einfache Mehrheit. Dies gilt auch dann, wenn in  
160 weiteren Wahlgängen nur noch ein Vertreter oder eine Vertreterin des  
161 unterrepräsentierten Geschlechts zur Wahl steht.“ geändert wird zu „Im Übrigen  
162 entscheidet bei Listenwahlen grundsätzlich die einfache Mehrheit. Dies gilt auch  
163 dann, wenn in weiteren Wahlgängen nur noch Frauen oder Mitglieder mit der  
164 Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht zur Wahl  
165 stehen.“

166 14. § 8 Wahlordnung, Absatz 3 von “Kandidieren Vertreterinnen oder Vertreter des  
167 unterrepräsentierten Geschlechts nicht in ausreichender Zahl, so kommen  
168 Kandidaturen des überrepräsentierten Geschlechts zum Zuge.“ geändert wird zu  
169 „Kandidieren Frauen und Mitglieder mit der Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne  
170 Zuordnung zu einem Geschlecht nicht in ausreichender Zahl, so kommen  
171 Kandidaturen von Männern zum Zuge.“

172 15. §4 Schiedsordnung, Absatz 1 von “Der Spruchkörper der Schiedskommission ist  
173 besetzt mit dem oder der Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern oder  
174 Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer. Im Spruchkörper müssen  
175 beide Geschlechter vertreten sein.“ geändert wird zu „Der Spruchkörper der

- 176 Schiedskommission ist besetzt mit dem oder der Vorsitzenden und den beiden  
177 Stellvertretern oder Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer. Im  
178 Spruchkörper muss mindestens eine Frau oder ein Mitglied mit der  
179 Geschlechtsangabe „divers“ bzw. ohne Zuordnung zu einem Geschlecht vertreten  
180 sein.”
- 181 16. Die untergeordneten Gliederungen der Partei werden verpflichtet, die  
182 entsprechenden Regelungen zur Gleichstellung und Listenaufstellung gemäß dieser  
183 Änderung in ihren Satzungen sinngemäß zu verankern.
- 184 17. Es sollen Maßnahmen für ein stärkeres Bewusstsein die Vereinbarkeit von  
185 Partearbeit und Care-Arbeit erarbeitet werden, etwa durch barrierearme  
186 Veranstaltungsformate, langfristige Terminplanung, eine feste Sitzungsdauer und  
187 unterstützende Infrastruktur wie Kinderbetreuung bei Sitzungen.
- 188 18. Es sollen Maßnahmen erarbeitet werden, um innerparteiliche Diskriminierung von  
189 inter-, nicht-binären und transgeschlechtlichen Mitgliedern aufzuarbeiten und  
190 künftig zu verhindern.

## Begründung

Wenn wir als SPD uns glaubhaft für Gleichstellung einsetzen wollen, dann müssen wir diese auch leben. Unser Ziel muss es sein, die gesellschaftliche Realität in unserer Partei abzubilden. Denn wie der Gleichstellungsbericht von 2021 feststellt, sind nur etwa ein Drittel unserer Mitglieder Frauen. Das verwundert kaum, ist doch das Bild unserer Partei in der Öffentlichkeit stark männlich dominiert: Nur 118 der 299 Direktkandidaturen für den Bundestag waren von Frauen. Nur etwa 40 % der Vorsitzenden von Landesverbänden und Bezirken, als auch von Unterbezirken und Kreisverbänden waren weiblich - und nur 23,7% der Vorsitzenden. Die Ursachen reichen von struktureller Diskriminierung über fehlende Vereinbarkeit von Partearbeit und Care-Arbeit bis zu männlich dominierten Machtstrukturen. Unsere Quotenregelung darf die strukturelle Ungleichheit jedoch nicht durch eine formelle Gleichbehandlung von Frauen und Männern, der Geschlechterquote, vernachlässigen. Sie muss ein Instrument auf dem Weg zur Gleichberechtigung sein. Die Doppelspitze wurde instruiert, um die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen, Frauen zu fördern und den Anteil an Frauen in Führungsrollen zu steigern. Dennoch gibt es auch hier einen Haken. Denn in der Wahlordnung der SPD steht im §23: „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau“. Darüber hinaus enthalten Organisationsstatut und Wahlordnung der SPD eine Geschlechterquote, die besagt, dass in Vorständen und Delegationen sowohl Männer als auch Frauen zu mindestens 40 % vertreten sein müssen. Daraus geht hervor, dass ebenfalls ein Teil der Doppelspitze männlich sein muss. Wenn wir uns als Partei jedoch vornehmen Frauen zu fördern und sie in ihrem Handeln zu unterstützen, dann muss es möglich sein, dass ebenfalls zwei Frauen eine Doppelspitze bilden können. Denn wenn die Zahlen des Gleichstellungsberichts aus dem Jahr 2021 eines zeigen, dann ist es, dass wir genügend Männer in Führungspositionen haben und sie nicht in der Wahlordnung absichern müssen. In der Entscheidung vom 10. Oktober 2017 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass es eine dritte Geschlechtsoption benötigt, um den grundgesetzlichen Persönlichkeitsrechten von intergeschlechtlichen Personen und solchen mit einer nicht-binären Identifikation nachzukommen. Seit 2022 gibt es eine Richtlinie vom Parteivorstand, die den Umgang damit klärt und ebenfalls den Geschlechtseintrag „divers“ und keine Geschlechtsangabe ermöglicht. In der Praxis zeigt sich allerdings eine große Unsicherheit im statutenrechtlichen Umgang mit dieser Richtlinie, weshalb eine tatsächliche Verankerung in der Satzung dringend notwendig ist. Mitglieder mit einem solchen Eintrag erleben nicht die gleiche, aber eine ähnliche geschlechterbasierte Diskriminierung durch patriarchale Strukturen, wie

der gegenüber Frauen. Dieser Diskriminierung entgegenzuwirken ist ein Sozialdemokratischer Auftrag, dem wir in diesem Sinne nachkommen wollen.

# Antrag : U01: Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Mikroplastik in der Landwirtschaft ist ein gravierendes, oft unterschätztes  
2 Umweltproblem, das die langfristige Sicherheit unserer Nahrungsmittelproduktion  
3 gefährdet. Schätzungsweise gelangen jährlich fast 20.000 Tonnen Kunststoff allein auf  
4 deutsche Ackerböden. Die Quellen hierfür sind vielfältig und reichen von Verwehungen  
5 durch „Littering“ über den Abrieb von Reifen bis hin zu landwirtschaftlichen  
6 Hilfsmitteln wie Bindegarnen. Besonders problematisch ist, dass diese Partikel im  
7 Ökosystem verbleiben, da es kaum möglich ist, Mikroplastik wieder aus dem Boden zu  
8 entfernen.

9 Die Folgen für die Umwelt sind drastisch. Die Kunststoffpartikel beeinträchtigen  
10 wichtige Bodenlebewesen wie Regenwürmer nachhaltig und schädigen die Bodenstruktur  
11 sowie die Fauna. Neuere Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass Nanopartikel  
12 sogar von Pflanzenwurzeln aufgenommen werden können, was das Pflanzenwachstum hemmt  
13 und Risiken für die Nahrungskette birgt. So könnte auch die Belastung in  
14 Lebensmitteln steigen.

15 Ein wesentlicher Treiber des Eintrags sind direkte Anwendungen im Anbau. Im Spargel-  
16 und Erdbeeranbau führen Mulchfolien zu Rückständen, und auch umhüllte Düngemittel in  
17 Langzeitdünger tragen signifikant mit etwa 2.520 Tonnen pro Jahr zur Belastung bei.  
18 Zwar wird dies in der EU ab 2028 stärker reguliert und auch die Ausbringung von  
19 Klärschlamm, der oft mit Plastikpartikeln belastet ist, wird ab 2029 bzw. 2032  
20 eingeschränkt. Diese Zeiträume sind angesichts der irreversiblen Akkumulation im  
21 Boden jedoch zu lang gewählt.

22 Um unsere Ackerböden als Lebensgrundlage zu schützen, bedarf es schnellerer und  
23 konsequenterer Maßnahmen als bisher vorgesehen. Es darf nicht gewartet werden, bis  
24 EU-Regulierungen greifen, während jährlich tausende Tonnen Plastik hinzukommen. Wir  
25 fordern daher eine sofortige Strategie zur Minimierung von Kunststoffeinträgen in der  
26 Landwirtschaft. Dies beinhaltet die Förderung und den verpflichtenden Einsatz von  
27 biologisch abbaubaren Mulch-folien als Ersatz für konventionelle Kunststofffolien. Wo  
28 technisch möglich, müssen Polypropylen-Garne durch Naturfasern wie Sisal ersetzt  
29 werden, wenn diese witterungsbeständig sind.

30 Des Weiteren muss der Ausstieg aus der Klärschlammverwertung auf Feldern beschleunigt  
31 und nicht erst in den 2030er Jahren vollzogen werden, um diesen Eintragspfad effektiv  
32 zu schließen. Auch der Einsatz von kunststoffumhüllten Düngemitteln muss kritisch  
33 überprüft und schneller durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden. Eine  
34 nachhaltige Kreislaufwirtschaft muss das Ziel sein. Dazu gehört neben verbesserten  
35 Recycling-Methoden für Silofolien und Netze auch die konsequente Reduzierung von  
36 Einwegplastik in allen landwirtschaftlichen Prozessen. Nur wenn wir jetzt handeln,  
37 können wir verhindern, dass unsere Böden dauerhaft ihre Fruchtbarkeit und ökologische

38 Funktion verlieren.

## Antrag : U02: Contrails

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Die Erderwärmung ist die größte Bedrohung unserer Zeit. Was viele nicht wissen: Es  
2 gibt viele Wege, sie sogar ohne große Umstände zu verringern. Einer davon ist das  
3 Umfliegen von Contrails.

4

5 Contrails sind Kondensstreifen, die entstehen, wenn Flugzeuge durch ein Gebiet mit  
6 einer gewissen Luftfeuchtigkeit fliegen. Sie verhindern, dass Wärme, die von der Erde  
7 wegstrahlt, in das Weltall abgegeben werden kann und machen damit die Hälfte der  
8 durch Flugverkehr erzeugten Erderwärmung aus (die andere Hälfte ist der Ausstoß von  
9 Treibhausgasen). Dieses Phänomen, welches eine große Auswirkung hat, findet jedoch  
10 auf kleinem Raum statt: Nur 3% aller Flüge sind für 80% dieses Effektes  
11 verantwortlich. Die Technologien, um die Gebiete mit der Luftfeuchtigkeit, die  
12 Contrails erzeugt, zu umfliegen, existiert bereits und ist nicht teuer. Ein  
13 Flugticket von Paris nach New York würde somit 3,90€ mehr kosten und eines von Berlin  
14 nach Barcelona 1,20€. Warum also wird das nicht umgesetzt?

15 Der Grund dafür ist, dass diese Umstände, trotz Forschung der deutschen Gesellschaft  
16 für Luft- und Raumfahrt, keiner breiten Masse bekannt sind.

17 Daher fordern wir, dass sich die SPD auf nationaler und europäischer Ebene dafür  
18 einsetzt, dass Fluggesellschaften diese Vorgehensweisen anwenden. Dies kann in Form  
19 von Anreizen (z.B. Subventionen für die Installation der Technologien oder  
20 finanzielle Vorteile bei der Installation der Technologien) oder auch durch  
21 Druckmittel (z.B. eine Art "Contrail-Steuer" o.ä.) geschehen.

# Antrag : U03: Resolution der Jusos Bezirk Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Die Klimakrise erfordert entschlossenes Handeln. Deutschland und die EU haben sich  
2 verbindlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber  
3 1990 zu senken und bis 2045 klimaneutral zu werden. Doch die aktuelle Politik von  
4 Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche gefährdet diese Ziele: Durch die  
5 Infragestellung der Klimavorgaben, die Kürzung der Förderung für private  
6 Solaranlagen, die Reduzierung der Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien und  
7 den Ausbau fossiler Gaskraftwerke wird die Energiewende ausgebremst. Gleichzeitig  
8 drohen Mieter:innen durch steigende Energiepreise – etwa durch Kriege oder den CO<sub>2</sub>-  
9 Preis – übermäßig belastet zu werden. Die Jusos Bezirk Hannover fordern eine  
10 Kurskorrektur, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Planungssicherheit für alle  
11 verbindet.

## 12 **1. Klimaziele einhalten – Keine Verwässerung der verbindlichen Vorgaben**

13 Die Bundesregierung muss die bestehenden Klimaziele der EU und Deutschlands  
14 uneingeschränkt umsetzen. Die aktuellen Prognosen zeigen, dass die Ziele ohne  
15 zusätzliche Anstrengungen verfehlt werden. Die Forderung von Ministerin Reiche nach  
16 „flexibleren“ Klimazielen lehnen wir ab. Statt die Ziele zu schwächen, brauchen wir  
17 eine ambitionierte und verlässliche Klimapolitik, die die gesetzlichen Vorgaben ernst  
18 nimmt und umsetzt.

## 19 **2. Förderung erneuerbarer Energien sichern – Keine Rückschritte bei Solar und Wind**

20 Die geplante Kürzung der Förderung für private Solaranlagen und die Reduzierung der  
21 Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien sind kontraproduktiv. Beide Instrumente  
22 sind essenziell, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben und die Akzeptanz in  
23 der Bevölkerung zu stärken. Wir fordern:

- 24 • Die Beibehaltung der bestehenden Förderung für private Solaranlagen und eine
- 25 • Keine weiteren Einschränkungen bei der Einspeisevergütung oder
- 26 Abregelungsentschädigungen, die Investitionen in Erneuerbare unattraktiv machen.
- 27 • Die Rückkehr zu klaren, verbindlichen Vorgaben für den Einbau klimafreundlicher
- 28 Heizsysteme, wie sie im ursprünglichen Gebäudeenergiegesetz vorgesehen waren.
- 29 • Eine sozialverträgliche Umsetzung, die Mieter:innen und Eigentümer:innen durch
- 30 gezielte Förderprogramme unterstützt, ohne die Klimaziele aus den Augen zu
- 31 verlieren.

32 Evaluation der Redispatch-Regelungen, um Anreize für den weiteren Ausbau zu erhalten.

## 33 **3. Gebäudeenergiegesetz stärken – Fossile Heizungen nicht wieder salonfähig machen**

34 Die Lockerung der Vorgaben für den Einbau fossiler Gasheizungen im Rahmen des  
35 Gebäudemodernisierungsgesetzes ist ein falsches Signal. Gasheizungen auf Basis  
36 fossiler Energieträger haben in Neubauten und sanierten Gebäuden nichts zu suchen.  
37 Wir fordern:

#### 38 **4. Mieter:innen vor explodierenden Energiekosten schützen**

39 Steigende Energiepreise treffen einkommensschwache Haushalte und Mieter:innen  
40 besonders hart. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Kosten der  
41 Energiewende gerecht verteilt werden. Wir fordern:

- 42 • Die Einführung von Härtefallregelungen und direkten finanziellen Entlastungen  
43 für Mieter:innen, deren Wohnungen mit fossilen Energieträgern beheizt werden und  
44 die von Preissprüngen betroffen sind.
- 45 • Die Prüfung von Modellen, die die Umstellung auf erneuerbare Energien im  
46 Gebäudesektor sozial abfedern, etwa durch gezielte Zuschüsse oder steuerliche  
47 Entlastungen.

#### 48 **5. Transparenz und demokratische Legitimation in der Energiepolitik**

49 Die Energiepolitik darf nicht einseitig von den Interessen der fossilen Lobby geprägt  
50 sein. Wir fordern:

- 51 • Mehr Transparenz bei der Erarbeitung energiepolitischer Maßnahmen, insbesondere  
52 bei der Beteiligung von Interessensverbänden.
- 53 • Eine stärkere Einbindung von Mieterverbänden, Umweltorganisationen und  
54 kommunalen Akteuren in die Gestaltung der Energiewende. Die Jusos Region  
55 Hannover appellieren an die Bundesregierung, die Klimaziele konsequent  
56 umzusetzen und die Energiewende sozial gerecht zu gestalten. Die aktuellen Pläne  
57 von Ministerin Reiche gefährden nicht nur das Klima, sondern auch die  
58 wirtschaftliche Zukunft und die soziale Sicherheit der Menschen in unserer  
59 Region. Wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch verantwortungsvoll,  
60 wirtschaftlich weitsichtig und sozial ausgewogen ist.

## Antrag : U04: Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Die Realität vieler Straßenkatzen ist dramatisch: Sie leben in ständiger Angst,  
2 leiden Hunger, Krankheiten und Verletzungen. Junge Katzen sterben oft nur wenige  
3 Wochen nach der Geburt an Unterkühlung, Infektionen oder durch Kampfverletzungen.  
4 Mutterkatzen sind häufig überfordert, ihre Würfe zu versorgen, während bereits die  
5 nächste Generation geboren wird. Ein endloser Kreislauf von Leid und Tod. Ohne  
6 konsequente Kastration vermehrt sich die Population exponentiell, wodurch jedes Jahr  
7 Hunderttausende neue Katzen in Elend geboren werden.

8 Die Einführung einer Kastrationspflicht würde diese Tragödien verhindern, Tierheime  
9 entlasten und ökologische Schäden durch übermäßige Katzenpopulationen reduzieren.  
10 Jede kastrierte Hauskatze bedeutet direkte Lebensrettung für viele Tiere und eine  
11 spürbare Entlastung der öffentlichen Strukturen. Expert\*innen wie Malte Zierden und  
12 der Deutsche Tierschutzbund betonen, dass Tierleid vermeidbar ist, wenn Hauskatzen  
13 konsequent kastriert werden. Die Maßnahme ist sowohl wissenschaftlich als auch  
14 ethisch begründet: Prävention ist der einzige effektive Weg, die Population unter  
15 Kontrolle zu halten.

16 Die Dringlichkeit ist enorm: In Deutschland leben bis zu zwei Millionen  
17 Straßenkatzen, die täglich unter Hunger, Krankheiten und Überforderung leiden. Ohne  
18 gesetzliche Kastrationspflicht wird sich diese Tragödie Jahr für Jahr wiederholen.

19 Präventiver Tierschutz ist Kern sozialdemokratischer Politik: Verantwortung  
20 übernehmen, anstatt Tierleid zuzulassen. Die vorgeschlagene Maßnahme ist sozial  
21 gerecht, wirksam und langfristig kostensparend für öffentliche Institutionen und  
22 Tierheime.

23 Deswegen fordern wir:

- 24 • Einführung einer gesetzlichen Kastrationspflicht für alle Hauskatzen mit  
25 Freigang.
- 26 • Registrierungspflicht über Mikrochip oder Tierregister zur Nachverfolgung.
- 27 • Sanktionen in Form von Bußgeldern oder Verwarnungen bei Nichtbefolgung.
- 28 • Finanzielle Unterstützung für Geringverdienende, um die Kastration erschwinglich  
29 zu machen.
- 30 • Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit Tierärzt\*innen, Tierheimen und  
31 Tierschutzorganisationen.

# Antrag : V01: Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	Region Hannover
Status:	eingereicht

1 Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe,  
2 gleichwertige Lebensverhältnisse und Klimaschutz. Insbesondere im ländlichen Raum  
3 sind viele Menschen auf funktionierenden ÖPNV und die dazu gehörigen Anbindungen  
4 angewiesen, um die Schule, Arbeit oder Ausbildung und Freizeitangebote zu erreichen.  
5 Dabei fokussiert sich diese Anbindung auf Bahnhöfe und Haltestellen, dies sind die  
6 entscheidenden Schnittstellen. Doch gerade hier ergeben sich erhebliche Defizite:  
7 mangelnde Barrierefreiheit, häufig defekte oder fehlende Aufzüge sowie unzureichende  
8 und unsichere Fahrradabstellmöglichkeiten. Eine konsequente Verkehrswende kann jedoch  
9 nur funktionieren, wenn es uns gelänge den ländlichen Raum konsequent mitzudenken.  
10 Dafür bedarf es einer verlässlichen, barrierefreien Infrastruktur und einer  
11 Verflechtung von Bahn und Fahrrad.

12 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

## 13 **Barrierefreiheit auch außerhalb der Ballungszentren sicherstellen**

- 14 • Priorisierter barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen und Haltepunkten im ländlichen  
15 Raum.
- 16 • Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Aufzügen und Zugängen.
- 17 • Regelmäßige, engmaschige Wartung von Fahrstühlen, um lange Ausfallzeiten – die  
18 im ländlichen Raum oft keine Alternative lassen – zu verhindern.
- 19 • Einrichtung schneller Reparaturketten, insbesondere bei kleineren Stationen.
- 20 • Verbesserung der Beschilderung und Hinweisung auf die Anruf- bzw. Infosäulen an  
21 den Haltestellen
- 22 • kontrastreiche, bodenbündige und gut taktil fühlbare (Blinden-)Leitstreifen  
23 (gelbe; weiße bei grauem Boden; schwarze bei hellem Boden) für Menschen mit  
24 Sehbeeinträchtigungen und Blindheit
- 25 • regelmäßige Reinigung und Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Leitstreifen,  
26 besonders im Herbst und Winter
- 27 • mehr barrierefreie Toiletten an größeren U-Bahn Haltestellen und Bahnhöfen und  
28 schnellere Reparatur von defekten (barrierefreien) Toiletten

## 29 **Fahrradinfrastruktur gezielt ausbauen**

- 30 • Deutliche Erhöhung der Kapazitäten von Fahrradabstellanlagen an ländlichen  
31 Bahnhöfen.
- 32 • Ausbau von abschließbaren und diebstahlsicheren Fahrradboxen, um Pendler\*innen  
33 den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern.

- 34 • Schaffung von wettergeschützten und gut beleuchteten Abstellplätzen,  
35 insbesondere an schlecht einsehbaren Standorten.
- 36 **Bahn und Fahrrad als zentrale Mobilitätskette im ländlichen Raum stärken**
- 37 • Ausbau sicherer Radwege zu Bahnhöfen, auch über längere Distanzen zwischen  
38 Ortschaften.
- 39 • Förderung von Bike-&-Ride-Angeboten als Alternative zum Auto.
- 40 • Entwicklung von Konzepten, um „die letzte Meile“ im ländlichen Raum  
41 klimafreundlich zu schließen.

## **Begründung**

Im ländlichen Raum ist Mobilität häufig mit eingeschränkten Alternativen verbunden. Fällt ein Aufzug aus oder fehlt eine barrierefreie Anbindung, bedeutet das für viele Menschen den faktischen Ausschluss vom öffentlichen Verkehr. Barrierefreiheit ist hier keine Komfortfrage, sondern eine Frage der Teilhabe. Gleichzeitig sind die Wege zum nächsten Bahnhof oft länger als in Städten. Das Fahrrad bietet hier eine entscheidende Chance, diese Distanzen klimafreundlich zu überbrücken. Voraussetzung dafür ist jedoch eine sichere und verlässliche Infrastruktur – insbesondere ausreichend geschützte Abstellmöglichkeiten. Wer sein Fahrrad nicht sicher abstellen kann, wird eher auf das Auto zurückgreifen. Wer sich nicht auf funktionierende Barrierefreiheit verlassen kann, wird den öffentlichen Verkehr meiden. Eine sozial gerechte Verkehrspolitik muss deshalb den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellen. **Nur wenn Bahnhöfe barrierefrei, zuverlässig und fahrradfreundlich sind, kann nachhaltige Mobilität für alle Wirklichkeit werden.**

## Antrag : W01: Holt unser Gold zurück!

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Celle
Status:	eingereicht

- 1 Die Bundesregierung soll unverzüglich sämtliche deutschen Goldreserven aus den USA
- 2 abziehen und zurück nach Deutschland bringen.

### Begründung

Das kleptokratische Trump-Regime hat mittlerweile in aller Deutlichkeit klargestellt, dass es sich an keinerlei Verträge, Gesetze oder anderweitige Gepflogenheiten hält. Die USA sind unter Trump zu einem Verbrecherstaat geworden, der Staatsoberhäupter anderer Länder entführt und auch nicht davor zurückschreckt verbündete Staaten mit Krieg zu drohen. Das Regime in den USA zeichnet sich dabei durchgehend als in höchstem Maße kriminell aus. Der Trump-Clan hat sich mittlerweile Milliardenwerte ergaunert. Zu glauben unser Gold, welches unsere Zukunft in schwierigen Zeiten sichern soll, wäre in den USA noch sicher, wäre mehr als naiv. Man kann nur hoffen, dass das deutsche Gold überhaupt noch dort ist, wo es angeblich sicher gelagert wird und dass, falls eine Rückholaktion tatsächlich durchgeführt werden soll, dieses Gold auch von den USA herausgegeben wird. Sicher ist das nicht. Das Gold in den USA zu belassen, darf jedoch keine Option sein.

## Antrag : W02: Keine Privilegien für Immobilien-Mogule

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	Lüneburg
Status:	eingereicht

1 Wohnraum ist eine soziale Frage, kein Renditeobjekt. Während Mieten explodieren und  
2 die Vermögensungleichheit unsere Gesellschaft spaltet, zementiert das aktuelle  
3 Steuersystem diese Ungerechtigkeit, statt sie zu bekämpfen. Eigentlich soll die  
4 Erbschaftsteuer laut Verfassung verhindern, dass sich „Riesenvermögen“ in den Händen  
5 Einzelner ansammeln – doch in der Realität werden ausgerechnet massive  
6 Immobilienbestände systematisch privilegiert. Es ist ein politischer Skandal und  
7 völlig unlogisch: Während das Familienheim und normale Freibeträge bis 500.000 Euro  
8 sinnvoll sind, greift ab 300 Wohnungen plötzlich eine Steuerbefreiung, die jede  
9 Chancengerechtigkeit verhöhnt. Wer ein Eigenheim erbt, darf nicht stärker belastet  
10 werden als jemand, der 300 oder mehr einsackt. Sogar der Bundesfinanzhof hat  
11 klargestellt, dass die reine Anzahl der Wohnungen kein Privileg rechtfertigt, solange  
12 kein echter Wirtschaftsbetrieb vorliegt BFH, Urteil vom 24.10.2017 – II R 44/15 doch  
13 das Finanzministerium ignoriert dieses Urteil beharrlich und schützt lieber die  
14 Privilegien der Superreichen. Diese ungerechte Verwaltungspraxis kostet uns jährlich  
15 rund eine Milliarde Euro an Steuereinnahmen. Damit muss Schluss sein: Diese Ausnahmen  
16 gehören abgeschafft, damit große Erbschaften endlich ihren fairen Beitrag zum  
17 Gemeinwesen leisten. Es ist wissenschaftlich belegt: Das aktuelle Steuerrecht ist  
18 kein Versehen, sondern ein Systemfehler. Analysen des ifo Instituts (vgl.  
19 Fuest/Hey/Spengel, "Reform der Immobilienbesteuerung, ifo Schnelldienst 12/2021)  
20 zeigen schwarz auf weiß, dass die massive Begünstigung großer Immobilienbestände die  
21 soziale Ungleichheit in diesem Land befeuert. Wenn Superreiche ihre Wohnungsbestände  
22 nahezu steuerfrei vererben können, ist das kein „Wirtschaftsschutz“, sondern eine  
23 aktive Beihilfe zur Vermögenskonzentration. Das zerstört jedes Vertrauen in die  
24 Steuergerechtigkeit. Wir fordern den Landesverband auf Steuerbefreiung bei  
25 Erbschaften und Schenkungen mit mehr als 300 Wohneinheiten zu beenden, indem  
26 1. in einem ersten Schritt und schnellstmöglich das Bundesministerium der Finanzen  
27 die Finanzverwaltungen anweist, die Grundsätze des BFH-Urteils vom 24.10.2017 – II R  
28 44/15 – auch über den entschiedenen Einzelfall hinaus für alle Wohnungsunternehmen  
29 nach einheitlichen Kriterien anzuwenden und das BFH Urteil im Bundessteuerblatt zu  
30 veröffentlichen, und  
31 2. ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die De-facto-Steuerbefreiung bei Erbschaften  
32 mit mehr als 300 Wohneinheiten beendet und gesetzlich klarstellt, dass Immobilien,  
33 die zum Betriebsvermögen einer Gesellschaft gehören, deren Hauptzweck in der  
34 Vermietung von Wohnungen besteht, stets als Verwaltungsvermögen zu qualifizieren ist.  
35 Warten ist keine Option: Auch wenn das Bundesverfassungsgericht demnächst vermutlich  
36 ohnehin den Stecker ziehen wird, dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Wir müssen diese  
37 eklatante Gerechtigkeitslücke jetzt schließen! Es gibt keine Ausrede mehr, eine  
38 Reform auf die lange Bank zu schieben. Wer Wohnraum als reines Renditeobjekt hortet,  
39 muss endlich seinen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

- 40 Unsere Ansage: Wir lassen uns nicht mit dem Verweis auf anstehende Urteile  
41 vertrösten. Die Privilegien für Immobilien-Millionäre müssen sofort fallen.  
42 Gerechtigkeit wartet nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag!

## **Begründung**

### **1. Soziale Schieflage und Verfassungsauftrag**

Wohnraum ist das drängendste soziale Problem unserer Zeit. Während die Mieten in den Ballungszentren Rekordhöhen erreichen, konzentriert sich Immobilienbesitz in den Händen weniger Großbesitzer. Die Erbschaftsteuer hat laut Art. 123 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung sowie dem Grundgedanken des Grundgesetzes die Aufgabe, die Ansammlung von „Riesenvermögen“ zu verhindern und für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Die aktuelle Praxis, bei der das Erben von über 300 Wohnungen de facto steuerfrei bleibt, verkehrt diesen Verfassungsauftrag ins Gegenteil.

### **2. Ende der Privilegierung von „Schein-Gewerben“**

Bisher wird der Besitz von mehr als 300 Wohnungen pauschal als „Wohnungsunternehmen“ eingestuft und damit wie produktives Betriebsvermögen behandelt, das weitgehend steuerbefreit ist. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit seinem Urteil vom 24.10.2017 (II R 44/15) jedoch klargestellt: Die reine Anzahl der Wohnungen macht noch keinen Wirtschaftsbetrieb. Werden keine hotelähnlichen Sonderleistungen erbracht, handelt es sich um reine Vermögensverwaltung. Dass das Bundesfinanzministerium (BMF) dieses Urteil per Nichtanwendungserlass blockiert, ist ein demokratie- und rechtsstaatlicher Skandal, der die Privilegien von Superreichen auf Kosten der Allgemeinheit schützt.

### **3. Wissenschaftliche Evidenz und ökonomische Notwendigkeit**

Studien des DIW und des ifo Instituts (2021) belegen, dass diese Regelung zu massiven Mindereinnahmen von ca. 1 Milliarde Euro pro Jahr führt. Das ifo Institut kritisiert explizit die dadurch entstehenden Fehlanreize und die massive Begünstigung der Vermögenskonzentration. In Zeiten, in denen Milliarden für den sozialen Wohnungsbau, Schulen und Infrastruktur fehlen, ist diese Steuerbefreiung für Immobilien-Millionäre nicht länger vermittelbar.

### **4. Sofortiger Handlungsbedarf**

Das Vertrauen in die Steuergerechtigkeit ist massiv erschüttert, wenn kleine Erben belastet werden, während Großinvestoren leer ausgehen. Wir können nicht auf ein erneutes Machtwort des Bundesverfassungsgerichts warten. Die Bundesregierung muss den BFH-Entscheid endlich anerkennen und die gesetzliche Lücke schließen, die Immobilienbesitz fälschlicherweise als begünstigtes Betriebsvermögen definiert. Wer mit dem Grundrecht auf Wohnen Rendite erzielt, muss auch seinen fairen Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen.

## Antrag : W03: Enteignung des Braunen Erbes

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	Lüneburg
Status:	eingereicht

1 Große Teile des heutigen deutschen Milliardenvermögens basieren auf der  
2 systematischen Ausbeutung von Zwangsarbeiter:innen und der Kollaboration mit dem NS-  
3 Regime. Während die Opfer oft keine Entschädigung erhielten, konnten die Profiteure  
4 ihr Unrecht Vermögen über Jahrzehnte sichern und vermehren. Heutzutage gibt es jedoch  
5 eine weitaus ausgiebigere Aufarbeitung dieser dunklen Zeit. Autoren wie David de Jong  
6 haben in Büchern wie „Braunes Erbe“ wichtige Erkenntnisse zusammengetragen und  
7 niedergeschrieben. Ebenso bedeutsam ist die Arbeit von Historikern wie Norbert Frei,  
8 der sich unter anderem intensiv mit der Geschichte des Flick-Konzerns im Dritten  
9 Reich auseinandergesetzt hat. Aber auch viele Konzerne selbst haben mittlerweile zur  
10 Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit beigetragen. Zwar weigern sich einige  
11 Akteure, wie beispielsweise Klaus-Michael Kühne, nach wie vor, ihre Geschichte  
12 aufzuarbeiten, doch trotz dieser Widerstände wurden viele neue Erkenntnisse gewonnen.  
13 Diese decken erschreckende Verstrickungen auf, die man nicht unkommentiert lassen  
14 darf, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.

15 Beispiel Klaus Michael Kühne:

16 Klaus-Michael Kühne ist der Erbe und Hauptanteilseigner des Logistikkonzerns Kühne +  
17 Nagel. Das Unternehmen profitierte massiv von der "Arisierung" und dem Zweiten  
18 Weltkrieg. Der Konzern wird als Logistiker der 'Arisierung' bezeichnet. Kühne + Nagel  
19 transportierte unter anderem Möbel deportierter Juden. Dem heutigen Inhaber Klaus-  
20 Michael Kühne wird vorgeworfen, die NS-Vergangenheit des Unternehmens nicht  
21 öffentlich und unabhängig aufzuarbeiten und entsprechende Studien zurückzuhalten.

22 Beispiel Quandt:

23 Die Familie Quandt, deren Vermögen heute unter anderem in der BMW AG und VARTA liegt,  
24 profitierte massiv von der Rüstungsindustrie und dem Einsatz von Zwangsarbeitern im  
25 Nationalsozialismus. Günther Quandt war das damalige Familienoberhaupt und tief in das  
26 System verstrickt. Er nutzte seine in der Kriegswirtschaft gewonnenen Kontakte  
27 geschickt aus. Die Quandt-Firmen beschäftigten insgesamt über 50.000 Zwangsarbeiter,  
28 unter anderem in der Waffen- und Batterieherstellung. Die Arbeitsbedingungen waren  
29 katastrophal. Für die Zwangsarbeiter war Herbert Quandt direkt für die mangelhafte  
30 Ernährung und Ausrüstung verantwortlich. In einer seiner Firmen wurde mit einer  
31 monatlichen "Fluktuation" (Arbeitsunfähigkeit oder Tod) von 80 Zwangsarbeitern  
32 kalkuliert. Der Grundstock für den heutigen Reichtum wurde maßgeblich im Dritten Reich  
33 gelegt.

34 Beispiel Reinman:

35 Die Familie Reimann (heute JAB Holding mit Marken wie Jacobs, Calgon, Wella) hat ihre  
36 NS-Vergangenheit durch eine unabhängige Studie aufarbeiten lassen. Die Patriarchen  
37 Albert Reimann senior und Albert Reimann junior waren überzeugte Nationalsozialisten  
38 und Antisemiten. Sie besuchten bereits in den 1920er Jahren Veranstaltungen mit Adolf

39 Hitler und spendeten später Geld an die SS.Sie erklärten ihr Unternehmen (Joh. A.  
40 Benckiser) frühzeitig zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb.In ihren Werken  
41 gab es Zwangsarbeit. Akten belegen Gewalt und Missbrauch gegenüber Zwangsarbeitern.  
42 Der Firmensprecher bestätigte, die Unternehmer seien "schuldig" gewesen und hätten  
43 "eigentlich ins Gefängnis gehört"

44 Beispiel Dr.Oetker:

45 Die Oetker-Gruppe pflegte in der NS-Zeit enge Beziehungen zum Regime, zur Wehrmacht  
46 und zur SS.Der damalige Chef Dr. Richard Kaselowsky (Stiefvater des späteren Erben  
47 Rudolf-August Oetker) war ein "glühender Verehrer" Hitlers und gehörte dem  
48 "Freundeskreis Reichsführer-SS" um Heinrich Himmler an.Das Unternehmen Dr. Oetker  
49 wurde 1937 als einer der ersten "Nationalsozialistischen Musterbetriebe"  
50 ausgezeichnet.In einzelnen Unternehmen des Mischkonzerns, wie der Nähmaschinenfabrik  
51 Koch's Adler, wurden Zwangsarbeiter eingesetzt. Rudolf-August Oetker trat 1942 der  
52 Waffen-SS bei. Das Unternehmen profitierte von "Arisierungen" imBrauereiwesen.

53 NS-Mittäter wie Günther Quandt konnten sich nach dem Krieg mithilfe sogenannter  
54 „Persilscheine“ entlasten. Dabei handelte es sich um eidesstattliche Erklärungen von  
55 Familienmitgliedern, Freundinnen oder Kolleginnen, die die betroffenen Personen als  
56 politisch unbedenklich darstellten. Besonders wertvoll waren dabei Bescheinigungen  
57 von Jüdinnen und Juden, die abwertend als „Alibi-Juden“ bezeichnet wurden.Diese  
58 Aussagen standen häufig im Widerspruch zu den Vorwürfen der Gerichte, reichten jedoch  
59 oft aus, um als „entnazifiziert“ oder lediglich als „Mitläufer“ eingestuft zu werden.

60 Mit einem solchen Nachweis konnten viele der während des Nationalsozialismus  
61 belasteten Personen wieder in das öffentliche Leben und ihre beruflichen Positionen  
62 zurückkehren. Für wohlhabende Industrielle bedeutete das häufig die Rückkehr in ihre  
63 Unternehmen, Aufsichtsräte und Vorstandsposten.Der Begriff „Persilschein“ leitet sich  
64 dabei sinnbildlich vom Waschmittel Persil ab und steht für das „Reinwaschen“ der  
65 eigenen Vergangenheit. Dadurch blieben wirtschaftliche und politische Eliten der NS-  
66 Zeit vielfach weiterhin einflussreich, da die Entnazifizierung in der Praxis oft  
67 hinter politischen und wirtschaftlichen Interessen der Nachkriegszeit zurückblieb und  
68 nur eingeschränkt konsequent umgesetzt wurde.Auch Günther Quandt, der massiv von der  
69 Rüstungsindustrie und dem Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen profitiert hatte, erhielt  
70 einen solchen Persilschein. Er wurde im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“  
71 eingestuft. Ausgestellt wurde eine entsprechende entlastende Aussage unter anderem  
72 von dem jüdischen Geschäftsmann Georg Sachs, dem Quandt zuvor finanziell bei der  
73 Flucht aus Deutschland geholfen haben soll. Selbst heutzutage nehmen Leute wie August  
74 von Finck junior Einfluss mit ihrem braunen Vermögen, indem sie rechtspopulistische  
75 Parteien wie die AfD mit Spenden unterstützen, auch wenn sie versuchen, dies zu  
76 verbergen. Von Finck hat nur einmal unter seinem eigenen Namen gespendet; die anderen  
77 Male erfolgten die Spenden über Gesellschaften, die er kontrolliert. Mit Spenden an  
78 CSU und FDP unterstützt er aktiv neoliberale Vorhaben. Das von diesen und anderen  
79 Familien während der Zeit des NS-Regimes angehäuften Vermögen stellt eine fortlaufende  
80 historische Ungerechtigkeit dar, die ausgeglichen werden muss. Indem wir diese Abgabe  
81 gezielt bei jenen Milliardärsfamilien und Unternehmen ansetzen, die nachweislich vom  
82 NS-Unrecht profitiert haben (wie etwa bei VW, BMW oder der ehemaligen  
83 Akkumulatorenfabrik in Hannover), fordern wir keine bloße Steuer, sondern eine  
84 Rückgabe an die Allgemeinheit.

85 Deshalb fordern wir, dass Personen und Familien, die nennenswertes inländisches  
86 Betriebs- oder Grundvermögen in Deutschland halten, die nachweislich durch die  
87 Ausbeutung von Zwangsarbeitern und/oder durch ihre Beihilfe zum NS-Regime diesem  
88 Vorschub geleistet und damit Vermögen angehäuft haben, eine einmalige Vermögensabgabe  
89 in Höhe von 50 % ihres heutigen Vermögens leisten. Diese soll über 30 Jahre Getilgt  
90 werden. Diese Angabe entspricht der Idee des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) von 1952.  
91 Das LAG ermöglichte eine Zahlung über 30 Jahre in vierteljährlichen Raten. Gleich dem  
92 LAG sollen diese Zahlungen über 30 Jahre vierteljährlich in Raten getilgt werden  
93 können. Dies kommt einer Vermögensteuer von nicht einmal 2 % über 30 Jahre gleich.  
94 Durch die Streckung der Zahlungen über 30 Jahre wird sichergestellt, dass keine  
95 Arbeitsplätze gefährdet werden und keine Unternehmensanteile an ausländische  
96 Investoren "notverkauft" werden müssen. Die Liquidität der Betriebe bleibt erhalten.  
97 Zur Feststellung der historischen Verantwortung und zur Klärung der Beweislast soll  
98 eine unabhängige, staatliche Expertenkommission eingesetzt werden. Deren Aufgabe ist  
99 es, verbindliche Kriterien für die Bewertung auszuarbeiten, heutige Unternehmen sowie  
100 deren Eigentümerstrukturen dahingehend zu überprüfen und abschließend eine Liste der  
101 nach dem neuen Lastenausgleichsgesetz zahlungspflichtigen Personen zu erstellen. Um  
102 Kapitalflucht zu verhindern, soll die Expertenkommission die Vermögensbewertung zu  
103 einem festen Stichtag vornehmen. Dieser Stichtag kann rückwirkend, beispielsweise auf  
104 den Tag der Einbringung dieses Antrags, festgelegt werden. Dadurch wird  
105 sichergestellt, dass zahlungspflichtige Personen nicht die Möglichkeit haben, ihr  
106 Vermögen kurzfristig ins Ausland zu verschieben oder in Konstrukte wie Stiftungen  
107 auszulagern, um sich der Abgabepflicht zu entziehen. Das Lastenausgleichsgesetz (LAG)  
108 von 1952 wurde zur Entschädigung der Folgen des Zweiten Weltkriegs verabschiedet und  
109 leistete einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands. Die zu leistende  
110 Vermögensabgabe belief sich auf 50 % des berechneten Vermögens und wurde über einen  
111 Zeitraum von 30 Jahren in vierteljährlichen Raten getilgt. Die daraus resultierenden  
112 Einnahmen wurden gezielt eingesetzt, um Kriegsoffern, Sachgeschädigten und  
113 Heimatvertriebenen beziehungsweise Geflüchteten zu helfen. Analog zum  
114 Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1952 soll auch diese neue Abgabe streng  
115 zweckgebunden sein. Die erzielten Steuereinnahmen sollen dabei gezielt Projekten zur  
116 Demokratieförderung, der Bildung, der Energiewende sowie der weiteren Erforschung der  
117 NS-Zeit zugutekommen. Die Steuereinnahmen stehen den Ländern zu und sollen  
118 proportional zur jeweiligen Einwohnerzahl der Bundesländer verteilt werden. Artikel  
119 14 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll  
120 zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Eigentum, dessen Anhäufung untrennbar  
121 mit den schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit verbunden ist, unterliegt  
122 einer ganz besonderen Verpflichtung gegenüber unserer demokratischen Gesellschaft.  
123 Deshalb dürfen wir auch heute, Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in  
124 unseren Bemühungen um Gerechtigkeit nicht nachlassen. Insbesondere angesichts stetig  
125 neuer historischer Erkenntnisse bedarf es hier eines konsequenten und entschlossenen  
126 Handelns.

## Begründung

Die Verbrechen des Nationalsozialismus endeten nicht mit dem Jahr 1945. Zahlreiche Unternehmen und Industriellenfamilien, die massiv von Zwangsarbeit, „Arisierung“ und der Zusammenarbeit mit dem NS-Regime profitierten, konnten ihre Vermögen nach dem Krieg weitgehend behalten und über Generationen

vermehrten. Während Millionen Opfer entrechtet, ermordet oder nie ausreichend entschädigt wurden, blieben wirtschaftliche Eliten oftmals unbehelligt und behielten ihren gesellschaftlichen Einfluss. Historische Forschungen der letzten Jahre haben diese Kontinuitäten immer deutlicher aufgezeigt. Die Erkenntnisse über Unternehmen wie Quandt/BMW, Kühne + Nagel, Reimann/JAB oder Oetker machen deutlich, dass ein Teil des heutigen Milliardenvermögens in Deutschland auf systematischer Ausbeutung und der Unterstützung eines verbrecherischen Regimes basiert. Viele dieser Vermögen wirken bis heute fort und ermöglichen weiterhin politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 bereits gezeigt, dass große gesellschaftliche Krisen solidarisch ausgeglichen werden können. Eine einmalige, langfristig gestreckte Vermögensabgabe für nachweisliche Profiteure des NS-Unrechts knüpft an dieses historische Prinzip an. Sie stellt keinen Akt der Enteignung dar, sondern einen Beitrag zu historischer Verantwortung und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Durch die Streckung über 30 Jahre bleiben Arbeitsplätze und Unternehmensstrukturen geschützt. Die Einnahmen sollen gezielt der Demokratiebildung, der weiteren Aufarbeitung der NS-Zeit sowie Zukunftsinvestitionen wie Bildung und Energiewende zugutekommen. Damit wird aus historischem Unrecht ein Beitrag für eine demokratische und solidarische Zukunft geleistet. Gerade in Zeiten eines erstarkenden Rechtsextremismus darf die Verstrickung wirtschaftlicher Eliten in den Nationalsozialismus nicht verdrängt oder relativiert werden. Eigentum verpflichtet, besonders dann, wenn sein Ursprung mit den schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verbunden ist. Eine demokratische Gesellschaft darf historische Verantwortung nicht dem Vergessen überlassen. Wer über Generationen von NS-Unrecht profitiert hat, muss auch heute einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wiedergutmachung leisten. Dieser Antrag verbindet historische Aufarbeitung mit konkreter Verantwortung und setzt ein klares Zeichen gegen das Verdrängen, Relativieren und Fortwirken nationalsozialistischen Unrechts.